

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zum Abschluß des Übereinkommens über die Errichtung eines Europäischen Stillegungsfonds für die Binnenschifffahrt und zum Erlaß von Bestimmungen für dessen Inkrafttreten

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 75,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Der Abschluß des Übereinkommens über die Errichtung eines Europäischen Stillegungsfonds für die Binnenschifffahrt zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist zweckmäßig.

Die mit diesem Übereinkommen eingeführte Regelung, welche die wirtschaftliche Lage der Partikulierschifffahrt sanieren soll, ist ein wichtiger Faktor für die Durchführung einer gemeinsamen Verkehrspolitik; daher ist es zweckmäßig, gemeinsame Verfahren einzuführen, die eine einheitliche Haltung der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten sowohl zu der Ausdehnung des räumlichen Geltungsbereichs und der etwaigen Verlängerung dieses Übereinkommens als auch zu den Einzelheiten eines gemeinsamen Vorgehens der im Aufsichtsorgan des

Fonds vertretenen Mitgliedstaaten in grundsätzlichen Fragen, welche die Anwendung der Regelung aufwerfen könnte, sicherstellen.

Die Durchführung dieses Übereinkommens und des ihm beigefügten Statuts verlangt notwendigerweise, daß die Gemeinschaft und die Unterzeichnermitgliedstaaten dieses Übereinkommens die Einzelheiten für die Bestellung der Richter, aus denen sich das Organ für den Rechtsschutz zusammensetzt, festlegen und für die Arbeitsweise dieses Organs bestimmte materiellen Erleichterungen gewähren.

Die Anwendung des dem Übereinkommen beigefügten Statuts kann dazu führen, daß die Gemeinschaft bestimmte Durchführungsbestimmungen erläßt —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Das Übereinkommen über die Errichtung eines Europäischen Stillegungsfonds für die Binnenschifffahrt zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft sowie das diesem Übereinkommen beigefügte Statut dieses Fonds werden im Namen der Gemeinschaft geschlossen, genehmigt und bekräftigt.

Die in Absatz 1 genannten Rechtsakten sind dieser Verordnung im Wortlaut als Anlage beigefügt.

Artikel 2

Der Präsident des Rates nimmt gemäß Artikel 7 des Übereinkommens für die Gemeinschaft die Hinterlegung der Urkunde über die Notifizierung des Abschlusses des Übereinkommens vor.

Jede Verlängerung der Geltungsdauer des Übereinkommens gemäß Artikel 5 Absatz 2 setzt voraus, daß der Rat dazu rechtzeitig eine Entscheidung nach dem Verfahren in Artikel 75 des Vertrags trifft. Die Mitgliedstaaten, die Vertragschließende Parteien sind, sind gehalten, soweit es sie betrifft, eine Entscheidung zu treffen, die derjenigen entspricht, die der Rat über eine solche Verlängerung getroffen hat.

Artikel 4

Jede Ausdehnung des räumlichen Geltungsbereichs des Statuts auf andere Wasserstraßen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates gemäß Artikel 5 des dem Übereinkommen beigefügten Statuts setzt eine vorherige Genehmigung durch den Rat voraus, der auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit entscheidet.

Artikel 5

1. Wird vor dem Aufsichtsrat des Fonds eine Frage aufgeworfen, die für die Arbeitsweise des durch das Übereinkommen geschaffenen Fonds von grundsätzlicher Bedeutung oder für die gemeinsame Verkehrspolitik von Bedeutung ist, so kann diese Frage auf Antrag eines Mitgliedstaates oder der Kommission dem Rat vorgelegt werden, der sich so schnell wie möglich damit befaßt und auf Vorschlag der Kommission mit Mehrheit entscheidet, um gemeinsame Leitlinien festzulegen und gegebenenfalls jede von ihm als zweckmäßig erachtete Maßnahme zu treffen.

Hat der Rat über eine solche Frage entschieden, so halten die im Aufsichtsrat des Fonds vertretenen Mitgliedstaaten dort die vom Rat erlassenen Leitlinien oder Entscheidungen ein. Vorher enthalten sie sich jeglicher Stellungnahme, die dazu angetan ist, den Entscheidungen des Rates über die ihm vorgelegte Frage vorzugreifen oder sie zu gefährden.

2. Das Verfahren gemäß Absatz 1 ist dann zwingend vorgeschrieben, wenn der Aufsichtsrat gemäß dem Artikel 5 Absatz 2, Artikel 7 Absatz 1 und 2, Artikel 10 Absatz 4, 5 und 6, Artikel 11 Absatz 5 und Artikel 28 Absatz 1 des Statuts mit Einstimmigkeit aller seiner Mitglieder zu beschließen hat.

Artikel 6

1. Der Gerichtshof bestellt aus seiner Mitte für einen Zeitraum von fünf Jahren die sechs Richter, die neben dem von der Schweiz zu bestellenden Richter das Gericht des Fonds gemäß Artikel 42 des Statuts bilden.

Bei Ableben oder Rücktritt eines Richters während des Zeitraums, für den er bestellt worden ist, wird sein Amt vom Gerichtshof für die verbleibende Amtszeit neu besetzt.

2. Der Gerichtshof stellt dem Gericht des Fonds seine Einrichtungen und technischen Dienste sowie seine Geschäftsstelle zur Verfügung.

Artikel 7

Der Rat erläßt auf Vorschlag der Kommission mit qualifizierter Mehrheit für die Gemeinschaft die erforderlichen Maßnahmen, um die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen sicherzustellen oder die Arbeitsweise des von ihm errichteten Fonds zu erleichtern.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Gemäß Artikel 2 Satz 2 des Gesetzes vom 27. Juli 1957 zugeleitet mit Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramts vom 16. August 1976-14-68070-E-Ve 35/76.

Dieser Vorschlag ist mit Schreiben des Herrn Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 28. Juli 1976 dem Herrn Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaften übermittelt worden.

Die Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem genannten Kommissionsvorschlag ist vorgesehen.

Der Zeitpunkt der endgültigen Beschlußfassung durch den Rat ist noch nicht abzusehen.

Übereinkommen über die Errichtung eines Europäischen Stillegungsfonds für die Binnenschifffahrt

Accord relatif à l'institution d'un Fonds européen d'immobilisation de la navigation intérieure

Akkoord betreffende de instelling van een Europees Oplegfonds voor de binnenscheepvaart

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Das Königreich Belgien,
Die Bundesrepublik Deutschland,
Die Französische Republik,
Das Großherzogtum Luxemburg,
Das Königreich der Niederlande,
Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland,
Die Schweizerische Eidgenossenschaft,

La Communauté Économique Européenne,
le Royaume de Belgique,
la République Fédérale d'Allemagne,
la République Française,
le Grand-Duché de Luxembourg,
le Royaume des Pays-Bas,
le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,
la Confédération Suisse,

De Europese Economische Gemeenschap,
het Koninkrijk België,
de Bondsrepubliek Duitsland,
de Franse Republiek,
het Groothertogdom Luxemburg,
het Koninkrijk der Nederlanden,
het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland,
de Zwitserse Bondsstaat,

IN DER ABSICHT, die zwischen dem Angebot von Schiffsraum und der diesbezüglichen Nachfrage bestehenden zeitweiligen Ungleichgewichte, die gemeinsam in den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und in der Schweiz auf den meisten Wasserstraßen wegen ihrer Verflechtung auftreten, zu beseitigen;

ENTSCHLOSSEN, zu diesem Zweck eine gemeinsame Regelung einzuführen, die geeignet ist, die Wiederherstellung einer normalen Lage auf dem betreffenden Markt durch eine zeitweilige Stillegung eines Teils des vorübergehenden Schiffsraumüberhangs zu ermöglichen;

IN DER ERWAGUNG,

daß eine solche Stillegung auf freiwilliger Grundlage und mittels einer angemessenen Entschädigung der Unternehmer, die vorübergehend Schiffe aus dem Markt ziehen, durchgeführt werden soll, wobei die hierzu erforderlichen Mittel aus Beiträgen der Schifffahrt stammen;

daß die Organisation einer solchen Regelung die Errichtung eines besonderen Stillegungsfonds erfordert, der von den Organen, in denen die Binnenschifffahrt und die öffentlichen Behörden vertreten sind, verwaltet und überwacht wird und die unmittelbar anwendbare Entscheidungen treffen können;

DÉSIREUX de remédier aux déséquilibres temporaires entre l'offre et la demande de cale, qui se manifestent conjointement sur la plupart des voies navigables des États membres de la Communauté économique européenne et de la Suisse, en raison notamment de leur interpénétration;

RÉSOLUS à mettre en œuvre, à cette fin, un régime commun de nature à permettre le rétablissement d'une situation normale sur le marché considéré par une immobilisation temporaire de la fraction de cale momentanément excédentaire;

CONSIDÉRANT,

qu'une telle immobilisation doit être organisée sur une base volontaire et moyennant une indemnisation appropriée des entreprises retirant momentanément du matériel du marché, au moyen de ressources provenant des seules cotisations de la batellerie concernée;

que l'organisation d'un tel régime nécessite l'institution d'un Fonds particulier dont la gestion et le contrôle sont assurés par des organes représentant la batellerie et les pouvoirs publics et disposant du pouvoir de prendre des décisions directement applicables;

GELEID DOOR DE WENS een einde te maken aan de tijdelijke onevenwichtigheden tussen de vraag en het aanbod van scheepsruimte, die zich tegelijkertijd op de meeste waterwegen van de Lid-Staten van de Europese Economische Gemeenschap en van Zwitserland voordoen, met name omdat deze waterwegen op elkaar aansluiten;

VASTBESLOTEN te dien einde een gemeenschappelijke regeling tot stand te brengen waardoor de normale situatie op de bedoelde markt kan worden hersteld door een tijdelijke oplegging van de momenteel overtollige scheepsruimte;

overwegende dat een dergelijke oplegging moet worden georganiseerd op basis van vrijwilligheid en door een passende schadeloosstelling van de ondernemingen, die tijdelijk vaartuigen uit de markt nemen met middelen, welke uitsluitend afkomstig zijn van bijdragen van de betrokken binnenscheepvaart;

overwegende dat voor de uitvoering van een dergelijke regeling dient te worden voorzien in de oprichting van een bijzonder Fonds, waarvan het beheer en het toezicht worden waargenomen door organen, die de binnenscheepvaart en de overheid vertegenwoordigen en die bevoegd zijn om rechtstreeks toepasselijke besluiten te nemen;

daß diese Regelung genügend **anpassungsfähig** sein muß, um später auf andere Wasserstraßen, die im ursprünglichen geographischen Anwendungsbereich nicht genannt sind, ausgedehnt werden zu können und daß der Fortbestand dieser Regelung nach ihrer wirtschaftlichen Wirksamkeit zu beurteilen ist;

HABEN BESCHLOSSEN, einen EUROPÄISCHEN STILLEGUNGSFONDS FÜR DIE BINNENSCHIFFFAHRT zu errichten und die Bedingungen festzulegen, unter denen er funktionieren soll, und zu diesem Zweck als Bevollmächtigte bestellt:

DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT:

Seine Majestät, der König der Belgier:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Der Präsident der Französischen Republik:

Seine Königliche Hoheit, der Großherzog von Luxemburg:

Ihre Majestät, die Königin der Niederlande:

Ihre Majestät, die Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland:

Der Schweizerische Bundesrat:

DIE ALS VERTRAGSCHLIESSENDE PARTEIEN nach Austausch der als gut und gehörig befundenen Vollmachten

FOLGENDE BESTIMMUNGEN VEREINBART HABEN:

que ce régime doit être conçu avec une souplesse suffisante pour en permettre l'extension ultérieure à d'autres voies navigables non visées dans le champ d'application géographique initial et que sa pérennité doit pouvoir être appréciée en fonction de son efficacité économique;

ONT DÉCIDÉ d'instaurer un FONDS EUROPÉEN D'IMMOBILISATION DE LA NAVIGATION INTÉRIEURE et de définir les conditions dans lesquelles il doit fonctionner et ont désigné à cet effet comme plénipotentiaires

La Communauté Économique Européenne:

Sa Majesté le Roi des Belges:

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne:

Le Président de la République Française:

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg:

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas:

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:

Le Conseil Fédéral Suisse:

LESQUELLES PARTIES CONTRACTANTES, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme,

SONT CONVENUES DES DISPOSITIONS SUIVANTES:

overwegende dat deze regeling voldoende soepel moet zijn om op een later tijdstip te kunnen overgaan tot de uitbreiding ervan tot andere, niet in het oorspronkelijke geografische toepassingsgebied bedoelde waterwegen, en dat het voortbestaan ervan beoordeeld moet kunnen worden in het kader van haar economische doeltreffendheid.

HEBBEN BESLOTEN EEN EUROPEES OPLEGFONDS VOOR DE BINNENSCHIEPVAART in te stellen alsmede de wijze vast te stellen waarop dit Fonds dient te functioneren en hebben hiertoe als gevolmachtigden aangewezen;

De Europese Economische Gemeenschap:

Zijne Majesteit de Koning der Belgen:

De President van de Bondsrepubliek Duitsland:

De President van de Franse Republiek:

Zijne Koninklijke Hoogheid de Groot-hertog van Luxemburg:

Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:

Hare Majesteit de Koningin van het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland:

De Federale Raad van Zwitserland:

AKKOORDSLUITENDE PARTIJEN, die, na overlegging van hunne in goede en deugdelijke vorm bevonden volmachten,

OVEREENSTEMMING HEBBEN BE-REIKT OMTRENT DE VOLGENDE BEPALINGEN:

Artikel 1

Es wird ein EUROPÄISCHER STILLLEGUNGSFONDS FÜR DIE BINNENSCHIFFFAHRT, nachstehend „Fonds“ genannt, errichtet.

Die Errichtung des Fonds bezweckt die Verringerung des zwischen Angebot und Nachfrage von Schiffsraum bestehenden zeitweiligen Ungleichgewichts, das schwerwiegende Marktstörungen hervorrufen kann.

Der Fonds darf jedoch im Ergebnis, in Perioden konjunktureller Abschwüchungen, nicht die Festsetzung eines ständigen Mindestniveaus der Frachten oder die Beseitigung struktureller Ungleichgewichte bezwecken.

Artikel 2

Für den Fonds gelten die Bestimmungen des in der Anlage zu diesem Übereinkommen enthaltenen Statuts, das integrierender Bestandteil dieses Übereinkommens ist und dieselben Rechtswirkungen hat.

Artikel 3

1. Die Staaten, die Vertragsparteien der Revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 sind, stellen fest, daß die Inkraftsetzung des dem vorliegenden Übereinkommen in der Anlage beigefügten Statuts die Annahme eines Zusatzprotokolls zur Rheinschiffahrtsakte hinsichtlich der Artikel 3 und 34 dieser Akte erfordert.

Sie verpflichten sich, dieses Zusatzprotokoll innerhalb eines Monats nach Unterzeichnung dieses Übereinkommens annehmen zu lassen.

Sie werden dieses Zusatzprotokoll nach ihrem jeweiligen Verfassungsrecht gleichzeitig mit der Genehmigung oder Ratifizierung des vorliegenden Übereinkommens genehmigen oder ratifizieren lassen.

2. Die Staaten, die Vertragsparteien des französisch-deutsch-luxemburgischen Staatsvertrages vom 27. Oktober 1956 über die Schiffbarmachung der Mosel sind, stellen fest, daß die Inkraftsetzung des dem vorliegenden Übereinkommen in der Anlage beigefügten Statuts die Annahme eines Zusatzprotokolls zu dem Staatsvertrag hinsichtlich Artikel 35 dieses Vertrages erfordert.

Sie verpflichten sich, dieses Zusatzprotokoll innerhalb eines Monats nach Unterzeichnung dieses Übereinkommens annehmen zu lassen.

Sie werden dieses Zusatzprotokoll nach ihrem jeweiligen Verfassungsrecht gleichzeitig mit der Genehmigung oder Ratifizierung des vorliegenden Übereinkommens genehmigen oder ratifizieren lassen.

Article premier

Il est institué un FONDS EUROPÉEN D'IMMOBILISATION DE LA NAVIGATION INTÉRIEURE, ci-après dénommé Fonds.

L'institution de ce Fonds a pour objectif de réduire les déséquilibres temporaires qui se manifestent entre l'offre et la demande de cale et sont susceptibles de provoquer des perturbations graves du marché.

A cet égard, le Fonds ne peut avoir pour objectif de fixer, en fait, un niveau minimum permanent des frets pendant toutes les périodes de dépression ni de remédier à des déséquilibres structurels.

Article 2

Le Fonds est régi par le Statut défini dans l'annexe au présent Accord, dont elle fait partie intégrante et déploie les mêmes effets juridiques.

Article 3

1. Les États contractants qui sont parties à la Convention révisée pour la navigation du Rhin du 17 octobre 1868 constatent que la mise en œuvre du Statut annexé au présent Accord implique l'adoption de leur part d'un protocole additionnel à ladite Convention concernant les articles 3 et 34 de cette Convention.

Ils s'engagent à procéder à l'adoption d'un tel protocole dans un délai d'un mois après la signature du présent Accord.

Ils procéderont à l'approbation ou à la ratification de ce protocole, selon leurs règles et procédures constitutionnelles respectives, simultanément avec l'approbation ou la ratification du présent Accord.

2. Les États contractants qui sont parties à la Convention franco-germano-luxembourgeoise du 27 octobre 1956 au sujet de la canalisation de la Moselle constatent que la mise en œuvre du Statut annexé au présent Accord implique l'adoption de leur part d'un protocole additionnel à ladite Convention concernant l'article 35 de cette Convention.

Ils s'engagent à procéder à l'adoption d'un tel protocole dans un délai d'un mois après la signature du présent Accord.

Ils procéderont à l'approbation ou à la ratification de ce protocole, selon leurs règles et procédures constitutionnelles respectives, simultanément avec l'approbation ou la ratification du présent Accord.

Artikel 1

Er wordt een EUROPEES OPLEG-FONDS VOOR DE BINNENSCHIEP-VAART, hierna te noemen het Fonds, ingesteld.

Met de instelling van dit Fonds wordt beoogd, tijdelijke onevenwichtigheden tussen vraag en aanbod van scheepsruimte, die ernstige marktverstoringen kunnen veroorzaken, te beperken.

In dit verband mag het Fonds niet tot doel hebben dat in feite een permanente benedengrens wordt vastgesteld voor de vrachttarieven in alle perioden van economische teruggang, noch dat structurele onevenwichtigheden worden verholpen.

Artikel 2

Het Fonds is onderworpen aan het Statuut dat is neergelegd in de bijlage van dit Akkoord. Deze bijlage maakt een integrerend deel uit van dit Akkoord en heeft dezelfde rechtsgevolgen.

Artikel 3

1. De akkoordsluitende staten die partij zijn bij de Herzene Rijnvaartakte van 17 oktober 1868 stellen vast dat het voor de tenuitvoerlegging van het aan dit Akkoord gehechte Statuut vereist is dat zij een aanvullend protocol bij genoemde Akte met betrekking tot de artikelen 3 en 34 daarvan aannemen.

Zij verbinden zich om dit protocol binnen een maand na de onderteekening van dit Akkoord aan te nemen.

Zij zullen dat protocol tegelijk met dit Akkoord doen goedkeuren of ratificeren volgens hun onderscheiden grondwettelijke bepalingen en procedures.

2. De akkoordsluitende staten die partij zijn bij de Frans-Duits-Luxemburgse Overeenkomst van 27 oktober 1956 betreffende de kanalisatie van de Moezel stellen vast dat het voor de tenuitvoerlegging van het aan dit Akkoord gehechte Statuut vereist is dat zij een aanvullend protocol bij genoemde Overeenkomst betreffende artikel 35 van deze Overeenkomst aannemen.

Zij verbinden zich om dat protocol binnen een maand na de onderteekening van dit Akkoord aan te nemen.

Zij zullen dat protocol tegelijk met dit Akkoord goedkeuren of ratificeren volgens hun onderscheiden grondwettelijke bepalingen en procedures.

Artikel 4

Dieses Übereinkommen und das Statut in der Anlage gelten rechtsverbindlich im Hoheitsgebiet des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Dänemark (mit Ausnahme der Färöer), der Französischen Republik, der Republik Italien, Irland, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs der Niederlande, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Article 4

Les États sur le territoire desquels le présent Accord et le Statut annexé ont force obligatoire sont le Royaume de Belgique, la République Fédérale d'Allemagne, le Royaume de Danemark (à l'exception des îles Féroé), la République Française, la République Italienne, l'Irlande, le Grand-Duché de Luxembourg, le Royaume des Pays-Bas, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et la Confédération Suisse.

Artikel 4

De staten op wier grondgebied dit Akkoord en het daaraan gehechte Statuut bindende kracht hebben zijn het Koninkrijk België, het Koninkrijk Denemarken (met uitzondering van de Færøer), de Bondsrepubliek Duitsland, de Franse Republiek, Ierland, de Italiaanse Republiek, het Groothertogdom Luxemburg, het Koninkrijk der Nederlanden, het Verenigd Koninkrijk en de Zwitserse Bondsstaat.

Artikel 5

1. Dieses Übereinkommen gilt für eine Dauer von fünf Jahren, beginnend mit dem Tag, an dem die der Schifffahrt nach Artikel 53 Absatz 3 des Statuts auferlegten Verpflichtungen wirksam werden. Es bleibt für die Dauer eines weiteren Jahres in Kraft, sofern seine Geltungsdauer nicht gemäß den in Absatz 2 vorgesehenen Bedingungen verlängert und wenn nicht inzwischen eine für später geltende neue Regelung vereinbart worden ist.

2. Durch gemeinsamen Beschluß der Vertragschließenden Parteien kann die Geltungsdauer dieses Übereinkommens um weitere fünf Jahre verlängert werden. Zu diesem Zweck wird mindestens ein Jahr vor Ablauf des laufenden Geltungszeitraums über eine etwaige Verlängerung dieser Geltungsdauer entschieden.

Article 5

1. Le présent Accord reste en vigueur pour une durée de cinq ans à compter du jour de la prise d'effet des obligations imposées à la batellerie en vertu de l'article 53, paragraphe 3 du Statut. Il sera maintenu en vigueur pour une durée supplémentaire d'un an, au cas où sa durée de validité n'aurait pas été prorogée dans les conditions prévues au paragraphe 2 et sauf dans le cas où un nouveau régime à appliquer ultérieurement serait convenu entretemps.

2. Par décision conjointe des Parties contractantes, la durée de validité du présent Accord peut être prorogée pour des périodes successives de cinq ans. À cet effet, il est statué au moins un an avant l'expiration de la période de validité en cours, sur une éventuelle prorogation de cette période.

Artikel 5

1. Dit Akkoord blijft van kracht gedurende vijf jaar, met ingang van de dag waarop de krachtens artikel 53, lid 3 van het Statuut aan de binnenscheepvaart opgelegde verplichtingen gelding krijgen. Het blijft nog een jaar langer van kracht, indien de geldigheidsduur niet overeenkomstig lid 2 wordt verlengd, tenzij inmiddels overeenstemming is bereikt over een nieuwe regeling die daarna zal worden toegepast.

2. De geldigheidsduur van dit Akkoord kan bij gezamenlijk besluit van de akkoordsluitende partijen telkens met vijf jaar worden verlengd. Daartoe wordt ten minste een jaar voor het einde van de lopende geldigheidsperiode een besluit genomen over een eventuele verlenging daarvan.

Artikel 6

Die Vertragschließenden Parteien treffen alle allgemeinen und besonderen Maßnahmen, um die Durchführung der Verpflichtungen, die sich aus diesem Übereinkommen oder den Entscheidungen der Organe des Fonds ergeben, zu gewährleisten. Sie erleichtern dem Fonds und seinen Organen die Erfüllung ihrer Aufgaben.

Article 6

Les Parties contractantes prennent toutes mesures générales ou particulières propres à assurer l'exécution des obligations découlant du présent Accord ou résultant des décisions des organes du Fonds. Elles facilitent au Fonds et à ses organes l'accomplissement de leur mission.

Artikel 6

De akkoordsluitende partijen nemen alle passende algemene of bijzondere maatregelen om de naleving van de verplichtingen die uit dit Akkoord of uit de besluiten van de organen van het Fonds voortvloeien te verzekeren. Zij vergemakkelijken het Fonds en zijn organen de uitvoering van hun taak.

Artikel 7

1. Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Sekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; dieses übermittelt der Regierung jedes Vertragschließenden Staates eine beglaubigte Abschrift des Übereinkommens.

Dieses Übereinkommen bedarf der Genehmigung oder der Ratifizierung durch die Vertragschließenden Parteien gemäß ihrer verfassungsrechtlichen Vorschriften und Verfahren. Die Genehmigungs- oder Ratifikationsurkunden werden von den Vertrag-

Article 7

1. Le présent Accord, rédigé en un exemplaire unique en langues danoise, allemande, anglaise, française, italienne et néerlandaise, chacun de ces textes faisant également foi, sera déposé dans les archives du Secrétariat du Conseil des Communautés Européennes qui en remettra une copie certifiée conforme au Gouvernement de chacun des États contractants.

Il sera approuvé ou ratifié par les Parties contractantes selon leurs règles et procédures constitutionnelles respectives. Les instruments d'approbation ou de ratification seront déposés conjointement par les Parties contractantes auprès du Secrétariat du

Artikel 7

1. Dit Akkoord, opgesteld in één exemplaar, in de Deense, de Duitse, de Engelse, de Franse, de Italiaanse en die Nederlandse taal, zijnde alle teksten gelijkelijk authentiek, zal worden nedergelegd in het archief van het secretariaat van de Raad van de Europese Gemeenschappen, die een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan de regering van elke akkoordsluitende staat.

Het zal door de akkoordsluitende partijen overeenkomstig hun onderscheiden grondwettelijke bepalingen en procedures worden goedgekeurd of bekrachtigd. De akten van goedkeuring of bekrachtiging zullen door de akkoordsluitende partijen gezamenlijk

schließenden Parteien gemeinsam beim Sekretariat des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt.

2. Dieses Übereinkommen tritt nach Genehmigung oder Ratifizierung durch alle Vertragsschließenden Parteien am ersten Tag des Monats, der auf den Tag der gemeinsamen Hinterlegung der Genehmigungs- und Ratifikationsurkunden folgt, in Kraft.

Conseil des Communautés Européennes.

2. Le présent Accord entre en vigueur, lorsque toutes les Parties contractantes l'auront approuvé ou ratifié, le premier jour du mois suivant la date du dépôt conjoint des instruments d'approbation ou de ratification.

bij het secretariaat van de Raad van de Europese Gemeenschappen worden nedergelegd.

2. Dit Akkoord treedt in werking, wanneer alle akkoordsluitende partijen het zullen hebben goedgekeurd of bekrachtigd, op de eerste dag van de maand die volgt op de datum van de gezamenlijke nederlegging van de akten van goedkeuring of bekrachtiging.

Geschehen zu
am

Fait à , le . Gedaan te , op

Für die
Europese Economische Gemeenschap
Pour la Communauté Économique
Européenne
Voor de
Europese Economische Gemeenschap

Für das
Großherzogtum Luxemburg
Pour le Grand-Duché de Luxembourg
Voor het Groothertogdom Luxemburg

Für das
Königreich Belgien
Pour le Royaume de Belgique
Voor het
Koninkrijk België

Für das
Königreich der Niederlande
Pour le Royaume des Pays-Bas
Voor het
Koninkrijk der Nederlanden

Für die
Bundesrepublik Deutschland
Pour la
République Fédérale d'Allemagne
Voor de
Bondsrepubliek Duitsland

Für das
Vereinigte Königreich Großbritannien
und Nordirland
Pour le
Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord
Voor het
Verenigd Koninkrijk
von Groot-Brittannië
en Noord-Ierland

Für die
Französische Republik
Pour la République Française
Voor de Franse Republiek

Für die
Schweizerische Eidgenossenschaft
Pour la Confédération Suisse
Voor de Zwitserse Bondsstaat.

Anlage

**Statut
des Europäischen Stilllegungsfonds für die Binnenschifffahrt**

Annexe

**Statut
du Fonds européen d'immobilisation de la navigation intérieure**

Bijlage

**Statuut
van het Europees Oplegfonds voor de binnenscheepvaart**

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

1. Der „EUROPAISCHE STILLLEGUNGSFONDS FÜR DIE BINNENSCHIFFFAHRT“, nachstehend „FONDS“ genannt, ist eine internationale öffentlich-rechtliche Anstalt, die nach Maßgabe des „Übereinkommens über die Errichtung eines Europäischen Stilllegungsfonds für die Binnenschifffahrt“, nachstehend „Übereinkommen“ genannt, errichtet wird.

2. Für den Fonds gelten die Bestimmungen des Übereinkommens und dieses Statuts sowie die von den Organen des Fonds erlassenen Durchführungsbestimmungen. Soweit solche Bestimmungen fehlen, findet die Gesetzgebung des Staates, in dem der Fonds seinen Hauptsitz hat, Anwendung.

3. Der Fonds hat Rechtspersönlichkeit.

4. Der Fonds besitzt die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen zuerkannt ist; er kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben oder veräußern, Verträge abschließen sowie vor Gericht stehen.

5. Der Fonds verfolgt keinen Erwerbszweck.

Artikel 2

1. Der Hauptsitz des Fonds befindet sich in Duisburg (Bundesrepublik Deutschland). Der Fonds hat wenigstens eine Zweigniederlassung in jedem Staat, in dessen Hoheitsgebiet sich Wasserstraßen befinden, die unter dieses Statut fallen, sowie in Belgien zu errichten, es sei denn, daß der betreffende Staat darauf verzichtet. Er kann auch in anderen Staaten, in deren Hoheitsgebiet dieses Statut rechtsverbindlich ist, Zweigniederlassungen errichten, und er hat dies auf deren Antrag vorzunehmen.

2. Der Fonds kann an seinem Hauptsitz gerichtlich verklagt werden. Er kann von natürlichen oder juristischen

Chapitre I

Dispositions générales

Article premier

1. Le «FONDS EUROPÉEN D'IMMOBILISATION DE LA NAVIGATION INTÉRIEURE», ci-après dénommé «FONDS», est un établissement public international instauré en vertu de l'«Accord relatif à l'institution d'un Fonds européen d'immobilisation de la navigation intérieure», ci-après dénommé «Accord».

2. Le Fonds est régi par les dispositions de l'Accord et du présent Statut ainsi que par les dispositions d'exécution arrêtées par les organes du Fonds. À défaut de telles dispositions, la législation de l'État où se trouve son siège principal est applicable.

3. Le Fonds a la personnalité juridique.

4. Le Fonds possède la capacité juridique la plus large reconnue aux personnes morales; il peut notamment acquérir ou aliéner des biens immobiliers et mobiliers, conclure des contrats et ester en justice.

5. Le Fonds ne poursuit pas de but lucratif.

Article 2

1. Le Fonds a son siège principal à Duisburg (République Fédérale d'Allemagne). Il doit ouvrir au moins une succursale dans chaque État sur le territoire duquel sont situées des voies navigables soumises au présent Statut ainsi qu'en Belgique, sauf renonciation de la part de l'État en cause. Il peut également en ouvrir dans d'autres États sur le territoire desquels le présent Statut a force obligatoire, et le fera si ceux-ci le demandent.

2. Le Fonds peut être cité en justice au lieu de son siège principal ainsi que, par des personnes physi-

Hoofdstuk I

Algemene bepalingen

Artikel 1

1. Het „EUROPEES OPLEGFONDS VOOR DE BINNENSCHIEPVAART“, hierna te noemen het „FONDS“ is een internationale publiekrechtelijke instelling, opgericht krachtens het „Akkoord betreffende de instelling van een Europees Oplegfonds voor de binnenscheepvaart“, hierna te noemen het „Akkoord“.

2. Het Fonds wordt geregeerd door de bepalingen van het Akkoord en van dit Statuut alsook door de bepalingen ter uitvoering daarvan vastgesteld door de organen van het Fonds. Bij gebreke van dergelijke bepalingen is de wetgeving van de staat waar zijn hoofdzetel is gevestigd van toepassing.

3. Het Fonds bezit rechtspersoonlijkheid.

4. Het Fonds heeft de ruimste rechtsbevoegdheid welke aan rechtspersonen wordt toegekend; het kan met name roerende en onroerende goederen verkrijgen en vervreemden, overeenkomsten aangaan en in rechte optreden.

5. Het Fonds beoogt niet het maken van winst.

Artikel 2

1. Het Fonds heeft zijn hoofdzetel te Duisburg (Bondsrepubliek Duitsland). Het moet ten minste een bijkantoor openen in elke staat op wiens grondgebied zich waterwegen bevinden waarop dit Statuut van toepassing is, alsook in België, tenzij de betrokken staat hiervan afziet. Het kan tevens bijkantoren openen in andere staten op wier grondgebied dit Statuut bindende kracht heeft, en is daartoe verplicht indien deze daarom verzoeken.

2. Het Fonds kan in rechte worden betrokken in de plaats waar zijn hoofdzetel is gevestigd, alsook, door

Personen mit Wohnsitz oder Sitz in einem Staat, in dem sich eine Zweigniederlassung befindet, auch am Ort dieser Zweigniederlassung verklagt werden.

Artikel 3

1. Der Fonds ist im Rahmen seiner amtlichen Tätigkeiten in den Staaten, in deren Hoheitsgebiet dieses Statut rechtsverbindlich ist, von sämtlichen direkten Steuern, einschließlich der Quellensteuern, auf sein Einkommen und Vermögen befreit.

Hinsichtlich der Umsatzsteuern stellen weder die Beiträge nach Artikel 9 noch die Vergütungen nach Artikel 23 ein Entgelt für Dienstleistungen dar.

Als amtliche Tätigkeiten des Fonds im Sinne dieses Artikels gelten alle Tätigkeiten, die für die Verwaltung und die Geschäftsführung des Fonds unerlässlich sind.

Eine Befreiung von Abgaben und Gebühren, die lediglich die Vergütung für öffentliche Dienstleistungen darstellen, besteht nicht.

2. Dieses Statut gewährt keine Steuervorrechte und -befreiungen zugunsten der Schiffseigentümer oder Schiffahrtsunternehmer, die hinsichtlich der Beiträge, die sie an den Fonds entrichten, und der Vergütungen, die sie von diesem erhalten, der Steuerhoheit des Staates unterliegen, in dem sie steuerpflichtig sind.

3. Unabhängig von den geltenden oder künftigen Wechsel-, Devisen- und Transfervorschriften sind die Zahlungen und Überweisungen aller Beiträge eines Schiffseigentümers oder Schiffahrtsunternehmers an den Fonds und alle Stilllegungsvergütungen des Fonds an einen Schiffseigentümer oder Schiffahrtsunternehmer sowie der freie Geldverkehr zwischen dem Hauptsitz und den Zweigniederlassungen des Fonds gestattet, soweit es sich um den Geldverkehr im Rahmen der Aufgaben des Fonds handelt.

4. Unbeschadet der Bestimmungen dieses Statuts dürfen der Fonds und seine Zweigniederlassungen hinsichtlich ihrer Kapitalanlagen nicht ungünstiger behandelt werden als Inländer.

Artikel 4

Diesem Statut unterliegen die in Artikel 6 genannten Schiffe, die sich auf folgenden, in einer diesem Statut als Anhang beigefügten Karte eingezeichneten Wasserstraßen, nachstehend „Wasserstraßen des Fonds“ genannt, aufhalten:

ques ou morales ayant leur domicile ou leur siège dans un État où une succursale aura été établie, au lieu de cette succursale.

Article 3

1. Dans le cadre de ses activités officielles, le Fonds jouit, dans les États sur le territoire desquels le présent Statut a force obligatoire, de l'exemption de tous impôts directs, y compris les retenues à la source, sur ses revenus et sa fortune.

En ce qui concerne les taxes sur le chiffre d'affaires, ni les cotisations visées à l'article 9 ni les indemnités visées à l'article 23 ne constituent la rémunération de prestations de service.

Par activités officielles du Fonds, on entend, au sens du présent article, toutes activités indispensables à son administration et à sa gestion.

Aucune exonération n'est accordée en ce qui concerne les impôts, taxes et droits qui ne constituent que la simple rémunération de services d'utilité publique.

2. Le présent Statut ne confère aucun privilège ni exemption fiscale en faveur des propriétaires ou exploitants de bateaux, qui restent soumis, en ce qui concerne les cotisations qu'ils versent au Fonds et les indemnités qu'ils perçoivent de celui-ci, à la législation fiscale de l'État où ils sont imposables.

3. Indépendamment des prescriptions en vigueur ou futures relatives au régime des changes, devises ou transferts de fonds, sont autorisés le paiement et le virement de toute cotisation au Fonds par un propriétaire ou exploitant de bateau et l'octroi de toute indemnité d'immobilisation du Fonds à un propriétaire ou exploitant de bateau ainsi que le libre transfert de tout montant par le Fonds en provenance ou au profit de ses succursales, pour autant qu'il s'agisse de paiements effectués dans le cadre des compétences attribuées au Fonds.

4. Sans préjudice des dispositions du présent Statut, le Fonds et ses succursales ne peuvent subir, en ce qui concerne les dépôts de capitaux, un traitement moins favorable que les nationaux.

Article 4

Sont soumis aux dispositions du présent Statut, les bateaux définis à l'article 6, séjournant sur les voies navigables suivantes, ci-après dénommées «voies navigables du Fonds» et délimitées sur une carte annexée au présent Statut,

natuurlijke of rechtspersonen die hun woonplaats of zetel hebben in een staat waar een bijkantoor is gevestigd, in de plaats waar zich dit bijkantoor bevindt.

Artikel 3

1. In het kader van zijn officiële activiteiten is het Fonds op het grondgebied van de staten waarop dit Statuut bindende kracht heeft vrijgesteld van alle directe belastingen, waaronder begrepen de afhoudingen aan de bron op zijn inkomsten en vermogen.

Wat de omzetbelasting betreft vormen noch de in artikel 9 bedoelde bijdragen, noch de in artikel 23 bedoelde vergoedingen de beloning voor het verrichten van diensten.

Officiële werkzaamheden van het Fonds in de zin van dit artikel zijn alle werkzaamheden die onontbeerlijk zijn voor het bestuur en beheer van het Fonds.

Geen vrijstelling wordt verleend van belastingen, heffingen en rechten die slechts eenvoudige vergoedingen voor diensten van openbaar nut zijn.

2. Dit Statuut verleent geen fiscale voorrechten of vrijstelling van belastingen aan vaartuigeigenaren of -exploitanten, die, ten aanzien van de bijdragen die zij in het Fonds storten en de vergoedingen die zij uit het Fonds ontvangen, onderworpen blijven aan de belastingwetgeving van de staat waar zij belastingplichtig zijn.

3. Ongeacht de geldende of toekomstige valuta-, deviezen- of transfervorschriften worden de betaling en overschrijving van alle bijdragen aan het Fonds door vaartuigeigenaren of -exploitanten en de uitkering van alle oplegvergoedingen uit het Fonds aan vaartuigeigenaren of -exploitanten toegestaan, alsook de vrije overschrijving van alle bedragen door het Fonds naar zijn bijkantoren en omgekeerd, voor zover het overschrijven betreft in het kader van de aan het Fonds toegekende bevoegdheden.

4. Onverminderd het bepaalde in dit Statuut mogen het Fonds en zijn bijkantoren bij kapitaaldeposito's niet ongunstiger behandeld worden dan de eigen onderdanen.

Artikel 4

Zijn onderworpen aan dit Statuut de in artikel 6 omschreven vaartuigen die zich bevinden op de volgende waterwegen, hierna te noemen „waterwegen van het Fonds“, die op een aan dit Statuut gehechte kaart zijn afgebakend:

- | | | |
|---|--|---|
| <p>a) auf dem Rhein, einschließlich des Elsassischen Rheinseitenkanals, von Rheinfelden bis in das Meer sowie auf allen übrigen im Hoheitsgebiet der Niederlande gelegenen Wasserstraßen;</p> <p>b) auf der Mosel von ihrer Mündung in den Rhein bei Koblenz bis Metz;</p> <p>c) auf dem Neckar, dem Main, der Regnitz (bis km 6,85), den Kanälen Rhein-Herne, Wesel-Datteln, Datteln-Hamm und dem Dortmund-Ems-Kanal (bis zur Schleuse Münster) sowie auf der Ruhrwasserstraße;</p> <p>d) auf den Wasserstraßen, auf die der Geltungsbereich dieses Statuts unter den Voraussetzungen von Artikel 5 ausgedehnt wird.</p> | <p>a) le Rhin, y compris le Grand Canal d'Alsace, depuis Rheinfelden jusqu'à la mer, ainsi que toutes les autres voies navigables situées sur le territoire des Pays-Bas;</p> <p>b) la Moselle, depuis son confluent avec le Rhin à Coblenz jusqu'à Metz;</p> <p>c) le Neckar, le Main, la Regnitz (jusqu'au km 6,85) les canaux Rhein-Herne, Wesel-Datteln, Datteln-Hamm et Dortmund-Ems (jusqu'à l'écluse de Münster) ainsi que la Ruhrwasserstrasse;</p> <p>d) les voies navigables auxquelles le champ d'application du Statut aurait été étendu dans les conditions de l'article 5.</p> | <p>a) de Rijn, met inbegrip van het Grand Canal d'Alsace, vanaf Rheinfelden tot de zee, alsook alle overige waterwegen op het grondgebied van Nederland;</p> <p>b) de Moezel, vanaf het punt van samenvloeiing met de Rijn te Koblenz tot Metz;</p> <p>c) de Neckar, de Main, de Regnitz (tot km. 6,85), de kanalen Rijn-Herne/Wesel-Datteln/Datteln-Hamm en Dortmund-Ems (tot de sluis van Münster), alsook de Ruhrwasserstrasse;</p> <p>d) de waterwegen tot welke het toepassingsgebied van het Statuut overeenkomstig artikel 5 wordt uitgebreid.</p> |
|---|--|---|

Artikel 5

1. Bei der Annahme des Übereinkommens oder zu jedem späteren Zeitpunkt können Belgien, die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich den örtlichen Anwendungsbereich des Statuts auf die Gesamtheit oder einen Teil der in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet gelegenen Wasserstraßen ausdehnen, die sowohl in technischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht mit den Wasserstraßen des Fonds verbunden sind.

Eine solche Ausdehnung wird von dem betreffenden Staat den übrigen Vertragschließenden Parteien bekanntgegeben und von diesen in gleicher Weise wie dieses Statut veröffentlicht.

2. Die Anpassungen dieses Statuts, die für das Funktionieren des Fonds als Folge einer Erweiterung seines Geltungsbereichs unter den in Absatz 1 genannten Voraussetzungen vorgenommen werden müssen, sowie der Zeitpunkt und die etwaigen Übergangsbestimmungen für die Inkraftsetzung der Ausdehnung werden vom Aufsichtsrat mit Einstimmigkeit aller seiner Mitglieder beschlossen.

Artikel 6

Der Geltungsbereich dieses Statuts erstreckt sich auf die Schiffe, die im gewerblichen Verkehr oder im Werkverkehr, beladen oder unbeladen, in Fahrt, stilliegend oder in Reparatur, zur Güterbeförderung bestimmt sind oder verwendet werden und folgenden Fahrzeugarten angehören:

A. Frachtschiffe:

- a) Schiffe mit mechanischem Antrieb, die zur Beförderung trockener, flüssiger oder verflüssigter Ladungen geeignet sind;
- b) Schiffe ohne mechanischen Antrieb, die zur Beförderung trockener, flüs-

Article 5

1. Lors de l'adoption de l'Accord ou à tout moment ultérieur, la Belgique, l'Allemagne et la France pourront étendre le champ d'application territorial du Statut à tout ou partie des voies navigables situées sur leur territoire respectif et qui, tant sur le plan technique que sur le plan économique, sont liées aux voies navigables du Fonds.

Une telle extension sera notifiée par l'État en cause aux autres Parties contractantes et publiée par celles-ci comme le présent Statut.

2. Les adaptations qu'il s'avèrerait nécessaire d'apporter au présent Statut pour le fonctionnement du Fonds en raison d'une extension de son champ d'application dans les conditions visées au paragraphe 1 ainsi que la date et les modalités transitoires éventuelles de mises en vigueur de cette extension, seront décidées par le Conseil de surveillance statuant à l'unanimité de tous ses membres.

Article 6

Tombent dans le champ d'application du présent Statut, les bateaux destinés au transport de marchandises ou utilisés pour un tel transport, tant pour compte d'autrui que pour compte propre, chargés ou légers, tant en état de navigation qu'immobilisés ou en réparation, des catégories suivantes:

A. Bateaux porteurs

- a) bateaux avec propulsion mécanique, aptes au transport de marchandises solides, liquides ou liquéfiées;
- b) bateaux sans propulsion mécanique, aptes au transport de mar-

Artikel 5

1. Bij de goedkeuring van het Akkoord of op enig tijdstip daarna kunnen België, Duitsland en Frankrijk het territoriale toepassingsgebied van het Statuut uitbreiden tot alle waterwegen of een gedeelte van de waterwegen die zich op hun onderscheiden grondgebied bevinden en die zowel technisch als economisch met de waterwegen van het Fonds zijn verbonden.

Van zulk een uitbreiding zal door de betrokken staat kennis worden gegeven aan de andere akkoordsluitende partijen en door deze partijen op dezelfde wijze als dit Statuut worden bekendgemaakt.

2. Ten aanzien van de aanpassingen welke dit Statuut als gevolg van een uitbreiding van zijn toepassingsgebied overeenkomstig lid 1 moet ondergaan, alsmede ten aanzien van de datum en de eventuele overgangsbepalingen voor de inwerkingtreding van deze uitbreiding, beslist de Raad van Toezicht met eenparigheid van stemmen van al zijn leden.

Artikel 6

Onder het toepassingsgebied van dit Statuut vallen de voor beroeps- of eigen goederenvervoer bestemde of gebruikte, beladen of onbeladen vaartuigen, ongeacht of zij varen, stilliegen dan wel in reparatie zijn, van de volgende categorieën:

A. Vrachtschepen

- a) schepen met mechanische voortstuwingsinrichting die geschikt zijn voor het vervoer van vaste, vloeibare of vloeibaar gemaakte goederen;
- b) schepen zonder mechanische voortstuwingsinrichting die ge-

siger oder verflüssigter Ladungen geeignet sind;

chandises solides, liquides ou liquéfiées;

schikt zijn voor het vervoer van vaste, vloeibare of vloeibaar gemaakte goederen;

c) Schubleichter und Trägerschiffsleichter.

c) barges et barges de navire.

c) duwbaken en zeeschipbakken.

B. Nicht-Frachtschiffe:

B. Bateaux non porteurs

B. Andere vaartuigen dan vrachtschepen

a) Schleppboote;

a) remorqueurs;

a) sleepboten;

b) Schubboote.

b) pousseurs.

b) duwboten.

Artikel 7

Article 7

Artikel 7

1. Von den Verpflichtungen nach Artikel 9 bis 13 dieses Statuts sind ausgenommen:

a) Frachtschiffe jeder Art mit einer Tragfähigkeit bei größtem Tiefgang bis zu 400 metrischen Tonnen sowie Schlepper und Schubboote mit einer Maschinenleistung bis 140 PS (103 kW).

1. Sont exemptés des obligations imposées en vertu des articles 9 à 13 du présent Statut:

a) les bateaux porteurs de toute nature dont le port en lourd à l'enfoncement maximum n'est pas supérieur à 400 tonnes métriques ainsi que les remorqueurs et pousseurs dont la force motrice des engins de propulsion ne dépasse pas 140 chevaux vapeur (103 kilowatt).

1. Van de krachtens de artikelen 9 tot en met 13 van dit Statuut opgelegde verplichtingen zijn vrijgesteld:

a) vrachtschepen van alle aard met een laadvermogen bij maximale diepgang van niet meer dan 400 metrieke ton evenals sleep- en duwboten met een voortstuwingsvermogen van niet meer dan 140 paardekracht (103 kw).

Die Tragfähigkeitsgrenze von 400 metrischen Tonnen wird jedoch bis zum 1. Januar 1981 auf 300 Tonnen herabgesetzt; der Aufsichtsrat kann mit Einstimmigkeit aller seiner Mitglieder vor Ablauf des Jahres, von dessen Beginn an die der Schifffahrt auferlegten Verpflichtungen wirksam werden, beschließen, daß die Tragfähigkeitsgrenze nicht herabgesetzt wird.

Le seuil de 400 tonnes métriques est toutefois abaissé à 300 tonnes jusqu'au premier janvier 1981; le Conseil de surveillance statuant à l'unanimité de tous ses membres avant l'expiration de l'année à compter du début de laquelle prennent effet les obligations imposées à la batellerie, peut décider que cet abaissement n'aura pas lieu;

De drempel van 400 metrieke ton wordt evenwel verlaagd tot 300 metrieke ton tot 1 januari 1981; de Raad van toezicht kan met eenparigheid van stemmen van al zijn leden, voor het verstrijken van het jaar, te rekenen vanaf het begin daarvan de krachtens dit Statuut aan de binnenscheepvaart opgelegde verplichtingen gelden, beslissen dat deze verlaging niet zal plaatsvinden;

b) Seeschiffe, die keine Beförderungen zwischen zwei Häfen oder Ladestellen der Wasserstraßen des Fonds vornehmen;

b) les navires de mer qui n'effectuent pas de transport entre deux ports ou installations portuaires des voies navigables du Fonds;

b) zeeschepen die geen vervoer verrichten tussen twee havens of haveninstallaties van de waterwegen van het Fonds;

c) Fähren;

c) les bacs;

c) veerboten;

d) Schiffe im Dienst der öffentlichen Verwaltung, soweit sie nicht zu gewerblichen Zwecken eingesetzt sind;

d) les bateaux affectés à un service public non commercial;

d) voor een niet-commerciële openbare dienst gebezigde vaartuigen;

e) Schiffe, die lediglich zum Zweck einer Reparatur oder eines Umbaus die Wasserstraßen des Fonds benutzen und diese ohne Vornahme einer Beförderung wieder verlassen, sowie Schiffsneubauten, die eine Werft verlassen, um einen Bestimmungsort außerhalb der genannten Wasserstraßen anzulaufen;

e) les bateaux qui, à des fins uniquement de réparation ou de transformation, entrent sur les voies navigables du Fonds et en ressortent sans effectuer une opération de transport ainsi que les constructions neuves qui quittent un chantier naval pour un lieu de destination situé en dehors desdites voies navigables;

e) vaartuigen die de waterwegen van het Fonds binnenvaren alleen om gerepareerd of verbouwd te worden en deze weer verlaten zonder een vervoer-prestatie te verrichten, alsook nieuwgebouwde vaartuigen die van een scheepswerf naar een plaats van bestemming buiten genoemde waterwegen varen;

f) andere Schiffsarten, die vom Aufsichtsrat mit Einstimmigkeit aller seiner Mitglieder festzulegen sind und die wegen ihrer Betriebsbedingungen sowie ihrer Verwendung zu ganz besonderen Zwecken mit den unter den Anwendungsbereich dieses Statuts fallenden Schiffen nicht in Wettbewerb treten.

f) d'autres catégories de bateaux à définir par le Conseil de surveillance statuant à l'unanimité de tous ses membres et qui, en raison de leurs conditions d'exploitation ainsi que de leur utilisation à des fins très particulières, ne concurrencent pas les bateaux tombant dans le champ d'application du présent Statut.

f) andere door de Raad van toezicht met eenparigheid van stemmen van al zijn leden te bepalen categorieën vaartuigen, die in verband met hun wijze van exploitatie en hun gebruik voor zeer bijzondere doeleinden niet concurreren met de vaartuigen waarop dit Statuut van toepassing is.

2. Angesichts der technischen Entwicklung der Beförderung mit Schubleichtern und Trägerschiffsleichtern sowie des Einflusses, den diese Art von Schiffen im Wettbewerb mit anderen

2. Compte tenu de l'évolution technique des transports par barges et barges de navire ainsi que de l'influence concurrentielle que peut revêtir ce type de matériel par rapport

2. Rekening houdend met de technische evolutie van het vervoer met duwbakken en zeeschipbakken, alsmede met de mededinging waarin dit vervoermaterieel met de andere cate-

Schiffskategorien haben kann, kann der Aufsichtsrat, der mit Einstimmigkeit aller seiner Mitglieder entscheidet, bei Schubleichtern und Trägerschiffsleichtern die in Absatz 1 Buchstabe a) vorgesehene Tragfähigkeitsgrenze ändern.

Artikel 8

1. Sofern der Anwendungsbereich dieses Statuts nicht auf die im Hoheitsgebiet Belgiens gelegenen Wasserstraßen ausgedehnt wird, fallen die Schiffe nicht unter Artikel 4, die im Durchgangsverkehr auf der Westerschelde Belgien über Antwerpen verlassen, um über Selzate dorthin zurückzukehren oder umgekehrt, ohne in den Niederlanden Güter zu laden oder zu löschen, noch dort einen Schlepp- oder Schubeinsatz zu beginnen oder zu beenden.

2. Von den Verpflichtungen nach Artikel 9 bis 13 dieses Statuts sind auch die Schiffe ausgenommen, die ausschließlich zur Güterbeförderung, zum Schlepp- oder Schubetrieb auf den Wasserstraßen des Fonds zwischen einem Lade- und einem Löschort, die beide in Frankreich gelegen sind, verwendet werden, es sei denn, daß beide Orte entweder am Rhein oder an der kanalisiert Mosel liegen oder daß einer von ihnen am Rhein und der andere an der kanalisiert Mosel liegt.

Kapitel II

Beiträge der Schifffahrt

Artikel 9

1. Für jedes diesem Statut unterliegende und nicht nach Artikel 7 oder 8 ausgenommene Schiff, das die Wasserstraßen des Fonds benutzt, müssen die nach Artikel 10 festgesetzten Tagesbeiträge an den Fonds entrichtet werden.

2. Die Beiträge werden, vorbehaltlich einer Zeitverpflichtung nach Artikel 12, für die Zahl der Tage geschuldet, während denen sich das Schiff auf den Wasserstraßen des Fonds befindet. Teile eines Tages gelten als ganze Tage.

3. Die Beiträge sind zahlbar am Hauptsitz des Fonds, am Sitz einer seiner Zweigniederlassungen oder jeder anderen vom Fonds hierzu benannten Zahlstelle; dabei ist das geltende Wechselkursverfahren in dem Staat, in dem die Zahlung geleistet wird, unter Berücksichtigung der Bestimmungen von Artikel 3 Absatz 3 dieses Statuts zu beachten.

aux autres catégories de bateaux, le Conseil de surveillance, statuant à l'unanimité de tous ses membres, peut modifier, pour les barges et les barges de navire, le seuil du tonnage prévu au paragraphe 1, lettre a).

Article 8

1. Sauf dans le cas d'une extension éventuelle du champ d'application du présent Statut aux voies navigables situées sur le territoire de la Belgique, ne sont pas visés par l'article 4 les bateaux quittant la Belgique par Anvers pour y rentrer par Zelzate ou vice-versa, en empruntant l'Escaut occidental en transit, sans charger ou décharger de marchandises aux Pays-Bas ni y commencer ou terminer un service de remorquage ou de poussage.

2. Sont exemptés des obligations imposées en vertu des articles 9 à 13 du présent Statut, les bateaux utilisés exclusivement pour un transport de marchandises, un service de remorquage ou de poussage sur les voies navigables du Fonds entre un lieu de chargement et un lieu de déchargement situés tous deux en France, sauf si ces deux lieux se trouvent, soit sur le Rhin, soit sur la Moselle canalisée, soit l'un d'eux sur le Rhin et l'autre sur la Moselle canalisée.

Chapitre II

Cotisations de la batellerie

Article 9

1. Pour tout bateau soumis au présent Statut et non exempté en vertu des dispositions des articles 7 et 8, qui utilise les voies navigables du Fonds, il est perçu, au profit du Fonds, une cotisation journalière déterminée dans les conditions prévues à l'article 10.

2. La cotisation est due, sous réserve d'un engagement périodique prévu à l'article 12, pour le nombre de journées pendant lesquelles le bateau se trouve sur les voies navigables du Fonds. Les fractions de journées sont considérées comme journées entières.

3. La cotisation est payable au siège principal du Fonds ou à l'une de ses succursales ou auprès de tout autre bureau de recettes désigné par lui à cet effet, conformément aux procédures en vigueur en matière de change dans l'État où a lieu le paiement et compte tenu des dispositions de l'article 3, paragraphe 3 du présent Statut.

gorieën vaartuijen kan staan, kan de Raad van toezicht met eenparigheid van stemmen van al zijn leden de grens van de tonnemaat voor duwbakken en zeeschippakken bepaald in lid 1, sub a) wijzigen.

Artikel 8

1. Behoudens een eventuele uitbreiding van het toepassingsgebied van dit Statuut tot de waterwegen op Belgisch grondgebied, heeft artikel 4 geen betrekking op vaartuijen die België via Antwerpen verlaten en via Zelzate weer binnenkomen of vice-versa, daarbij in transitio varende over die Westerschelde, zonder in Nederland goederen te laden of te lossen of een sleep- of duwdienst te beginnen of te eindigen.

2. Van de krachtens de artikelen 9 tot en met 13 van dit Statuut opgelegde verplichtingen zijn vrijgesteld de vaartuijen welke uitsluitend gebruikt worden voor een goederen-transport of voor het verlenen van een duw- of sleepdienst op de waterwegen van het Fonds tussen een in Frankrijk gelegen plaats van lading en plaats van lossing, behalve indien deze beide plaatsen gelegen zijn hetzij aan de Rijn, hetzij aan de gekanaliseerde Moezel, of een daarvan aan de Rijn en de andere aan de gekanaliseerde Moezel.

Hoofdstuk II

Bijdragen van de binnenscheepvaart

Artikel 9

1. Voor ieder onder dit Statuut vallend en niet krachtens het bepaalde in de artikelen 7 en 8 vrijgesteld vaartuig dat de waterwegen van het Fonds gebruikt wordt ten behoeve van het Fonds een overeenkomstig artikel 10 bepaalde dagelijkse bijdrage geheven.

2. Tenzij een verplichting voor een bepaalde periode als bedoeld in artikel 12 word aangegaan is de bijdrage verschuldigd voor het aantal dagen dat het vaartuig zich op de waterwegen van het Fonds bevindt. Gedeelten van dagen worden als gehele dagen beschouwd.

3. De bijdrage is betaalbaar op de hoofdzetel van het Fonds of in een van zijn bijkantoren dan wel in ieder ander door het Fonds hiervoor aangewezen ontvangstkantoor volgens de in de Staat waar de betaling plaatsvindt geldende valutaprocedures en met inachtneming van de bepalingen van artikel 3, lid 3, van dit Statuut.

Artikel 10

1. Der Tagesbeitrag für jedes Schiff errechnet sich durch Multiplikation seiner gleichwertigen Tragfähigkeit oder seiner gleichwertigen Maschinenleistung mit dem in Absatz 2 genannten Grundbeitrag.

Die gleichwertige Tragfähigkeit und die gleichwertige Maschinenleistung errechnen sich durch Multiplikation der tatsächlichen Tragfähigkeit in metrischen Tonnen und der nominalen Maschinenleistung in PS des betreffenden Schiffes mit dem Bewertungskoeffizienten der Schiffsart, dem dieses Schiff angehört.

2. Für das erste Jahr, in dem die durch dieses Statut eingeführte Regelung angewandt wird, werden der Grundbeitrag auf einen Betrag, der 0,0175 DM entspricht, und die Bewertungskoeffizienten wie folgt festgesetzt:

Article 10

1. Le montant de la cotisation journalière est calculé pour chaque bateau en multipliant son tonnage équivalent ou sa puissance équivalente par le taux de base visé au paragraphe 2.

Le tonnage équivalent et la puissance équivalente sont déterminés en multipliant le port en lourd effectif en tonnes métriques ou la puissance nominale en chevaux vapeur du bateau considéré par le coefficient de valorisation de la catégorie à laquelle appartient ce bateau.

2. Pour la première année de fonctionnement du régime instauré par le présent Statut, le taux de base de la cotisation s'établit à un montant équivalent à 0,0175 DM et les coefficients de valorisation sont fixés comme suit:

Artikel 10

1. Voor elk vaartuig wordt het bedrag van de dagelijkse bijdrage berekend door het aantal ton-equivalenten of het aantal pk-equivalenten van dit vaartuig te vermenigvuldigen met het in lid 2 bedoelde basistarief.

De ton-equivalenten en de pk-equivalenten worden vastgesteld door het effectieve laadvermogen in metrieke tonnen of het nominale motorvermogen in P.K. van het betrokken vaartuig te vermenigvuldigen met de valorisatiecoëfficiënt van de categorie waartoe dit vaartuig behoort.

2. Voor het eerste jaar dat de bij dit Statuut ingevoerde regeling wordt toegepast geldt als basistarief voor de bijdrage een bedrag dat overeenkomt met 0,0175 DM, en worden de valorisatie-coëfficiënten als volgt vastgesteld:

Frachtschiffe	für trockene Ladung	für flüssige und verflüssigte Ladung
Schiffe mit mechanischem Antrieb	1,00	1,50
Schiffe ohne mechanischen Antrieb	0,35	0,53
Schubleichter und Trägerschiffs- leichter	0,33	0,56
Nicht-Frachtschiffe (1 PS = 0,735 kW)		
Schleppboote	1,00	
Schubboote	2,30	
Bateaux porteurs	Aptes au transport de marchandises solides	Aptes au transport de marchandises liquides et liquéfiées
Bateaux avec propulsion mécanique	1,00	1,50
Bateaux sans propulsion mécanique	0,35	0,53
Barges et barges de navires	0,33	0,56
Bateaux non porteurs (1 CV = 0,735 kW)		
Remorqueurs	1,00	
Pousseurs	2,30	
Vrachtschepen	Geschikt voor vervoer van vaste goederen	Geschikt voor vervoer van vloeibare en vloeibar gemaakte goederen
Schepen met mechani- sche voortstuwingsinrichting	1,00	1,50
Schepen zonder mecha- nische voortstuwingsinrichting	0,35	0,53
Duwbakken en zeeschipbakken	0,33	0,56
Andere vaartuigen dan vrachtschepen (1 pk = 0,735 kw)		
Slepbotten	1,00	
Duwboten	2,30	

3. Alle späteren Änderungen der Grundbeiträge müssen bis zum 30. November für das darauffolgende Kalenderjahr unter Berücksichtigung der verfügbaren Reserven des Fonds, der voraussichtlichen Höhe der nach Artikel 23 zu zahlenden Stilllegungsvergütungen sowie der Verwaltungskosten des Fonds erfolgen.

Der Aufsichtsrat beschließt diese Änderungen auf Vorschlag des Verwaltungsrates.

4. Bei Festsetzung eines Grundbeitrags, der um mehr als 15 % über dem in Absatz 2 genannten Satz liegt, entscheidet der Aufsichtsrat mit Einstimmigkeit aller seiner Mitglieder; mit dieser Entscheidung wird der neue Grundbeitrag festgelegt, für dessen weitere Erhöhung um mehr als 15 % wiederum die Einstimmigkeit aller seiner Mitglieder erforderlich ist.

5. Alle Änderungen der Bewertungskoeffizienten müssen bis zum 30. November für das darauffolgende Kalenderjahr erfolgen. Sie werden vom Aufsichtsrat mit Einstimmigkeit aller seiner Mitglieder beschlossen.

6. Werden die Ziele der durch dieses Statut eingeführten Regelung während eines Stilllegungszeitraums dadurch in Frage gestellt, daß zu viele Schiffe, für die nicht zuvor eine der in Artikel 12 vorgesehenen Zeitverpflichtungen eingegangen wurde, sich auf der Suche nach Beschäftigung auf die Wasserstraßen des Fonds begeben, so kann der Aufsichtsrat mit Einstimmigkeit aller seiner Mitglieder die Ergreifung von Maßnahmen beschließen, die zur Behebung dieser Situation geeignet sind.

Artikel 11

1. Unbeschadet des Artikels 12 Absatz 3 muß jedes Schiff, das den in Artikel 9 vorgesehenen Beitrag zu entrichten hat, bei der Einfahrt in eine Wasserstraße des Fonds angemeldet und bei der Ausfahrt aus derselben wieder abgemeldet werden.

Schiffe, die sich zu dem Zeitpunkt auf den Wasserstraßen des Fonds befinden, in dem die der Schifffahrt nach diesem Statut auferlegten Verpflichtungen wirksam werden, müssen binnen vierzehn Tagen nach diesem Zeitpunkt angemeldet werden.

2. Ein- und Ausfahrt werden von den Dienststellen des Fonds in einem Fahrtenheft nach Artikel 15 festgehalten. Jedes in Absatz 1 Unterabsatz 1 genannte Schiff muß bei seiner ersten

3. Toutes modifications ultérieures du taux de base de la cotisation doivent intervenir avant le 30 novembre pour l'année civile suivante, compte tenu du montant des réserves disponibles du Fonds, de l'importance prévisible des indemnités d'immobilisation à verser en vertu de l'article 23 et des frais d'administration du Fonds.

Ces modifications sont décidées par le Conseil de surveillance statuant sur proposition du Conseil d'administration.

4. Pour fixer un taux de base de la cotisation dépassant de plus de 15 % le taux prévu au paragraphe 2, le Conseil de surveillance statue à l'unanimité de tous ses membres; cette décision détermine le nouveau taux de base par rapport auquel une augmentation de plus de 15 % exige la même unanimité.

5. Toutes modifications des coefficients de valorisation doivent intervenir avant le 30 novembre pour l'année civile suivante. Elles sont décidées par le Conseil de surveillance statuant à l'unanimité de tous ses membres.

6. Lorsqu'au cours d'une période d'immobilisation, les objectifs de la réglementation instaurée par le présent Statut sont mis en cause du fait qu'un trop grand nombre de bateaux pour lesquels il n'a pas été préalablement souscrit un engagement périodique prévu à l'article 12 se rendent, en quête d'utilisation, sur les voies navigables du Fonds, le Conseil de surveillance, statuant à l'unanimité de tous ses membres, peut décider la mise en œuvre de mesures de nature à remédier à cette situation.

Article 11

1. Sans préjudice des dispositions de l'article 12, paragraphe 3, tout bateau soumis au paiement de la cotisation prévue à l'article 9, doit faire l'objet d'une déclaration d'entrée lorsqu'il pénètre sur les voies navigables du Fonds et d'une déclaration de sortie lorsqu'il en sort.

Pour les bateaux séjournant sur les voies navigables du Fonds, au moment où prennent effet les obligations imposées à la batellerie en vertu du présent Statut, la déclaration d'entrée doit être faite dans les quatorze jours de cette prise d'effet.

2. Les entrées et les sorties sont consignées par les services du Fonds dans un carnet de bord, visé à l'article 15. Chaque bateau visé au paragraphe 1, alinéa 1, doit être en posses-

3. Latere wijzigingen van het basistarief voor de bijdrage voor het daarop volgende kalenderjaar moeten geschieden vóór 30 november; daarbij moet rekening worden gehouden met de beschikbare reserves van het Fonds, de voorziene omvang van de krachtens artikel 23 uit te keren oplegvergoedingen en de administratiekosten van het Fonds.

Tot deze wijzigingen wordt door de Raad van toezicht op voorstel van de Raad van bestuur besloten.

4. Om een basistarief voor de bijdrage vast te stellen dat meer dan 15 % hoger ligt dan het in lid 2 bedoelde tarief beslist de Raad van toezicht met eenparigheid van stemmen van al zijn leden; in dit besluit wordt het nieuwe basistarief vastgesteld, voor de verhoging waarvan met meer dan 15 % wederom eenparigheid van stemmen is vereist.

5. Wijzigingen van de valorisatiecoëfficiënten voor het volgende kalenderjaar moeten geschieden vóór 30 november. Deze besluiten worden door de Raad van toezicht met eenparigheid van stemmen van al zijn leden genomen.

6. Wanneer in de loop van een oplegperiode de doeleinden van de bij dit Statuut ingevoerde regeling in gevaar worden gebracht doordat een te groot aantal schepen waarvoor van tevoren geen verplichting zoals bedoeld in artikel 12 is aangegaan, werk komt zoeken op de waterwegen van het Fonds, kan de Raad van toezicht bij eenparig besluit van al zijn leden maatregelen treffen om deze toestand te verhelpen.

Artikel 11

1. Onverminderd het bepaalde in artikel 12, lid 3, moet voor elk vaartuig waarvoor de in artikel 9 bedoelde bijdrage moet worden betaald een aangifte van binnenkomst worden gedaan wanneer het de waterwegen van het Fonds binnenkomt en een aangifte van vertrek wanneer het deze waterwegen verlaat.

Voor de vaartuigen die zich op de waterwegen van het Fonds bevinden op het ogenblik waarop de krachtens dit Statuut aan de binnenscheepvaart opgelegde verplichtingen van kracht worden, moet de aangifte van binnenkomst worden gedaan binnen veertien dagen nadat bedoelde verplichtingen van kracht worden.

2. Binnenkomst en vertrek worden door de diensten van het Fonds opgetekend in het in artikel 15 bedoelde boordboekje. Dat boekje moet op ieder in lid 1, alinea 1, bedoeld vaar-

Einfahrt in eine Wasserstraße des Fonds im Besitz dieses Fahrtenheftes sein; für Trägerschiffsleichter wird das Fahrtenheft bei der Entrichtung der Beiträge nach Artikel 12 und 13 Absatz 2, ausgehändigt.

3. Jedes Schiff, dessen Einfahrt im Fahrtenheft eingetragen ist, gilt solange als Benutzer der Wasserstraßen des Fonds, als seine Ausfahrt nicht eingetragen ist, es sei denn, der Eigentümer, Unternehmer oder Führer des Schiffes erbringt den Nachweis, daß das Schiff die Wasserstraßen des Fonds tatsächlich verlassen hat, er jedoch ohne sein Verschulden oder seine Nachlässigkeit dieses Verlassen nicht eintragen lassen konnte, oder daß es ihm wegen eines von seinem Willen unabhängigen äußeren Umstands unmöglich war, sein Schiff außerhalb der Wasserstraßen des Fonds zu verbringen.

4. Jedes Schiff, das sich auf einer Wasserstraße des Fonds aufhält und dessen Einfahrt in die Wasserstraßen des Fonds nicht im Fahrtenheft eingetragen worden ist, wird unwiderleglich so behandelt, als ob es sich mindestens drei Monate lang auf den Wasserstraßen des Fonds befunden hätte, es sei denn, der Eigentümer, Unternehmer oder Führer des Schiffes meldet seine Einfahrt binnen zwei Tagen nach der Einfahrt des Schiffes in diese Wasserstraßen an und erbringt den Nachweis, daß das Schiff in die Wasserstraßen eingefahren ist, er wegen eines von seinem Willen unabhängigen äußeren Umstandes diese Einfahrt nicht eintragen lassen konnte und weder Verschulden noch Nachlässigkeit seinerseits vorliegen.

5. Die Bestimmungen dieses Artikels können vom Aufsichtsrat mit Einstimmigkeit aller seiner Mitglieder geändert werden.

Artikel 12

1. Für jedes Schiff, für das der in Artikel 9 vorgesehene Beitrag zu entrichten ist, kann der Schiffeigentümer vor oder anlässlich der Anmeldung der Einfahrt des Schiffes in eine Wasserstraße des Fonds die vorherige schriftliche Verpflichtung übernehmen, die Tagesbeiträge ohne Rücksicht auf die Zahl der Tage, während denen sich das Schiff im Laufe eines Kalenderjahres auf den Wasserstraßen des Fonds befindet, mindestens für einen der folgenden Zeiträume zu entrichten:

- a) für ein ganzes Kalenderjahr;
- b) für 274 aufeinanderfolgende Tage, seit dem Tag, auf den die Verpflichtung eingegangen wird;
- c) für 182 aufeinanderfolgende Tage, seit dem Tag, auf den die Verpflichtung eingegangen wird;

sion de ce carnet lors de sa première entrée sur une voie navigable du Fonds; pour les barges de navire, le carnet de bord est délivré lors du paiement des cotisations visé à l'article 12 et à l'article 13, paragraphe 2.

3. Tout bateau dont l'entrée a été consignée dans le carnet de bord est réputé utiliser les voies navigables du Fonds aussi longtemps que sa sortie n'y aura pas été consignée, à moins que le propriétaire ou l'exploitant du bateau ou son conducteur ne rapporte la preuve que le bateau est effectivement sorti des voies navigables du Fonds, mais qu'il n'a pas été en mesure de faire consigner cette sortie, sans faute ni négligence de sa part, ou qu'il a été dans l'impossibilité de sortir son bateau en raison d'une circonstance extérieure indépendante de sa volonté.

4. Tout bateau se trouvant sur les voies navigables du Fonds et dont l'entrée sur ces voies n'a pas été consignée dans le carnet de bord, est présumé de manière irréfutable avoir utilisé les voies navigables du Fonds pendant une durée d'au moins trois mois, sauf si son propriétaire, son exploitant ou son conducteur déclare son entrée dans les deux jours de la pénétration du bateau sur lesdites voies navigables et rapporte la preuve à cette occasion que le bateau est entré sur ces voies sans qu'il ait été en mesure de faire consigner cette entrée, en raison de circonstances extérieures indépendantes de sa volonté et exclusives de toute faute ou négligence de sa part.

5. Les dispositions du présent article peuvent être modifiées par le Conseil de surveillance, statuant à l'unanimité de tous ses membres.

Article 12

1. Tout bateau soumis au paiement de la cotisation prévue à l'article 9 peut, lors d'une déclaration d'entrée sur les voies navigables du Fonds ou antérieurement, faire l'objet d'un engagement écrit préalable de son propriétaire de payer les cotisations journalières, sans égard au nombre de jours durant lesquels le bateau se trouve sur ces voies navigables, pour au moins l'une des périodes suivantes au cours d'une même année civile:

- a) L'année civile entière;
- b) 274 jours consécutifs à compter du jour où l'engagement prend effet;
- c) 182 jours consécutifs à compter du jour où l'engagement prend effet;

tuig aanwezig zijn bij de eerste binnenkomst op een onder het Fonds vallende waterweg. Voor de zeeschipbakken wordt het boordboekje afgeleverd bij de betaling van de bijdragen bepaald in artikel 12 en artikel 13, lid 2.

3. Elk vaartuig waarvan de binnenkomst in het boordboekje is opgetekend wordt geacht de waterwegen van het Fonds te bevaren zolang het vertrek niet in het boekje is opgetekend, tenzij de eigenaar, exploitant of bestuurder van het vaartuig aantoont dat hij de waterwegen van het Fonds werkelijk verlaten heeft maar, zonder dat dit aan zijn schuld of nalatigheid te wijten is, dit vertrek niet heeft kunnen doen optekenen, of dat hij de waterwegen van het Fonds met geen mogelijkheid heeft kunnen verlaten wegens een buiten zijn wil gelegen van buiten komende omstandigheid.

4. Elk vaartuig dat zich op de waterwegen van het Fonds bevindt zonder dat de binnenkomst in het boordboekje is opgetekend, wordt onwederlegbaar geacht de waterwegen van het Fonds gedurende ten minste drie maanden te hebben bevaren, tenzij de eigenaar, exploitant of bestuurder zijn binnenkomst aangeeft binnen twee dagen nadat het vaartuig de genoemde waterwegen is binnengekomen en daarbij aantoont dat hij, zonder dat dit aan zijn schuld of nalatigheid te wijten is, deze binnenkomst niet heeft kunnen doen optekenen wegens een buiten zijn wil gelegen van buiten komende omstandigheid.

5. De bepalingen van dit artikel kunnen door de Raad van toezicht met eenparigheid van stemmen van al zijn leden worden gewijzigd.

Artikel 12

1. Voor vaartuigen waarvoor de in artikel 9 bedoelde bijdrage moet worden betaald kan bij de aangifte van binnenkomst op de waterwegen van het Fonds, of voordien, vooraf door de eigenaar de schriftelijke verplichting worden aangegaan om, ongeacht het aantal dagen dat het vaartuig zich op deze waterwegen zal ophouden, de dagelijkse bijdragen te betalen voor ten minste een der volgende perioden tijdens eenzelfde kalenderjaar:

- a) voor het gehele kalenderjaar;
- b) voor 274 achtereenvolgende dagen, met ingang van de dag waarop de verplichting is ontstaan;
- c) voor 182 achtereenvolgende dagen met ingang van de dag waarop de verplichting is ontstaan;

d) für 91 aufeinanderfolgende Tage, seit dem Tag, auf den die Verpflichtung eingegangen wird.

2. Im Fall einer Zeitverpflichtung nach Absatz 1 wird der Gesamtbetrag der für diese Zeiträume zu entrichtenden Tagesbeiträge ermäßigt um:

- a) 20 %, wenn sich die Verpflichtung auf das ganze Kalenderjahr erstreckt;
- b) 10 %, wenn sich die Verpflichtung auf 274 Tage erstreckt;
- c) 7,5 %, wenn sich die Verpflichtung auf 182 Tage erstreckt;
- d) 5 %, wenn sich die Verpflichtung auf 91 Tage erstreckt.

Diese Ermäßigungen werden für die einzelnen Verpflichtungen gewährt und können für mehrere im Laufe desselben Jahres aufeinanderfolgende Verpflichtungen weder erhöht noch kumuliert werden.

3. Die Schiffe, für die eine Zeitverpflichtung übernommen worden ist, müssen während der Dauer des Zeitraums, für den diese Verpflichtung gilt, bei der Einfahrt in eine Wasserstraße des Fonds nicht angemeldet und bei der Ausfahrt nicht abgemeldet werden.

Artikel 13

1. Tagesbeiträge, die nach den in Artikel 11 vorgesehenen Anmeldungen geschuldet werden, werden vom Tag der Einfahrt des Schiffes in die Wasserstraßen des Fonds für die erklärte Dauer seines Aufenthaltes auf diesen Wasserstraßen fällig.

Der Fonds kann Zahlungsfristen mit oder ohne Sicherheitsleistung des Schiffseigentümers gewähren.

2. Für Trägerschiffsleichter können die Tagesbeiträge vor Einfahrt in die Wasserstraßen des Fonds zu Beginn eines jeden Jahres für die erklärte voraussichtliche Dauer ihres Aufenthaltes auf diesen Wasserstraßen entrichtet werden. In diesem Fall findet Artikel 12 Absatz 2 keine Anwendung. Die von diesen Leichtern in den Seehäfen verbrachte Zeit wird bei der Festlegung der Dauer dieses Aufenthaltes nicht berücksichtigt, sofern diese Leichter keine Beförderungen zu oder von einem anderen als demjenigen Hafen ausführen, in dem sie zu Wasser gelassen wurden.

Anhand der Eintragungen im Fahrtenheft nach Artikel 11 Absatz 2 rechnet der Fonds am Ende eines Jahres über die Beiträge der Trägerschiffsleichter ab.

d) 91 jours consécutifs à compter du jour où l'engagement prend effet.

2. Dans les cas d'engagements périodiques visés au paragraphe 1, les montants totaux des cotisations journalières dues pour lesdites périodes sont réduits:

- a) de 20 % lorsque l'engagement porte sur l'année civile entière;
- b) de 10 % lorsque l'engagement porte sur 274 jours;
- c) de 7,5 % lorsque l'engagement porte sur 182 jours;
- d) de 5 % lorsque l'engagement porte sur 91 jours.

Les réductions ci-dessus s'effectuent en raison de chaque engagement et ne peuvent être augmentées ou cumulées dans le cas de plusieurs engagements successifs au cours de la même année.

3. Les bateaux faisant l'objet d'un engagement périodique sont dispensés des déclarations d'entrée et de sortie des voies navigables du Fonds pour la durée de la période couverte par ledit engagement.

Article 13

1. Les cotisations journalières dues en raison des déclarations prévues à l'article 11 sont exigibles à partir du jour de l'entrée du bateau sur les voies navigables du Fonds, pour la durée déclarée de son séjour sur ces voies.

Le Fonds peut accorder des délais de paiement avec ou sans garanties à fournir par le propriétaire du bateau.

2. Pour les barges de navire, le paiement des cotisations journalières peut être effectué, avant leur entrée sur les voies navigables du Fonds, au début de chaque année pour la durée prévisible déclarée de leur séjour sur ces voies navigables. Dans ce cas, l'article 12, paragraphe 2, ne s'applique pas. Le temps passé par ces barges dans les ports de mer n'est pas pris en considération pour la détermination de la durée de ce séjour pour autant que ces barges n'effectuent pas de transport à destination ou en provenance d'un port autre que celui de leur mise à l'eau.

Sur la base des consignations effectuées sur le carnet de bord, conformément aux dispositions de l'article 11, paragraphe 2, le Fonds procède, en fin d'année, à un apurement des comptes relatifs aux cotisations des barges de navire.

d) voor 91 achtereenvolgende dagen, met ingang van de dag waarop de verplichting is ontstaan.

2. In de in lid 1 bedoelde gevallen, waarbij een verplichting voor een bepaalde periode wordt aangegaan, wordt het totale bedrag van de dagelijkse bijdragen die voor deze periodes verschuldigd zijn, verminderd met:

- a) 20 % wanneer de verplichting betrekking heeft op het gehele kalenderjaar;
- b) 10 % wanneer de verplichting betrekking heeft op 274 dagen;
- c) 7,5 % wanneer de verplichting betrekking heeft op 182 dagen;
- d) 5 % wanneer de verplichting betrekking heeft op 91 dagen.

Deze aftrek geldt per verplichting en kan in geval van verscheidene verplichtingen die na elkaar in de loop van hetzelfde jaar worden aangegaan niet worden verhoogd of gecumuleerd.

3. Vaartuigen waarvoor een verplichting voor een bepaalde periode wordt aangegaan zijn gedurende de periode waarvoor deze verplichting geldt vrijgesteld van de aangifte van binnenkomst in en van vertrek uit de waterwegen van het Fonds.

Artikel 13

1. De krachtens de in artikel 11 bedoelde aangiften verschuldigde dagelijkse bijdragen zijn opeisbaar vanaf de dag van binnenkomst van het vaartuig op de waterwegen van het Fonds voor de aangegeven duur van zijn verblijf op deze waterwegen.

Het Fonds kan betalingstermijnen toestaan, met of zonder door de eigenaar van het vaartuig te verstrekken waarborg.

2. Voor zeeschipbakken kunnen, vóór hun binnenkomst op de waterwegen van het Fonds, de dagelijkse bijdragen aan het begin van het jaar vooruit worden betaald voor de geraamde aangegeven duur van hun verblijf op de waterwegen van het Fonds. In dat geval vindt artikel 12, lid 2 geen toepassing. De door deze bakken in zeehavens doorgebrachte tijd wordt niet in aanmerking genomen voor het bepalen van de duur van dit verblijf, voor zover deze bakken geen vervoer verrichten naar of van een andere haven dan die van hun tewaterlating.

Aan de hand van de aantekeningen in het boordboekje overeenkomstig artikel 11, lid 2, gaat het Fonds aan het einde van het jaar over tot de vereffening van de bijdragerekeningen voor deze zeeschipbakken.

3. Die Beiträge, die auf Grund der in Artikel 12 vorgesehenen Zeitverpflichtungen geschuldet werden, sind in voller Höhe spätestens an dem Tag zu zahlen, an dem die Verpflichtung wirksam wird.

Der Fonds kann für diese Beiträge die vierteljährliche Vorauszahlung mit Zinsbelastung und gegebenenfalls gegen Sicherheitsleistungen seitens des Schiffseigentümers gestatten.

4. Der Fonds kann die ihm geschuldeten Beiträge mit den Stilllegungsvergütungen, die er nach Artikel 23 zu entrichten hätte, aufrechnen.

Eine solche Aufrechnung kann vom Schiffseigentümer nicht geltend gemacht werden.

5. Wird ein Schiff, für das eine Zeitverpflichtung übernommen worden ist, fahruntüchtig, geht es verloren, wird es abgewrackt, umgebaut oder zu anderen als in Artikel 6 vorgesehenen Zwecken verwendet, mindestens ein Jahr aus dem Verkehr auf den Wasserstraßen des Fonds genommen, an einen Erwerber veräußert, der es außerhalb der Wasserstraßen des Fonds verwendet, oder wird es mehr als sechs Monate ohne Besatzung außer Dienst gestellt oder gleichlang nur zur Lagerung verwendet, so kann der Eigentümer gegen Rückgabe des Fahrtenheftes Erstattung der Beiträge abzüglich der nach Maßgabe der laufenden Dauer gewährten Ermäßigung von dem Tage an, an dem der geltend gemachte Umstand eintritt, verlangen.

6. Der Aufsichtsrat kann einstimmig die in diesem Artikel genannten Zahlungsbedingungen ändern.

Artikel 14

1. Der Aufsichtsrat bestimmt, in welchen Fällen und unter welchen Voraussetzungen ein Schiffsverkehrsunternehmer, der nicht Schiffseigentümer ist, die Bedingungen und Pflichten nach Artikel 9 bis 13 sowie Artikel 18 erfüllen kann.

2. Für alle Erklärungen gegenüber dem Fonds und Verpflichtungen nach Artikel 12 ist der Schiffsführer gesetzlicher Vertreter des Schiffseigentümers und in den in Absatz 1 genannten Fällen des Schiffsverkehrsunternehmers. Der Eigentümer und Unternehmer des Schiffes sind durch die Angaben des Schiffsführers und die von diesem eingegangenen Verpflichtungen dem Fonds gegenüber gebunden.

3. Les cotisations dues en raison des engagements périodiques prévus à l'article 12, sont exigibles intégralement au plus tard le jour où l'engagement prend effet.

Le Fonds peut accorder la faculté d'effectuer ce paiement par fractions trimestrielles anticipées, avec intérêts et, le cas échéant, moyennant des garanties à fournir par le propriétaire du bateau.

4. Le Fonds peut procéder à la compensation entre les cotisations qui lui sont dues et les indemnités d'immobilisation dont il serait redevable en vertu de l'article 23.

Une telle compensation ne peut être invoquée par le propriétaire d'un bateau.

5. Dans le cas où un bateau faisant l'objet d'un engagement périodique devient impropre à la navigation, est perdu, déchiré, transformé ou utilisé à d'autres fins que celles visées à l'article 6, retiré des voies d'eau du Fonds pour une période d'au moins un an, vendu à un acquéreur qui l'exploite en dehors des voies navigables du Fonds, mis hors service sans équipement pendant une période supérieure à six mois ou utilisé uniquement pour l'entreposage pendant une même période, son propriétaire peut, contre remise du carnet de bord, demander le remboursement de la cotisation payée pour la période dépassant le jour où la circonstance invoquée est établie et sous déduction de la réduction accordée en fonction de la période en cours.

6. Le Conseil de surveillance, statuant à l'unanimité, peut modifier les modalités de paiement visées au présent article.

Article 14

1. Le Conseil de surveillance détermine dans quels cas et sous quelles conditions un exploitant autre que le propriétaire du bateau peut remplir les obligations et engagements prévus aux articles 9 à 13 et 18.

2. Pour toutes les déclarations à faire envers le Fonds et pour les engagements à prendre en vertu de l'article 12, le conducteur du bateau est le représentant légal du propriétaire du bateau et, dans les cas visés au paragraphe 1, de l'exploitant du bateau et le propriétaire ou l'exploitant sont engagés envers le Fonds par les déclarations faites et engagements pris par le conducteur du bateau.

3. De bijdragen voor verplichtingen voor een bepaalde periode, zoals bepaald in artikel 12, zijn in hun geheel opeisbaar uiterlijk op de dag dat de verplichting is ontstaan.

Het Fonds kan toestaan dat deze betaling in gedeelten per kwartaal vooruit geschiedt, zulks tegen betaling van rente en, in voorkomend geval, onder het stellen door de eigenaar van het vaartuig van een waarborg.

4. Het Fonds kan de aan hem verschuldigde bijdragen en de oplegvergoedingen die het zelf krachtens artikel 23 verschuldigd is met elkaar verrekenen.

Zulk een verrekening kan door de eigenaar van een vaartuig niet worden ingeroepen.

5. In het geval dat een vaartuig waarvoor een verplichting voor een bepaalde periode is aangegaan ongeschikt wordt voor de vaart, verloren gaat, gesloopt wordt of verbouwd of gebruikt wordt voor andere dan de in artikel 6 vermelde doeleinden, voor een periode van ten minste een jaar van de waterwegen van het Fonds wordt teruggetrokken, verkocht wordt aan een koper die het buiten de waterwegen van het Fonds exploiteert, buiten dienst wordt gesteld zonder bemanning gedurende een periode van meer dan zes maanden, of uitsluitend word gebruikt voor opslag gedurende eenzelfde periode kan de eigenaar, tegen inlevering van het boordboekje, verzoeken om terugbetaling van de betaalde bijdragen voor de periode na de dag waarop de aangevoerde omstandigheid is vastgesteld en na aftrek van de op grond van de lopende periode toegekende vermindering.

6. De Raad van toezicht kan met eenparigheid van stemmen de in dit artikel bedoelde wijzen van betaling wijzigen.

Artikel 14

1. De Raad van toezicht bepaalt in welke gevallen en op welke voorwaarden een andere exploitant dan de eigenaar van het vaartuig de in de artikelen 9 tot en met 13 en 18 bedoelde verplichtingen kan nakomen.

2. Voor alle aangiften bij het Fonds en voor de volgens artikel 12 aan te gane verplichtingen is de bestuurder van het vaartuig de wettige vertegenwoordiger van de eigenaar van het vaartuig en, in de in lid 1 bedoelde gevallen, van de exploitant van het vaartuig; de eigenaar of de exploitant van het vaartuig wordt ten opzichte van het Fonds gebonden door de aangiften die de bestuurder van het vaartuig doet en door de verplichtingen die hij aangaat.

Kapitel III Bescheinigungen und Verzeichnisse

Artikel 15

1. Der Fonds stellt für jedes der Beitragspflicht unterliegende Schiff ein Fahrtenheft aus.

2. Das Fahrtenheft enthält Vordrucke, die bei jeder Meldung einer Ein- und Ausfahrt oder beim Eingehen einer Zeitverpflichtung auszufüllen sind, sowie abtrennbare Durchschriften dieser Meldungen und Verpflichtungen.

Die Stammlblätter der Vordrucke verbleiben im Fahrtenheft; die Durchschriften werden von den Dienststellen des Fonds, die die Meldung oder die Verpflichtung entgegennehmen, einbehalten und unverzüglich an den Hauptsitz des Fonds weitergeleitet.

3. Die ordnungsgemäß ausgefüllten Vordrucke des Fahrtenheftes gelten als Nachweis für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Statut sowie gegebenenfalls für die Zulassung zur Stillelegung.

4. Anhand der ihm übermittelten Durchschriften erstellt der Fonds das Verzeichnis der Schiffe, die Anspruch auf Stillelegungsvergütung nach Artikel 23 haben und stellt die übrigen Angaben, die eine Kenntnis der Marktlage erlauben, zusammen.

5. Jedes Schiff, das die Wasserstraßen des Fonds benutzt, muß nach den vom Aufsichtsrat festzusetzenden Modalitäten mit einer Nummer versehen sein.

Artikel 16

Die Schiffe, die sich auf den Wasserstraßen des Fonds befinden, jedoch nach Artikel 7 und 8 von den Verpflichtungen dieses Statuts ausgenommen sind, erhalten zu Kontrollzwecken eine Ausnahmebescheinigung, die ihnen vom Fonds bei Einfahrt in die Wasserstraßen des Fonds auf Grund einer Erklärung des Schiffseigentümers oder -führers und des Nachweises der Umstände und Voraussetzungen, die die beantragte Ausnahme begründen, ausgestellt wird. Der Grund für die Ausnahme ist in der Bescheinigung anzugeben.

Für die in Artikel 8 Absatz 1 genannten Schiffe und für die Seeschiffe brauchen keine Ausnahmebescheinigungen ausgestellt zu werden.

Artikel 17

1. Der Aufsichtsrat bestimmt die einheitlichen Muster der Ausnahme-

Chapitre III Certificats et registre

Article 15

1. Les bateaux soumis à cotisation sont porteurs d'un carnet de bord délivré par le Fonds.

2. Le carnet de bord comporte des souches à remplir lors de chaque déclaration d'entrée et de sortie ou lors des engagements périodiques, ainsi que des volets détachables de chacune de ces déclarations et engagements.

Les souches sont conservées dans le carnet et les volets sont retenus par les services du Fonds constatant la déclaration ou l'engagement et envoyés sans retard au siège principal du Fonds.

3. Les souches du carnet de bord dûment remplies constituent la preuve de l'accomplissement des obligations imposées par le Statut ainsi que, le cas échéant, de l'admissibilité à l'immobilisation.

4. Le Fonds établit, sur base des volets qui lui sont transmis, le registre des bateaux ayant droit à l'indemnité d'immobilisation prévue à l'article 23 ainsi que tous autres éléments permettant une connaissance de l'état du marché.

5. Tout bateau qui utilise les voies navigables du Fonds doit porter un numéro, conformément aux modalités qui seront arrêtées par le Conseil de surveillance.

Article 16

Les bateaux qui utilisent les voies navigables du Fonds mais sont exemptés des obligations imposées par le présent Statut en vertu des articles 7 et 8 sont porteurs, à des fins de contrôle, d'un certificat d'exemption qui leur est délivré par le Fonds, lors de leur entrée sur une voie navigable du Fonds, sur déclaration de leur propriétaire ou conducteur et moyennant la preuve des circonstances ou conditions justifiant l'existence de la cause d'exemption invoquée. Ce certificat comportera l'indication de la cause de l'exemption.

Toutefois, les bateaux visés à l'article 8, paragraphe 1, ainsi que les navires de mer sont dispensés du certificat d'exemption.

Article 17

1. Le Conseil de surveillance établit des modèles uniformes du certificat

Hoofdstuk III Certificaten en registers

Artikel 15

1. Vaartuigen waarvoor een bijdrage verschuldigd is moeten een door het Fonds afgegeven boordboekje aan boord hebben.

2. Het boordboekje omvat vaste blaadjes, die bij elke aangifte van binnenkomst of vertrek of bij het aangaan van verplichtingen voor een bepaalde periode moeten worden ingevuld, alsook uitneembare doorslagen van deze aangiften en verplichtingen.

De vaste blaadjes blijven in het boekje achter en de doorslagen worden door de diensten van het Fonds die de aangifte of het aangaan van de verplichting constateren ingehouden en onverwijld naar de hoofdzetel van het Fonds gezonden.

3. De behoorlijk ingevulde vaste blaadjes van het boordboekje vormen het bewijs dat de door het Statuut opgelegde verplichtingen nagekomen zijn alsook, in voorkomend geval, dat het vaartuig voor oplegging in aanmerking komt.

4. Aan de hand van de aan het Fonds toegezonden doorslagen stelt het Fonds het register op van de vaartuigen waarvoor de in artikel 23 bedoelde oplegvergoeding verschuldigd is en stelt het alle andere gegevens samen waarmee inzicht kan worden verkregen in de marktsituatie.

5. Ieder vaartuig dat de waterwegen van het Fonds bevaart moet een nummer voeren overeenkomstig door de Raad van toezicht vast te stellen bepalingen.

Artikel 16

Vaartuigen die de waterwegen van het Fonds bevaren maar krachtens de artikelen 7 en 8 zijn vrijgesteld van de ingevolge dit Statuut opgelegde verplichtingen, moeten om controle mogelijk te maken een vrijstellingsbewijs aan boord hebben, dat hun door het Fonds bij de binnenkomst op de waterwegen van het Fonds wordt verstrekt op verzoek van de eigenaar of bestuurder, indien de omstandigheden of voorwaarden die de vrijstelling rechtvaardigen worden aangetoond. Het bewijs vermeldt de grond voor de vrijstelling.

De in artikel 8, lid 1, bedoelde vaartuigen alsmede zeeschepen, zijn evenwel vrijgesteld van het vrijstellingsbewijs.

Artikel 17

1. De Raad van toezicht stelt eenvormige modellen vast van het vrij-

bescheinigungen und Fahrtenhefte. Er erläßt alle erforderlichen Bestimmungen für ihre praktische Verwendung sowie für das Verfahren für ihre Ausstellung und den Ersatz bei Verlust.

2. Die Ausnahmebescheinigung oder, unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 22, das Fahrtenheft muß sich stets an Bord des Schiffes befinden, für das das Dokument ausgestellt wurde, und ist auf Verlangen allen mit der Kontrolle betrauten Personen vorzuzeigen. Für Schubleichter und Trägerschiffsleichter müssen sich diese Dokumente an Bord des Schubbootes befinden, das diese Leichter schiebt.

Artikel 18

1. Zwecks Ausstellung der Ausnahmebescheinigung und des Fahrtenheftes sind vom Schiffseigentümer oder Schiffsführer alle vom Fonds angeforderten Angaben und Unterlagen über die Merkmale des Schiffes beizubringen.

2. Jede Änderung der in der Ausnahmebescheinigung oder im Fahrtenheft eingetragenen Daten ist vom Schiffseigentümer oder Schiffsführer unverzüglich zu melden. Dabei sind alle Belege, die der Fonds für erforderlich hält, vorzulegen; Änderungen sind in die Ausnahmebescheinigung oder das Fahrtenheft einzutragen.

Kapitel IV Stillegung

Artikel 19

1. Wird auf Grund der Kriterien des Artikels 20 festgestellt, daß zeitweilige Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage von Schiffsraum entstehen oder vorhanden sind, so wird im Rahmen des finanziellen Gleichgewichts des Fonds die Stillegung des gesamten Schiffsraumüberhangs oder eines Teils desselben beschlossen.

Dieses Gleichgewicht wird insbesondere unter Berücksichtigung der Einnahmen des Fonds, seiner Rücklagen und Zinserträge aus Geldanlagen, seines Betriebsaufwands und gegebenenfalls der für seine Anleihen zu zahlenden Annuitäten ermittelt.

2. Die Ausnahmebescheinigung oder, fähigkeit oder die Maschinenleistung sowie die Arten der Schiffe, die im Höchstfall stillgelegt werden können, sowie die Sätze der Stillegungsvergütung, den Stillegungszeitraum sowie das Enddatum für die Eintragung in die Stillegungslisten. Er setzt den Tag seines Inkrafttretens fest und wird

d'exemption et du carnet de bord. Il arrête toutes dispositions nécessaires relatives à leur utilisation technique ainsi qu'à la procédure de leur délivrance et de leur remplacement.

2. Le certificat d'exemption ou, sans préjudice des dispositions de l'article 22, le carnet de bord doit se trouver en permanence à bord du bateau pour lequel il a été établi et doit être présenté, sur demande, à tout agent chargé du contrôle. Pour les barges et les barges de navire, ces documents doivent se trouver à bord du pousseur qui assure leur déplacement.

Article 18

1. En vue de la délivrance du certificat d'exemption ou du carnet de bord, le propriétaire du bateau ou son conducteur sont tenus de fournir tous renseignements et pièces justificatives demandés par le Fonds au sujet des spécifications de leur bateau.

2. Toute modification survenue dans les indications que comporte le certificat d'exemption ou le carnet de bord doit, sans délai, être déclarée par le propriétaire du bateau ou son conducteur. Cette déclaration doit être accompagnée des pièces justificatives jugées nécessaires par le Fonds et est consignée sur le certificat d'exemption ou le carnet de bord.

Chapitre IV Immobilisation

Article 19

1. Si la formation ou l'existence de déséquilibres temporaires entre l'offre et la demande de cale est constatée sur base des critères définis à l'article 20, l'immobilisation de tout ou partie de la cale excédentaire est décidée, dans les limites de l'équilibre financier du Fonds.

Cet équilibre est déterminé en prenant notamment en considération les recettes du Fonds, les réserves qu'il s'est constituées, y compris les intérêts des placements de fonds, les frais de fonctionnement qu'il doit supporter et éventuellement les annuités d'emprunts.

2. La décision détermine le volume maximum en tonnage ou force motrice et les catégories des bateaux admis à l'immobilisation, les taux de l'indemnité d'immobilisation, la période d'immobilisation ainsi que la date de clôture de l'inscription sur les listes d'immobilisation. Elle précise le jour de son entrée en vigueur et fait

stellingsbewijs en het boordboekje. Hij stelt alle nodige bepalingen vast inzake het technische gebruik alsook inzake de procedure voor de afgifte en de vervanging van het vrijstellingsbewijs en het boordboekje.

2. Het vrijstellingsbewijs of, onverminderd het bepaalde in artikel 22, het boordboekje moet zich altijd aan boord bevinden van het vaartuig waarvoor het werd opgesteld en moet aan iedere met de controle belaste beambte op diens verzoek worden overgelegd. Voor duwbakken en zeeschipbakken moeten deze bewijzen zich bevinden aan boord van de duwboot die deze bakken verplaatst.

Artikel 18

1. Met het oog op de afgifte van het vrijstellingsbewijs of van het boordboekje is de eigenaar of bestuurder van het vaartuig gehouden alle inlichtingen en bewijsstukken te verstrekken die het Fonds omtrent de specificaties van zijn vaartuig vraagt.

2. Iedere wijziging van de in het vrijstellingsbewijs of in het boordboekje vermelde gegevens moet onverwijld door de eigenaar of bestuurder van het vaartuig worden aangegeven. Deze aangifte moet vergezeld gaan van de door het Fonds noodzakelijk geachte bewijsstukken en wordt in het vrijstellingsbewijs of in het boordboekje opgetekend.

Hoofdstuk IV Oplegging

Artikel 19

1. Wanneer aan de hand van de criteria van artikel 20 het ontstaan of het bestaan van tijdelijke onevenwichtigheden tussen vraag en aanbod van scheepsruimte wordt geconstateerd, wordt, binnen de grenzen van het financiële evenwicht van het Fonds, tot oplegging van het totale overschot aan scheepsruimte of een gedeelte daarvan besloten.

Om na te gaan of dit evenwicht bestaat worden met name in aanmerking genomen de ontvangsten van het Fonds, de gevormde reserves met inbegrip van de rente van beleggingen, de huishoudelijke uitgaven en eventueel de annuïteiten van leningen.

2. Het besluit bepaalt het maximale laad- of motorvermogen en de categorieën van de voor oplegging in aanmerking komende vaartuigen, de tarieven voor de oplegvergoeding, de oplegperiode en de uiterste datum van opneming in de opleglijsten. Het besluit bepaalt de datum van inwerkingtreding; er wordt voor passende

während der gesamten Geltungsdauer in angemessener Weise öffentlich bekanntgegeben.

3. Der Beschluß kann jederzeit auf Grund der Entwicklung der Lage und der in Artikel 20 genannten Kriterien aufgehoben oder geändert werden.

Die Rechte, welche für stillgelegte Schiffe auf Grund des aufgehobenen oder geänderten Beschlusses erworben wurden, bleiben von der Aufhebung oder Änderung unberührt.

4. Wenn es die Lage oder die voraussichtliche Entwicklung des Marktes rechtfertigt, kann eine auf Teilmärkte mit weitgehend gleichartigen technischen und wirtschaftlichen Eigenschaften oder eine auf bestimmte Kategorien von Fahrzeugen beschränkte Stillegung beschlossen werden.

Artikel 20

Für die Ermittlung des Überhangs von Schiffsraum wird insbesondere folgendes berücksichtigt:

- die Tonnage oder Maschinenleistung, die auf Beschäftigung warten, und die durchschnittliche Dauer des Wartens auf Befrachtung;
- die voraussichtliche kurzfristige Entwicklung der Nachfrage nach Schiffsraum;
- die mittleren Tagesfrachten aller Art und Beförderungsbedingungen in der Binnenschifffahrt sowie ihre voraussichtliche Entwicklung und
- die Rentabilitätslage der Binnenschifffahrt.

Bei der Beurteilung dieser Kriterien sind die verfügbaren amtlichen Informationsquellen und alle sonstigen durch den Fonds zu beschaffenden Informationen zu werten.

Artikel 21

1. Die Stillegung, über deren Inkraftsetzung nach Artikel 19 entschieden wird, erfolgt auf freiwilliger Basis.

2. Nach Inkrafttreten des Stillegungsbeschlusses legt der Fonds die Stillegungslisten in den Häfen und an den Orten auf, die von ihm als Stillegungsorte aus den nach Absatz 3 bezeichneten Stellen ausgewählt wurden.

3. Jeder Staat, in dessen Gebiet sich Wasserstraßen des Fonds befinden, und Belgien bezeichnen innerhalb des auf das Inkrafttreten dieses Statuts folgenden Monats in ausreichender Zahl die Häfen und Stellen, die in ihrem Gebiet als Stillegungsorte benutzt werden können, um eine

l'objet d'une publicité adéquate pendant toute la période de sa validité.

3. La décision peut, à tout moment, compte tenu de l'évolution de la situation et sur la base des critères prévus à l'article 20, être abrogée ou modifiée.

L'abrogation ou la modification ne porte pas atteinte au maintien des droits acquis pour les bateaux qui ont été immobilisés en vertu de la décision abrogée ou modifiée.

4. Lorsque la situation ou l'évolution prévisible du marché le justifie, une immobilisation limitée à des marchés partiels possédant dans une large mesure des caractéristiques techniques et économiques homogènes, ou limitée à certaines catégories de bateaux, peut être décidée.

Article 20

Pour déterminer la cale excédentaire, il est notamment tenu compte:

- du tonnage ou de la force motrice en attente d'emploi et de la durée moyenne de l'attente à l'affrètement;
- de l'évolution prévisible à court terme de la demande de cale;
- des frets journaliers de toute nature et des conditions de transports moyens dans la navigation intérieure ainsi que de leur évolution prévisible
- et de la situation de la navigation intérieure sur le plan de la rentabilité.

Pour l'appréciation de ces critères, il est fait recours aux sources officielles de renseignements disponibles et à tous autres éléments d'information recueillis par le Fonds.

Article 21

1. L'immobilisation dont la mise en œuvre est décidée conformément aux dispositions de l'article 19 est organisée sur base volontaire.

2. Dès que la décision d'immobilisation entre en vigueur, le Fonds ouvre des listes d'immobilisation tenues dans les ports et endroits qu'il détermine comme seuls lieux d'immobilisation parmi les lieux désignés conformément au paragraphe 3.

3. Chaque État sur le territoire duquel se trouvent des voies navigables du Fonds ainsi que la Belgique désigne, dans le mois suivant l'entrée en vigueur du présent Statut, les ports et endroits pouvant être utilisés sur leur territoire respectif comme lieux d'immobilisation, en nombre suffisant

openbaarmaking zorg gedragen gedurende de gehele geldigheidsperiode.

3. Het besluit kan wegens de ontwikkeling van de situatie en op grond van de criteria van artikel 20 op elk tijdstip worden ingetrokken of gewijzigd.

Intrekking of wijziging doet geen afbreuk aan de handhaving van verkregen rechten voor vaartuigen die zijn opgelegd krachtens het ingetrokken of gewijzigde besluit.

4. Wanneer de situatie of de te verwachten ontwikkeling van de markt zulks rechtvaardigt kan worden besloten tot een oplegging die beperkt blijft tot deelmarkten met grotendeels homogene technische en economische eigenschappen of tot bepaalde categorieën vaartuigen.

Artikel 20

Voor de vaststelling van het overschot aan scheepsruimte wordt met name rekening gehouden met:

- het laad- of motorvermogen dat op werk ligt te wachten en de gemiddelde duur van de wachttijd;
- de op korte termijn te verwachten ontwikkeling van de vraag naar scheepsruimte;
- de gemiddelde dagvrachten van allerlei aard en de gemiddelde transportvoorwaarden in de binnenscheepvaart alsook de te verwachten ontwikkeling daarvan;
- de rentabiliteitspositie van de binnenscheepvaart.

Voor de beoordeling van deze criteria wordt gebruik gemaakt van de beschikbare officiële inlichtingenbronnen en van alle andere door het Fonds verzamelde gegevens.

Artikel 21

1. De oplegging waartoe overeenkomstig artikel 19 wordt besloten, vindt plaats op basis van vrijwilligheid.

2. Zodra het besluit tot oplegging in werking treedt, legt het Fonds opleglijsten aan welke worden bijgehouden in de havens en plaatsen die het bij uitsluiting als oplegplaatsen uit de overeenkomstig lid 3 aangewezen plaatsen vaststelt.

3. Iedere staat op wiens grondgebied zich waterwegen van het Fonds bevinden, alsook België, wijst binnen een maand na de inwerkingtreding van dit Statuut de havens en plaatsen aan die op hun onderscheiden grondgebied worden gebruikt als oplegplaatsen, in voldoende getale om

Überlastung der Liegestellen oder unwirtschaftliche Schiffsverlegungen zu vermeiden. Bestimmte Stilllegungs-orte können auch an anderen als den in Artikel 4 dieses Statuts genannten Wasserstraßen liegen.

4. Jedes fahrtüchtige, ausgerüstete und — mit Ausnahme der Leichter — für seine Führung und Instandhaltung bemannte Schiff, für das die Beiträge seit Beginn des laufenden Kalenderjahres für wenigstens 274 aufeinanderfolgende Tage gezahlt worden sind, kann in eine der nach den Bedingungen des Absatzes 2 aufliegenden Stilllegungslisten eingetragen werden, sofern ein ergänzender Beitrag in Höhe der Differenz zwischen den bereits gezahlten Beträgen und dem jährlichen Beitrag entrichtet wird.

Der Eigentümer oder Unternehmer des Schiffes kann eine nach den Bedingungen des Artikels 12 während einundzwanzig Tagen vor dem Inkrafttreten eines Stilllegungsbeschlusses eingegangene Zeitverpflichtung nicht mit dem Ziel geltend machen, daß ihm wegen einer Beitragsdauer von 274 Tagen das Recht auf Eintragung in eine Stilllegungsliste zuerkannt wird.

5. die Eintragung in eine Stilllegungsliste gilt nur für den in der Stilllegungsentscheidung vorgesehenen Mindestzeitraum.

6. Ein in eine Stilllegungsliste eingetragenes Schiff kann vom Tag seiner Eintragung bis zum Ende der Stilllegung weder betrieben noch auf Werft genommen werden; es muß während dieses Zeitraums an dem ihm von denjenigen Dienststellen zugewiesenen Ort liegen bleiben, die die Stilllegungsliste, in der es eingetragen ist, führen; es kann nur ausnahmsweise und mit schriftlicher Erlaubnis oder auf Anordnung dieser Dienststellen verlegt werden.

Artikel 22

1. Der Aufsichtsrat erläßt die Maßnahmen, die zur Überwachung der Einhaltung der Pflichten hinsichtlich der in eine Stilllegungsliste eingetragenen Schiffe zu treffen sind. Diese Maßnahmen umfassen insbesondere die Hinterlegung des Fahrtenheftes und der sonstigen für die Schifffahrt erforderlichen Borddokumente.

2. Entzieht sich der Eigentümer, Unternehmer oder Schiffsführer den Kontrollmaßnahmen, so kann sein Anspruch auf Stilllegungsvergütung für verwirkt erklärt und durch Entscheidung nach Maßgabe des Artikels 35 die Verpflichtung begründet werden, eine bereits erhaltene Vergütung zurückzuzahlen.

pour éviter une surcharge des aires de stationnement ou des déplacements anti-économiques des bateaux. Certains lieux d'immobilisation peuvent être situés sur des voies navigables autres que celles visées à l'article 4 du présent Statut.

4. Tout bateau à flot, armé, pourvu, sauf pour les barges et barges de navire, d'un équipage pour en assurer la conduite et l'entretien et pour lequel les cotisations ont été payées depuis le début de l'année civile en cours pour au moins 274 jours consécutifs, peut être inscrit sur une des listes d'immobilisation ouvertes dans les conditions du paragraphe 2, sous réserve que soit acquittée une contribution complémentaire égale à la différence entre les sommes déjà payées et le montant de la contribution annuelle.

Le propriétaire ou l'exploitant d'un bateau ne peut, dans le but de se faire reconnaître le droit à l'inscription sur une liste d'immobilisation en raison d'une durée de cotisations de 274 jours, se prévaloir d'un engagement périodique souscrit dans les conditions de l'article 12 dans les vingt et un jours précédant l'entrée en vigueur d'une décision d'immobilisation.

5. L'inscription sur une liste d'immobilisation n'est valable que pour la période minimale prévue dans la décision d'immobilisation.

6. Un bateau inscrit sur une liste d'immobilisation ne peut être ni exploité ni mis en chantier du jour de son inscription à la fin de son immobilisation; il doit pendant cette période rester en stationnement à l'endroit désigné par les services qui tiennent la liste d'immobilisation sur laquelle il est inscrit et ne peut être déplacé qu'à titre exceptionnel sur autorisation écrite ou sur ordre de ces services.

Article 22

1. Le Conseil de surveillance arrête les mesures à prendre en vue de contrôler le respect des obligations imposées à l'égard des bateaux inscrits sur une liste d'immobilisation. Ces mesures comportent en particulier le dépôt du carnet de bord et des autres documents nécessaires à la navigation.

2. Si un propriétaire, exploitant ou conducteur de bateau se dérobe à l'application des mesures de contrôle ainsi décidées, il peut être déclaré déchu de son droit à l'indemnité d'immobilisation et obligé de rembourser les indemnités déjà versées, par décision prise dans les conditions de l'article 35.

overbelasting van de ligplaatsen of on-economische verplaatsing van vaart-
tuigen te voorkomen. Sommige opleg-
plaatsen kunnen ook in andere dan in
artikel 4 van dit Statuut bedoelde
waterwegen gelegen zijn.

4. Ieder tot de vaart geschikt vaar-
tuig, voorzien van uitrusting, en,
behalve voor duwbakken en zeeschip-
bakken, van een bemanning voor de
besturing en het onderhoud, waarvoor
de bijdragen vanaf het begin van het
lopende kalenderjaar voor ten minste
274 achtereenvolgende dagen betaald
zijn, kan in een van de overeen-
komstig lid 2 aangelegde opleglijsten
worden opgenomen, mits een aanvul-
lende bijdrage wordt voldaan die
gelijk is aan het verschil tussen de
reeds betaalde bedragen en de jaar-
lijkse bijdrage.

De eigenaar of exploitant van een
vaartuig kan zich niet op een tijdens
de periode van 21 dagen vóór de in-
werkingtreding van een oplegbesluit
onder de voorwaarden van artikel 12
aangegane verplichting voor een be-
paalde periode beroepen ten einde
het recht te verkrijgen om wegens
een bijdrageduur van 274 dagen in
een opleglijst opgenomen te worden.

5. De opneming van een vaartuig in
een opleglijst is slechts geldig voor
de in het oplegbesluit vastgestelde
minimumperiode.

6. Een in een opleglijst opgenomen
vaartuig mag vanaf de dag van de op-
neming tot aan het einde van de
oplegging niet worden geëxploiteerd
of op de helling worden gezet; het
moet gedurende deze periode blijven
liggen op de plaats aangewezen door
de diensten die de opleglijst bijhouden
waarin het is opgenomen en het mag
slechts bij wijze van uitzondering met
schriftelijke toestemming of op bevel
van deze diensten worden verplaatst.

Artikel 22

1. De Raad van toezicht stelt de
maatregelen vast welke genomen
moeten worden ter controle van de
naleving van de verplichtingen, opge-
legd ten aanzien van de in een opleg-
lijst opgenomen vaartuigen. Deze
maatregelen omvatten in het bijzon-
der de inlevering van het boordboek-
je en van de andere voor de vaart
vereiste documenten.

2. Indien een eigenaar, exploitant
of bestuurder van een vaartuig zich
onttrekt aan de controlemaatregelen
waartoe aldus is besloten kan hij bij
besluit overeenkomstig artikel 35 van
zijn recht op oplegvergoeding ver-
vallen worden verklaard en tot terug-
betaling van de reeds uitgekeerde
vergoedingen worden verplicht.

Artikel 23

1. Für jedes nach den Bedingungen des Artikels 21 stillgelegte Schiff erhält der Schiffseigentümer oder Schiffahrtsunternehmer die tägliche Stilllegungsvergütung nach dem Satz, der am Tag der Eintragung des Schiffes in die Stilllegungsliste gilt.

2. Der Betrag für die tägliche Stilllegungsvergütung eines Schiffes wird bestimmt, indem seine nach Artikel 10 Absatz 1 festgesetzte gleichwertige Tragfähigkeit oder Maschinenleistung mit der nach Absatz 3 festgelegten Grundvergütung multipliziert wird.

3. Die Grundvergütung für Stilllegung wird zum Zeitpunkt des Stilllegungsbeschlusses in solcher Höhe festgesetzt, daß ein Anreiz für die Stilllegung der für die Wiederherstellung einer normalen Lage nötigen Anzahl Schiffe besteht, wobei insbesondere die auf dem betreffenden Markt angewandten Durchschnittsfrachten, der durchschnittliche Prozentsatz der wegen der Stilllegung entfallenden Kosten sowie die Lohn- und Sozialaufwendungen, für die der Schiffahrtsunternehmer, der ein Schiff stilllegt, weiterhin aufkommen muß, berücksichtigt werden.

4. Wird die tägliche Grundvergütung für Stilllegung durch einen Beschluß nach Artikel 19 Absatz 3 geändert, so wird dem Berechtigten bei einer Erhöhung der neue Satz vom Tag des Inkrafttretens dieses Beschlusses an gewährt; bei einer Senkung wird die Grundvergütung, die am Tag der Eintragung des Schiffes in die Stilllegungsliste galt, bis zum Ablauf der im ursprünglichen Beschluß vorgesehenen Mindeststilllegungszeit beibehalten.

Artikel 24

1. Die Stilllegungsvergütung wird vom Fonds nach Ablauf der Stilllegungszeit gezahlt. Dauert die Stilllegungszeit länger als 30 Tage, so erfolgt die Zahlung an jedem dreißigsten Tag.

Die Stilllegungsvergütung wird auf Antrag des Empfangsberechtigten entweder in bar am Hauptsitz des Fonds oder am Sitz einer seiner Zweigstellen oder bei jeder sonstigen benannten Zahlstelle nach Artikel 9 Absatz 3 dieses Statuts oder durch Überweisung auf ein Postscheck- oder Bankkonto des Empfangsberechtigten eingerichtet, das er zu diesem Zweck bei der Eintragung des Schiffes in die in Artikel 21 Absatz 2 genannte Stilllegungsliste bezeichnet hat.

2. Der Empfangsberechtigte einer Stilllegungsvergütung verliert seinen Anspruch auf Stilllegungsvergütung, wenn das Schiff während der Stille-

Article 23

1. Pour chaque bateau immobilisé dans les conditions visées à l'article 21, le propriétaire ou l'exploitant perçoit une indemnité journalière d'immobilisation au taux du jour de l'inscription du bateau sur la liste d'immobilisation.

2. Le montant de l'indemnité journalière d'immobilisation est calculé pour chaque bateau immobilisé en multipliant son tonnage équivalent ou sa puissance équivalente, déterminée dans les conditions prévues à l'article 10, paragraphe 1, par le taux de base visé au paragraphe 3.

3. Le taux de base de l'indemnité journalière d'immobilisation est fixé, au moment de la décision d'immobilisation, à un niveau tel que les intéressés soient incités à immobiliser le matériel nécessaire au rétablissement d'une situation normale, compte tenu notamment des frets moyens pratiqués sur le marché considéré, du pourcentage moyen des frais non engagés du fait de l'immobilisation et des charges salariales et sociales auxquelles l'exploitant qui immobilise un bateau reste tenu.

4. Lorsque le taux de base de l'indemnité journalière d'immobilisation est modifié par une décision arrêtée dans les conditions de l'article 19, paragraphe 3, l'intéressé bénéficie, en cas de majoration, du nouveau taux à compter du jour de l'entrée en vigueur de cette décision; en cas de baisse, le taux du jour de l'inscription du bateau sur la liste d'immobilisation est maintenu jusqu'à la date d'expiration de la période minimale d'immobilisation prévue par la décision initiale.

Article 24

1. Le paiement de l'indemnité d'immobilisation est effectué par le Fonds à la fin de la période d'immobilisation et, si cette période dépasse 30 jours, chaque trentième jour.

L'indemnité d'immobilisation est payable sur demande du bénéficiaire, soit en espèces au siège principal du Fonds ou à l'une de ses succursales ou auprès de tout autre bureau de recettes désigné conformément à l'article 9, paragraphe 3, du présent Statut, soit par transfert au compte postal ou bancaire que le bénéficiaire aura désigné à cet effet lors de son inscription sur la liste d'immobilisation visée à l'article 21, paragraphe 2.

2. Le bénéficiaire d'une indemnité d'immobilisation est déchu de son droit à cette indemnité si, au cours de la période d'immobilisation, le ba-

Artikel 23

1. Voor elk overeenkomstig artikel 21 opgelegd vaartuij ontvangt de eigenaar of exploitant een dagelijkse oplegvergoeding op basis van het op de dag van opneming van het vaartuij in de opleglijst geldende tarief.

2. Het bedrag van de dagelijkse oplegvergoeding wordt voor ieder opgelegd vaartuij berekend door het aantal tonequivalenten of pk-equivalenten, vastgesteld overeenkomstig artikel 10, lid 1, te vermenigvuldigen met het in lid 3 hieronder bedoelde basistarief.

3. Het basistarief voor de dagelijkse oplegvergoeding wordt op het ogenblik waarop het oplegbesluit wordt genomen op een zodanig peil vastgesteld dat de belanghebbenden worden aangespoord om zoveel vaartuigen op te leggen als het herstel van een normale situatie vergt, daarbij met name rekening houdende met de gemiddelde vrachtprijzen op de betrokken markt, het gemiddelde percentage van de als gevolg van het opleggen niet gemaakte kosten, en de lonen en sociale lasten welke de exploitant die een vaartuij oplegt moet blijven betalen.

4. Wordt het basistarief voor de dagelijkse oplegvergoeding gewijzigd door een overeenkomstig artikel 19, lid 3, genomen besluit dan geldt voor de belanghebbende in geval van verhoging het nieuwe tarief vanaf de dag van inwerkingtreding van het besluit daartoe; in geval van verlaging wordt het op de dag van de opneming van het vaartuij in de opleglijst geldende tarief gehandhaafd tot het einde van de in het oorspronkelijke besluit vastgestelde minimum oplegperiode.

Artikel 24

1. De uitbetaling van de oplegvergoeding door het Fonds geschiedt aan het eind van de oplegperiode en, indien deze periode meer dan 30 dagen bedraagt, elke dertigste dag.

De oplegvergoeding wordt op verzoek van de rechthebbende uitbetaald, hetzij in contanten op de hoofdzetel van het Fonds of een van de bijkantoren of op ieder ander overeenkomstig artikel 9, lid 3 van dit Statuut aangewezen ontvangstkantoor, hetzij door overschrijving op de giro- of bankrekening die hij met dat doel heeft opgegeven op het ogenblik van de inschrijving op de in artikel 21, lid 2, bedoelde opleglijst.

2. De rechthebbende op een oplegvergoeding verbeurt zijn recht op deze vergoeding indien het vaartuij tijdens de oplegperiode de aan het

gungszeit den zu Beginn der Stilllegung zugewiesenen Liegeplatz ohne Erlaubnis der zuständigen Dienststellen verläßt, wenn es zu gewerblichen Zwecken zum Laden, Löschen oder zur Lagerung benutzt wird oder wenn an ihm Reparaturen oder Überholungsarbeiten vorgenommen werden, die über die üblicherweise erforderlichen Unterhaltungsarbeiten hinausgehen.

3. Die in Verletzung der Bestimmungen dieses Statuts und seiner Durchführungsbestimmungen vom Fonds erhaltenen Stilllegungsvergütungen sind dem Fonds zuzüglich Zinsen in Höhe des in dem Staat, in dem der Fonds seinen Sitz hat, geltenden Satzes zurückzuzahlen, unbeschadet der Straffolgen, die dieser Verstoß nach sich ziehen kann.

Artikel 25

Die Arbeitnehmer, die Besatzungsmitglieder eines stillgelegten Schiffes sind, können nicht wegen der Stilllegung allein entlassen werden. Jede unter Mißachtung dieses Verbots vorgenommene Entlassung ist von Rechts wegen nichtig.

Kapitel V Organisation des Fonds

Artikel 26

Die dem Fonds übertragenen Aufgaben übernehmen:

- ein Aufsichtsrat,
- ein Verwaltungsrat, dem ein Direktor zur Seite steht.

Jedes Organ handelt nach Maßgabe der ihm in diesem Statut zugewiesenen Befugnisse.

Abschnitt A Aufsichtsrat

Artikel 27

1. Der Aufsichtsrat besteht aus je einem Vertreter Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, des Vereinigten Königreichs und der Schweiz sowie einem Vertreter der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, der den Vorsitz führt; die Sekretariatsgeschäfte werden von den Dienststellen der Kommission der EG wahrgenommen.

Die im vorstehenden Satz bezeichneten Staaten teilen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates Namen und Adressen ihrer Vertreter mit, denen sie die erforderlichen Mandate erteilt haben, damit der Aufsichtsrat die anstehenden Entscheidungen unverzüglich treffen kann.

teau quitte le lieu d'immobilisation désigné au début de l'immobilisation sans autorisation des services compétents, s'il est utilisé à des fins commerciales pour une opération de chargement, déchargement, entreposage ou s'il fait l'objet de travaux de réparation ou de révision dépassant des travaux d'entretien normalement nécessaires.

3. Les indemnités d'immobilisation perçues du Fonds en violation des dispositions du présent Statut et de ses dispositions d'exécution, doivent lui être restituées majorées d'intérêts calculés au taux en vigueur suivant la législation de l'État où le Fonds a son siège principal, et sans préjudice des sanctions pénales qui seraient infligées en raison de cette violation.

Article 25

Les membres salariés de l'équipage d'un bateau immobilisé ne peuvent être licenciés du seul fait de l'immobilisation. Tout licenciement effectué en contravention de cette interdiction est nul de plein droit.

Chapitre V Organisation du Fonds

Article 26

La réalisation des tâches confiées au Fonds est assurée par

- un Conseil de surveillance,
- un Conseil d'administration, assisté d'un Directeur.

Chaque organe agit dans les limites des attributions qui lui sont conférées par le présent Statut.

Section A: Conseil de surveillance

Article 27

1. Le Conseil de surveillance est composé d'un représentant de la Belgique, du Danemark, de l'Allemagne, de la France, de l'Italie, du Luxembourg, des Pays-Bas, du Royaume-Uni et de la Suisse ainsi que d'un représentant de la Commission des Communautés européennes qui en assume la présidence et dont les services assurent le secrétariat.

Les États visés à l'alinéa précédent communiquent au Président du Conseil de surveillance les noms et adresses de leurs représentants auxquels ils confèrent tous pouvoirs et mandats nécessaires pour permettre à ce Conseil de prendre sans retard les décisions qui s'imposent.

begin van de oplegging aangewezen oplegplaats zonder toestemming van de bevoegde instanties verlaat, indien het met commerciële oogmerken voor een laad-, los- of opslagverrichting wordt gebruikt, of indien het reparaties of een revisie ondergaat die verder reiken dan normaal onderhoud.

3. Van het Fonds in strijd met dit Statuut en de desbetreffende uitvoeringsbepalingen ontvangen oplegvergoedingen moeten aan het Fonds worden terugbetaald, verhoogd met rente op basis van het wettelijke tarief van de staat waar het Fonds zijn hoofzetel heeft, onverminderd de strafsancities die op grond van de inbreuk kunnen worden genomen.

Artikel 25

Leden van de bemanning van een opgelegd vaartuig die in een loondienstverhouding staan, kunnen niet worden ontslagen op grond van de oplegging alleen. Ieder ontslag, dat in strijd met dit verbod wordt gegeven, is van rechtswege nietig.

Hoofdstuk V Organisatie van het Fonds

Artikel 26

De taken waarmee het Fonds is belast worden uitgevoerd door

- een Rad van toezicht,
- een Raad van bestuur, bijgestaan door een directeur.

Elk orgaan handelt binnen de grenzen van de hem door dit Statuut verleende bevoegdheden.

Afdeling A Raad van toezicht

Artikel 27

1. De Raad van toezicht bestaat uit een vertegenwoordiger van België, Denemarken, Duitsland, Frankrijk, Italië, Luxemburg, Nederland, het verenigd Koninkrijk en Zwitserland, alsook uit een vertegenwoordiger van de Commissie van de Europese Gemeenschappen, die het voorzitterschap bekleedt, en wier diensten het secretariaat waarnemen.

De in vorige alinea bedoelde staten delen aan de voorzitter van de Raad van toezicht de naam en het adres mede van hun vertegenwoordigers die zij de nodige bevoegdheden en volmachten verlenen opdat deze Raad zonder uitstel de nodige besluiten kan nemen.

Jeder der vertretenen Staaten kann auf die Teilnahme seines Vertreters für eine Mindestdauer von zwei Jahren verzichten. Dieser Verzicht hindert nicht die Annahme von Beschlüssen, die Einstimmigkeit aller Mitglieder erfordert.

2. Der Generalsekretär der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt wird eingeladen, beratend und ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Aufsichtsrats teilzunehmen.

3. Der Aufsichtsrat tritt aus eigenem Entschluß seines Vorsitzenden jedesmal, wenn dies erforderlich ist, oder auf Antrag eines seiner Mitglieder zusammen.

Jedes Mitglied verfügt über eine Stimme. Der Vorsitzende nimmt ohne Stimmrecht an den Beratungen teil.

4. Der Aufsichtsrat ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind.

5. Soweit nicht andere Bestimmungen aus diesem Statut entgegenstehen, faßt der Aufsichtsrat seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Diese Mehrheit muß jedoch die befürwortenden Stimmen von mindestens drei der Vertreter folgender Staaten umfassen: Belgien, Deutschland, Frankreich, Niederlande und die Schweiz.

6. Außer in den Fällen der Artikel 5 Absatz 2, Artikel 7 Absatz 1 und 2, Artikel 10 Absatz 4, 5 und 6, Artikel 11 Absatz 5 und Artikel 28 Absatz 1 dieses Statuts hindert die Stimmenthaltung der anwesenden Mitglieder oder ihre Abwesenheit nicht die Beschlußfassung des Aufsichtsrats in Fragen, die Einstimmigkeit voraussetzen.

Abschnitt B

Verwaltungsrat

Artikel 28

1. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden von jedem ihrer Staaten ernannt, und zwar jeweils vier Mitglieder für Deutschland, zwei Mitglieder für Belgien, zwei Mitglieder für Frankreich, ein Mitglied für Luxemburg, vier Mitglieder für die Niederlande und zwei Mitglieder für die Schweiz.

Jeder dieser Staaten nimmt die Ernennung auf Vorschlag der repräsentativen innerstaatlichen Berufsorganisationen der Schifffahrt vor und berücksichtigt dabei die Notwendigkeit, daß bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrates die verschiedenen Hauptgruppen der Binnenschiffahrtsunternehmer möglichst repräsentativ vertreten sind.

Chacun des États représentés peut renoncer à la participation de son représentant pour une durée minimale de deux ans. Cette renonciation ne peut faire obstacle à l'adoption de décisions exigeant l'unanimité de tous les membres.

2. Le Secrétaire Général de la Commission centrale pour la navigation du Rhin est invité à participer, avec voix consultative et sans droit de vote, aux réunions du Conseil de surveillance.

3. Le Conseil de surveillance se réunit à l'initiative de son président, chaque fois qu'une nécessité le requiert, ou à la demande d'un de ses membres.

Chaque membre dispose d'une voix. Le président participe aux délibérations sans droit de vote.

4. Le Conseil de surveillance peut statuer si au moins la moitié de ses membres sont présents.

5. Sauf dispositions contraires au présent Statut, le Conseil de surveillance statue à la majorité simple des suffrages exprimés. Cette majorité doit comprendre les votes favorables d'au moins trois des représentants des États suivants: Belgique, Allemagne, France, Pays-Bas, Suisse.

6. Sauf dans les cas visés à l'article 5, paragraphe 2, l'article 7, paragraphes 1 et 2, l'article 10, paragraphes 4, 5 et 6, l'article 11, paragraphe 5, et l'article 28, paragraphe 1, du présent Statut, les abstentions des membres présents ou leur absence ne font pas obstacle à l'adoption des décisions du Conseil de surveillance qui requièrent l'unanimité.

Section B:

Conseil d'administration

Article 28

1. Le Conseil d'administration est composé de membres nommés par chacun des États dont ils sont ressortissants, à raison respectivement de quatre membres pour l'Allemagne, deux membres pour la Belgique, deux membres pour la France, un membre pour le Luxembourg, quatre membres pour les Pays-Bas et deux membres pour la Suisse.

Chacun des États procède à cette nomination, sur proposition des organisations professionnelles nationales représentatives de la batellerie, en tenant compte de la nécessité de rendre la composition du Conseil d'administration, aussi largement que possible, représentative des différentes catégories essentielles de transporteurs fluviaux.

Elke vertegenwoordigde Staat kan voor een periode van ten minste twee jaar afzien van de deelneming van zijn vertegenwoordiger. Het afzien van deelneming vormt geen beletsel voor het nemen van besluiten waarvoor eenparigheid van stemmen van al zijn leden is vereist.

2. De Secretaris Generaal van de Centrale Commissie voor de Rijnvaart wordt uitgenodigd om, met raadgevende stem en zonder stemrecht, aan de vergaderingen van de Raad van toezicht deel te nemen.

3. De Raad van toezicht komt bijeen op initiatief van de voorzitter, telkens wanneer de noodzaak daartoe bestaat, of op verzoek van een van zijn leden.

Ieder lid beschikt over één stem. De voorzitter neemt zonder stemrecht aan de besluitvorming deel.

4. De Raad van toezicht kan besluiten nemen, indien ten minste de helft van zijn leden aanwezig is.

5. Behoudens andersluidende bepalingen van dit Statuut neemt de Raad van toezicht besluiten met eenvoudige meerderheid van de uitgebrachte stemmen. Deze meerderheid moet de vóórstemmen omvatten van ten minste drie van de vertegenwoordigers van de volgende staten: België, Duitsland, Frankrijk, Nederland en Zwitserland.

6. Behalve in de gevallen bedoeld in artikel 5, lid 2, artikel 7, lid 1 en 2, artikel 10, lid 4, 5 en 6, artikel 11, lid 5 en artikel 28, lid 1 van dit Statuut vormt stemonthouding door aanwezige leden, of afwezigheid van leden, geen beletsel voor het nemen van besluiten door de Raad van toezicht waarvoor eenparigheid van stemmen is vereist.

Afdeling B

Raad van bestuur

Artikel 28

1. De Raad van bestuur bestaat uit leden die door de staat waarvan zij onderdaan zijn worden benoemd, in de verhouding van respectievelijk vier leden voor Duitsland, twee leden voor België, twee leden voor Frankrijk, een lid voor Luxemburg, vier leden voor Nederland en twee leden voor Zwitserland.

Iedere staat houdt bij deze op voordracht van de representatieve nationale beroepsorganisaties van de binnenscheepvaart te verrichten benoeming rekening met de noodzaak dat de verschillende hoofdcategorieën van binnenvaartondernemers zoveel mogelijk vertegenwoordigd moeten zijn in de Raad van bestuur.

Bei einer Ausdehnung des örtlichen Anwendungsbereichs dieses Statuts kann die Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrates durch den Aufsichtsrat mit Einstimmigkeit aller seiner Mitglieder geändert werden.

2. Die Amtsdauer der Mitglieder des Verwaltungsrates beträgt außer im Fall der Abberufung zwei Jahre. Nach Ablauf ihrer Amtszeit bleiben die Mitglieder im Amt, bis über die Ernennung ihres Nachfolgers oder die Verlängerung ihrer Amtszeit entschieden worden ist.

Im Fall des Ablebens oder des Rücktritts eines Mitglieds oder falls die für die Ausübung seines Auftrags erforderlichen Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind, wird für die restliche Amtsdauer ein neues Mitglied ernannt.

3. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte für jede Amtsdauer einen Vorsitzenden und einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende; der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden müssen verschiedener Staatsangehörigkeit sein.

4. Der Verwaltungsrat tritt aus eigenem Entschluß seines Vorsitzenden oder, falls dieser verhindert ist, des ältesten stellvertretenden Vorsitzenden, so oft dies erforderlich ist, oder auf Antrag eines seiner Mitglieder zusammen, wobei die Verhandlungsgegenstände anzugeben sind. Er tritt mindestens zweimal jährlich zusammen.

Die Sitzungen des Verwaltungsrates finden am Hauptsitz des Fonds statt, sofern kein anderer Sitzungsort bestimmt worden ist.

5. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 31 Absatz 1 werden die Mitglieder des Verwaltungsrates mindestens zehn Tage vor dem Zeitpunkt der Sitzung durch eine schriftliche Einladung einberufen, in der die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände aufgeführt sind. Ein Beschluß über Gegenstände, die nicht in dieser Weise auf die Tagesordnung gesetzt worden sind, kann nicht getroffen werden.

Sind alle Mitglieder des Verwaltungsrates anwesend oder ordnungsgemäß vertreten und erhebt sich kein Widerspruch, so kann eine Sitzung dieses Organs ohne Einhaltung der für seine Einberufung vorgesehenen Formvorschriften durchgeführt werden; in diesem Fall kann er über alle in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Gegenstände beraten und rechtsgültig Beschluß fassen.

6. Jedes Mitglied des Verwaltungsrates hat eine Stimme. Ein Mitglied kann sich durch schriftliche Ermächtigung durch ein anderes Mitglied ver-

En cas d'extension du champ d'application territoriale du présent Statut, le nombre des membres du Conseil d'administration peut être modifié par le Conseil de surveillance statuant à l'unanimité de tous ses membres.

2. Le mandat des membres du Conseil d'administration a une durée de deux ans, sauf révocation. Après l'expiration de leur mandat, les membres restent en fonction jusqu'à la nomination de leur remplaçant ou au renouvellement de leur mandat.

En cas de décès ou de démission d'un membre, ou si les conditions nécessaires à l'exercice de son mandat ne sont plus remplies, un nouveau membre est nommé pour la durée du mandat restant à courir.

3. Le Conseil d'administration élit, en son sein, pour chaque durée du mandat, un Président et un ou plusieurs vice-présidents qui doivent être de nationalité différente.

4. Le Conseil d'administration se réunit à l'initiative de son président, ou en cas d'empêchement de celui-ci, à l'initiative de son vice-président le plus âgé, chaque fois qu'une nécessité le requiert, ou à la demande de l'un de ses membres, avec indication des questions à traiter. Il se réunit au moins deux fois par an.

Les réunions du Conseil d'administration se tiennent au lieu du siège principal du Fonds, à moins qu'il n'ait été décidé d'un autre lieu de réunion.

5. Sous réserve des dispositions prévues à l'article 31, paragraphe 1, les membres du Conseil d'administration sont convoqués au moins dix jours avant la date de la réunion par une invitation écrite indiquant les objets portés à l'ordre du jour. Aucune décision ne peut être prise sur des objets qui n'ont pas été ainsi portés à l'ordre du jour.

Lorsque tous les membres du Conseil d'administration sont présents ou valablement représentés et s'il n'y a pas d'opposition, une réunion de cet organe peut avoir lieu sans observer les formes prévues pour sa convocation et il peut délibérer et statuer valablement sur tous les objets qui sont de son ressort.

6. Chaque membre du Conseil d'administration dispose d'une voix. Un membre peut se faire remplacer par un autre membre moyennant une pro-

In geval van uitbreiding van het territoriale toepassingsgebied van dit Statuut kan het aantal leden van de Raad van bestuur door de Raad van toezicht bij met eenparigheid van stemmen genomen besluit van al zijn leden worden gewijzigd.

2. De leden van de Raad van bestuur worden benoemd voor twee jaar, behoudens revocatie. Na afloop van hun mandaat blijven de leden in functie totdat in hun vervanging is voorzien of hun mandaat is verlengd.

In geval van overlijden van of ontslagneming door een lid, of indien de voorwaarden voor de uitoefening van diens mandaat niet meer zijn vervuld, wordt voor de verdere duur van het mandaat een nieuw lid benoemd.

3. De Raad van bestuur kiest uit zijn leden, telkens voor de duur van het mandaat, een voorzitter en een of meer vice-voorzitters, die van verschillende nationaliteit moeten zijn.

4. De Raad van bestuur komt bijeen op initiatief van de voorzitter of, wanneer deze verhindert is, op initiatief van de oudste vice-voorzitter, telkens wanneer de noodzaak daartoe bestaat, of op verzoek van een van zij leden, onder opgave van de te behandelen punten. Hij komt ten minste tweemaal per jaar bijeen.

De vergaderingen van de Raad van bestuur worden gehouden in de plaats waar zich de hoofdzetel van het Fonds bevindt, tenzij besloten wordt de vergadering elders te houden.

5. Onverminderd de bepalingen van artikel 31, lid 1, worden de leden van de Raad van bestuur ten minste tien dagen voor de datum van de vergadering ter bijwoning daarvan opgeroepen door een schriftelijke convocatie, waarin de op de agenda geplaatste onderwerpen worden vermeld. Er kunnen geen besluiten worden genomen over onderwerpen welke niet op deze wijze op de agenda zijn geplaatst.

Indien alle leden van de Raad van bestuur aanwezig of geldig vertegenwoordigd zijn en indien daartegen geen bezwaar wordt gemaakt, kan een vergadering van dit orgaan plaats vinden zonder dat de voor convocatie voorgeschreven vormen in acht worden genomen en kan de Raad van bestuur geldig beraadslagen en besluiten nemen over alle onderwerpen die tot zijn bevoegdheid behoren.

6. Ieder lid van de Raad van bestuur beschikt over één stem. Een lid kan zich door een ander lid doen vervangen door middel van een schriftelijke

treten lassen; kein Mitglied kann jedoch mehr als zwei andere Mitglieder vertreten.

7. Der Verwaltungsrat ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend oder vertreten ist. Die Abstimmungen sind geheim, sofern nichts anderes beschlossen wird.

8. Der Verwaltungsrat beschließt mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen.

9. Der Verwaltungsrat bezeichnet die Personen, die einzeln oder gemeinsam die rechtsverbindliche Unterschrift für den Fonds leisten.

Er kann bestimmte Befugnisse an von ihm aus seiner Mitte eingesetzte Ausschüsse übertragen, wenn der Aufsichtsrat zuvor einstimmig zugestimmt und die Bedingungen festgelegt hat.

curation écrite; toutefois, aucun membre ne peut représenter plus de deux autres membres.

7. Le Conseil d'administration peut statuer si au moins la moitié de ses membres sont présents ou représentés. Les scrutins sont secrets, sauf décision contraire.

8. Le Conseil d'administration statue à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés.

9. Le Conseil d'administration désigne les personnes qui peuvent engager le Fonds par leurs signatures individuelles ou collectives.

Il peut déléguer certaines de ses attributions à des comités restreints, constitués en son sein, après accord et dans les conditions déterminées par le Conseil de surveillance statuant à l'unanimité.

lijke volmacht; een lid kan evenwel niet meer dan twee andere leden vertegenwoordigen.

7. De Raad van bestuur kan besluiten nemen indien ten minste de helft van zijn leden aanwezig of vertegenwoordigd is. Behoudens andersluidende beslissing zijn de stemmingen geheim.

8. De Raad van bestuur besluit met een meerderheid van tweederde van de uitgebrachte stemmen.

9. De Raad van bestuur wijst de personen aan die het Fonds door hun individuele of gezamenlijke handtekeningen kunnen verbinden.

Hij kan bepaalde bevoegdheden overdragen aan uit zijn leden samengestelde beperkte comités, nadat de Raad van toezicht hiertoe met eenparigheid van stemmen goedkeuring heeft verleend en de voorwaarden daarvoor heeft vastgesteld.

Abschnitt C Zuständigkeiten

Artikel 29

1. Der Aufsichtsrat wahrt das allgemeine Interesse und wacht über die Einhaltung der Ziele und der Bestimmungen des Übereinkommens sowie dieses Statuts.

2. Der Verwaltungsrat verwaltet den Fonds und seine Finanzen im Rahmen des Haushaltsplans. Er sorgt für die Durchführung der vom Aufsichtsrat gefaßten Beschlüsse.

Artikel 30

1. Der Verwaltungsrat unterbreitet dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für den jährlichen Haushaltsplan des Fonds und für die Höhe des Grundbeitrags.

Der Vorschlag für den jährlichen Haushaltsplan enthält Voranschläge über den Betrag der Stilllegungsvergütungen und gegebenenfalls die Festsetzung der Grundvergütung der Stilllegung.

Die Vorschläge sind dem Aufsichtsrat jährlich bis zum 31. Oktober für das folgende Kalenderjahr zu unterbreiten.

2. Der Aufsichtsrat beschließt über die Vorschläge des Verwaltungsrates.

Er kann den Verwaltungsrat auffordern, ihm unter Berücksichtigung der von ihm geäußerten Auffassung geänderte Vorschläge zu unterbreiten.

3. Der Aufsichtsrat billigt die Jahresrechnungen des Fonds, die ihm bis zum 30. Juni des folgenden Jahres

Section C Compétences

Article 29

1. Le Conseil de surveillance est le garant de l'intérêt général, dans le respect des objectifs et des dispositions de l'Accord et du présent Statut.

2. Le Conseil d'administration assure l'administration et la gestion financière du Fonds, dans les limites du budget. Il veille à l'exécution des décisions arrêtées par le Conseil de surveillance.

Article 30

1. Le Conseil d'administration établit, à l'intention du Conseil de surveillance, des propositions de budget annuel du Fonds ainsi que de fixation des taux de base des cotisations.

La proposition du budget annuel comporte des prévisions sur le montant des indemnités d'immobilisation et, le cas échéant, la fixation de leur taux.

Ces propositions sont introduites annuellement auprès du Conseil de surveillance, avant le 31 octobre, pour l'année civile suivante.

2. Le Conseil de surveillance statue sur les propositions établies par le Conseil d'administration.

Il peut inviter le Conseil d'administration à lui soumettre des propositions modifiées en tenant compte des considérations qu'il a émises.

3. Le Conseil de surveillance approuve les comptes annuels du Fonds qui lui sont soumis avant le 30 juin

Afdeling C Bevoegdheden

Artikel 29

1. De Raad van toezicht is hoeder van het algemeen belang, met eerbiediging van de doelstellingen en de bepalingen van dit Akkoord en van dit Statuut.

2. De Raad van bestuur draagt zorg voor het bestuur en het financiële beheer van het Fonds, binnen de grenzen van de begroting. Hij ziet toe op de uitvoering van de door de Raad van toezicht genomen besluiten.

Artikel 30

1. De Raad van bestuur stelt ten behoeve van de Raad van toezicht voorstellen op voor de jaarlijkse begroting van het Fonds en voor de vaststelling van de basistarieven voor de bijdragen.

Het voorstel voor de jaarlijkse begroting omvat ramingen inzake het bedrag van de oplegvergoedingen en, in voorkomend geval, de vaststelling van de tarieven voor de oplegvergoedingen.

Deze voorstellen worden jaarlijks vóór 31 oktober bij de Raad van toezicht voor het volgende kalenderjaar ingediend.

2. De Raad van toezicht besluit over de voorstellen van de Raad van bestuur.

Hij kan de Raad van bestuur uitnodigen gewijzigde voorstellen in te dienen overeenkomstig de opvattingen die hij kenbaar heeft gemaakt.

3. De Raad van toezicht keurt de jaarrekeningen van het Fonds, die hem vóór 30 juni van het daarop vol-

vorgelegt werden, und erteilt dem Verwaltungsrat Entlastung für seine Haushaltsführung.

Artikel 31

1. Der Verwaltungsrat legt unter Berücksichtigung der in Artikel 20 genannten Kriterien die Zeitabschnitte, für die Stilllegungsmaßnahmen getroffen werden, und die Grundvergütungssätze fest.

Zu diesem Zweck tritt er innerhalb von drei Tagen nach Absendung der Einberufung zusammen. Durchschrift dieser Einberufung, Tagesordnung und alle diesbezüglichen Arbeitsdokumente werden zum gleichen Zeitpunkt dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des Aufsichtsrates übersandt.

Die von dem Verwaltungsrat beschlossenen Maßnahmen werden dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des Aufsichtsrates durch Fernschreiben unverzüglich mitgeteilt.

2. Vom achten Tag ab — gerechnet vom Tag ihrer Übermittlung — gelten die so vom Verwaltungsrat beschlossenen Maßnahmen als vom Aufsichtsrat genehmigt und werden endgültig, sofern kein Mitglied des Aufsichtsrates Antrag auf Prüfung gestellt hat.

Ein solcher Antrag ist nur dann gültig, wenn er möglichst unter Angabe von Gründen, innerhalb von fünf auf den Beschluß des Verwaltungsrates nach Absatz 1 folgenden Tagen beim Aufsichtsratsvorsitzenden eingeht. Sofort nach Eingang dieses Antrags gibt der Vorsitzende des Aufsichtsrates unverzüglich den Mitgliedern dieses Rates und dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats hiervon Kenntnis.

3. Wird ein Antrag auf Prüfung gemäß den Voraussetzungen nach Absatz 2 gestellt, entscheidet der Aufsichtsrat innerhalb drei Tagen, die auf den Ablauf der für die Einbringung eines Prüfungsantrages vorgesehenen Frist folgen.

Der Aufsichtsrat kann:

- entweder den Beschluß des Verwaltungsrates billigen oder
- den Verwaltungsrat auffordern, ihm unter Berücksichtigung der von ihm geäußerten Auffassungen innerhalb einer von ihm festgelegten Frist neue Maßnahmen zu unterbreiten, oder
- unmittelbar andere Stilllegungsmaßnahmen, die er für angemessen hält, beschließen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates teilt die getroffenen Entscheidungen dem Verwaltungsrat unverzüglich mit.

de l'année suivante, et donne décharge au Conseil d'administration de sa gestion financière.

Article 31

1. Le Conseil d'administration détermine, compte tenu des critères visés à l'article 20, les périodes d'immobilisation et les taux des indemnités à octroyer.

À cet effet, il se réunit dans un délai de trois jours suivant l'envoi de la convocation. Une copie de cette convocation, l'ordre du jour de la réunion et tous documents y afférents sont adressés en même temps au Président et aux membres du Conseil de surveillance.

Les mesures décidées par le Conseil d'administration sont communiquées immédiatement par telex au Président et à chacun des membres du Conseil de surveillance.

2. Les mesures ainsi décidées par le Conseil d'administration sont réputées approuvées par le Conseil de surveillance et deviennent définitives le huitième jour suivant la date de leur communication, si elles n'ont pas fait l'objet d'une demande d'examen de la part d'un des membres du Conseil de surveillance.

Une telle demande, pour être valable, doit être reçue, accompagnée dans la mesure du possible de l'indication de ses motifs, par le Président du Conseil de surveillance dans les cinq jours suivant la décision du Conseil d'administration visée au paragraphe 1. Dès réception de cette demande, le Président du Conseil de surveillance la communique immédiatement aux membres dudit Conseil et au Président du Conseil d'administration.

3. Dans le cas d'une demande d'examen présentée dans les conditions visées au paragraphe 2, le Conseil de surveillance statue dans les trois jours suivant l'expiration du délai de notification des demandes d'examen. Il peut:

- soit approuver la décision du Conseil d'administration;
- soit inviter le Conseil d'administration à lui présenter, dans un délai qu'il détermine, de nouvelles mesures en tenant compte des considérations qu'il a émises;
- soit décider directement d'autres mesures d'immobilisation qu'il estime appropriées.

Les décisions prises par le Conseil de surveillance sont immédiatement notifiées par son Président au Conseil d'administration.

gende jaar moeten worden voorgelegd, goed en verleent de Raad van bestuur kwijting voor het financiële beheer.

Artikel 31

1. De Raad van bestuur stelt aan de hand van de criteria van artikel 20 de oplegperiodes en de tarieven voor de uit te keren vergoedingen vast.

Hij komt met dit doel bijeen binnen drie dagen te rekenen vanaf de verzending van de convocatie. Een afschrift van deze convocatie, de agenda voor de vergadering en alle hierop betrekking hebbende documenten worden tegelijkertijd ter kennis gebracht van de voorzitter en de leden van de Raad van toezicht.

De door de Raad van bestuur getroffen maatregelen worden onverwijld per telexbericht ter kennis gebracht van de Voorzitter en elk der leden van de Raad van toezicht.

2. De aldus door de Raad van bestuur getroffen maatregelen worden geacht te zijn goedgekeurd door de Raad van toezicht en als definitief beschouwd op de achtste dag volgend op de datum van de kennisgeving tenzij door één van de leden van de Raad van toezicht een verzoek om behandeling is ingediend.

Om geldig te zijn moet een dergelijk, zoveel mogelijk met redenen omkleed verzoek zijn ontvangen door de Voorzitter van de Raad van toezicht binnen vijf dagen te rekenen vanaf het in lid 1 bedoelde besluit van de Raad van bestuur. De Voorzitter van de Raad van toezicht stelt terstond na de ontvangst van het verzoek de leden van deze Raad en de Voorzitter van de Raad van bestuur hiervan in kennis.

3. De Raad van toezicht neemt een besluit over elk overeenkomstig lid 2 ontvangen verzoek om behandeling, binnen drie dagen te rekenen vanaf de dag waarop de termijn voor de indiening van verzoeken om behandeling is verstreken.

De Raad van toezicht kan:

- hetzij het besluit van de Raad van bestuur goedkeuren;
- hetzij de Raad van bestuur verzoeken binnen een door de Raad van toezicht bepaalde termijn nieuwe maatregelen in te dienen met inachtneming van de opvattingen die hij kenbaar heeft gemaakt;
- hetzij rechtstreeks tot andere oplegmaatregelen besluiten die hij geschikt acht.

De Voorzitter van de Raad van toezicht brengt de genomen besluiten onverwijld ter kennis van de Raad van bestuur.

4. Der Aufsichtsrat kann auf Grund der Erfahrungen in die den Absätzen 1 bis 3 vorgeschriebenen Fristen ändern.

Artikel 32

Wird der Verwaltungsrat nicht tätig, so kann der Aufsichtsrat ihn auffordern, Bestimmungen für die Festsetzung oder Aufhebung der Stilllegungsmaßnahmen festzulegen oder die in Artikel 30 Absatz 1 genannten Vorschläge auszuarbeiten.

Nimmt der Verwaltungsrat nicht innerhalb von zwanzig Tagen nach Eingang der Aufforderung Stellung, so kann der Aufsichtsrat von sich aus Maßnahmen treffen. Diese Frist wird jedoch auf sieben Tage verkürzt, wenn ein Beschluß über eine Maßnahme, die auf Grund von Artikel 31 zu treffen ist, nicht zustande kommt.

Artikel 33

1. Der Aufsichtsrat erläßt nach Anhörung des Verwaltungsrates allgemeine Durchführungsvorschriften zu diesem Statut, soweit nicht bereits besondere Bestimmungen in diesem Statut enthalten sind.

2. Der Aufsichtsrat entscheidet alle Fragen, für die kein anderes Organ des Fonds ausdrücklich für zuständig erklärt worden ist.

3. Die Beschlüsse des Aufsichtsrates nach Absatz 1 und 2 werden einstimmig getroffen.

Artikel 34

1. Der Aufsichtsrat ernennt und entläßt auf Vorschlag des Verwaltungsrates den Direktor des Fonds und legt die Bedingungen für seine Einstellung sowie seinen Aufgabenbereich fest.

2. Der Direktor des Fonds führt unter der Aufsicht und nach den Weisungen des Verwaltungsrates die tägliche Verwaltung und besorgt die laufende finanzielle Verwaltung des Fonds. Er wacht über die Einhaltung der Beschlüsse des Verwaltungsrates und gegebenenfalls des Aufsichtsrates, insbesondere hinsichtlich der Einziehung der Beiträge und der Auszahlung der Stilllegungsvergütungen. Er sorgt für die Ausstellung und Erteilung der Fahrtenhefte und Ausnahmebescheinigungen.

3. Der Direktor vertritt den Fonds in gerichtlichen Verfahren und Verwaltungsverfahren.

4. Der Direktor leitet die Sekretariatsarbeiten des Verwaltungsrates und erstellt die Protokolle über die Sitzungen dieses Organs; er hält die

4. Le Conseil de surveillance peut modifier, sur la base de l'expérience acquise, les délais prescrits en vertu des dispositions des paragraphes 1 à 3.

Article 32

En cas de carence du Conseil d'administration, le Conseil de surveillance peut l'inviter à déterminer des dispositions en vue de la fixation ou de l'abrogation de mesures d'immobilisation ou à formuler les propositions prévues à l'article 30, paragraphe 1.

Si le Conseil d'administration ne prend pas position dans un délai de vingt jours à compter de la réception de la communication, le Conseil de surveillance peut prendre des mesures de sa propre initiative. Ce délai est toutefois réduit à sept jours dans le cas d'une absence de décision relative à une mesure à prendre sur base de l'article 31.

Article 33

1. Le Conseil de surveillance arrête, après consultation du Conseil d'administration, les dispositions générales d'exécution du présent Statut, non prévues par des dispositions particulières de celui-ci.

2. Le Conseil de surveillance statue sur les questions pour lesquelles une compétence n'est pas expressément attribuée à un autre organe du Fonds.

3. Les décisions du Conseil de surveillance visées aux paragraphes 1 et 2 sont prises à l'unanimité.

Article 34

1. Sur proposition du Conseil d'administration, le Conseil de surveillance nomme et révoque le Directeur du Fonds et fixe les conditions de son engagement et ses attributions.

2. Sous le contrôle et les directives du Conseil d'administration, le Directeur du Fonds assure l'administration journalière et la gestion financière courante du Fonds. Il veille à l'application des décisions du Conseil d'administration et, le cas échéant, du Conseil de surveillance, notamment pour ce qui concerne la perception des cotisations et le versement des indemnités d'immobilisation. Il émet et délivre les carnets de bord et certificats d'exemption.

3. Le Directeur représente le Fonds dans les procédures judiciaires et administratives.

4. Le Directeur assume le secrétariat du Conseil d'administration et dresse les procès-verbaux des réunions de cet organe; il tient ces pro-

4. Op grond van de opgedane ervaring kan de Raad van toezicht de in de leden 1 tot en met 3 voorgeschreven termijnen wijzigen.

Artikel 32

Indien de Raad van bestuur in gebreke blijft, kan de Raad van toezicht hem uitnodigen bepalingen voor de vaststelling of intrekking van oplegmaatregelen op te stellen of de in artikel 30, lid 1, bedoelde voorstellen in te dienen.

Indien de Raad van bestuur niet binnen twintig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het verzoek, zijn standpunt bepaalt, kan de Raad van toezicht op eigen initiatief maatregelen treffen. Deze termijn wordt echter teruggebracht tot zeven dagen ingeval er geen besluit is genomen ten aanzien van een op grond van artikel 31 te treffen maatregel.

Artikel 33

1. De Raad van toezicht stelt, na raadpleging van de Raad van bestuur, de algemene uitvoeringsbepalingen van dit Statuut vast, die niet door bijzondere bepalingen daarvan zijn geregeld.

2. De Raad van toezicht besluit ten aanzien van aangelegenheden waarvoor de bevoegdheid niet uitdrukkelijk aan een ander orgaan van het Fonds is toegekend.

3. De in de leden 1 en 2 bedoelde besluiten van de Raad van toezicht worden met eenparigheid van stemmen genomen.

Artikel 34

1. Op voorstel van de Raad van bestuur benoemt en ontslaat de Raad van toezicht de directeur van het Fonds en stelt hij de voorwaarden voor zijn aanstelling en zijn bevoegdheden vast.

2. Onder controle en overeenkomstig de richtlijnen van de Raad van bestuur draagt de directeur van het Fonds zorg voor het dagelijks bestuur en het lopend financieel beheer van het Fonds. Hij ziet toe op de toepassing van de besluiten van de Raad van bestuur en in voorkomend geval van de Raad van toezicht, met name ten aanzien van de inning van de bijdragen en de uitkering van de oplegvergoedingen. Hij schrijft de voorgeschreven boordboekjes en vrijstellingsbewijzen uit en geeft ze af.

3. De directeur vertegenwoordigt het Fonds in gerechtelijke en administratieve procedures.

4. De directeur neemt het secretariaat van de Raad van bestuur waar en stelt de notulen van de vergaderingen van dit orgaan vast; hij houdt

Protokolle zur Einsicht durch den Aufsichtsrat bereit.

5. Der Verwaltungsrat legt unbeschadet der Bestimmungen von Absatz 1 und im Rahmen des Haushaltsplans des Fonds die Zahl und die Anstellungsbedingungen seines Personals fest.

6. Auf das Personal finden das Arbeitsrecht und die Sozialvorschriften des Staates, in dem es gewöhnlich seine Aufgaben erfüllt, Anwendung.

Artikel 35

1. Der Direktor des Fonds verfügt die im Einzelfall anzuwendenden Entscheidungen hinsichtlich der Beiträge und Stilllegungsvergütungen. Es kann ihm ein Antrag gestellt werden, über eine Stilllegungsvergütung zu entscheiden. In diesem Fall hat er innerhalb von dreißig Tagen zu entscheiden. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Nichtbeantwortung des Antrags als stillschweigende Ablehnung, gegen die Widerspruch nach Absatz 2 erhoben werden kann.

2. Gegen eine Einzelentscheidung oder Ablehnung eines Antrages kann der Betroffene Widerspruch erheben. Der Widerspruch ist binnen einer Frist von zehn vollen Tagen zu erheben; sie beginnt:

- mit dem Tag der Benachrichtigung über die Entscheidung oder die Ablehnung des Antrags,
- oder mit Zeitpunkt des Fristablaufs für die Antwort, wenn sich der Widerspruch auf eine stillschweigende Ablehnung nach Absatz 1 bezieht.

Der Widerspruch ist schriftlich unter Angabe von Gründen beim Hauptsitz des Fonds oder bei einer seiner Zweigniederlassungen zu erheben.

Die Aufgabe bei der Post am letzten Tag der Frist gilt als fristgerechter Eingang.

3. Der fristgerecht erhobene Widerspruch hat aufschiebende Wirkung. Er wird vom Verwaltungsrat geprüft, der eine mit Gründen versehene Einzelentscheidung trifft. Diese Entscheidung muß innerhalb einer Frist von höchstens dreißig Tagen nach Eingang des Widerspruchs ergehen, wenn der Widerspruch eine Maßnahme zur Festsetzung einer Stilllegungsvergütung betrifft. Die Entscheidung wird dem Betroffenen mitgeteilt.

cès-verbaux à la disposition du Conseil de surveillance.

5. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1 et dans les limites du budget du Fonds, le Conseil d'administration détermine le nombre et les conditions d'engagement des membres de son personnel.

6. Les conditions de travail des membres du personnel sont régies par le droit du travail et la législation sociale de l'Etat du lieu d'exécution habituelle de leurs fonctions.

Article 35

1. Le Directeur du Fonds prend les décisions d'application individuelles concernant les cotisations et les indemnités d'immobilisation. Il peut être saisi d'une demande l'invitant à prendre une décision en matière d'indemnité d'immobilisation. Dans ce cas, il statue dans le délai de trente jours. À l'expiration de ce délai, le défaut de réponse à la demande vaut décision implicite de rejet susceptible de faire l'objet d'une réclamation au sens du paragraphe 2.

2. Toute personne à l'égard de laquelle une décision d'application est notifiée ou dont la demande a été rejetée peut introduire une réclamation contre cette décision ou contre ce rejet. La réclamation doit être introduite dans un délai de dix jours qui court,

- du jour de la notification de la décision ou du rejet de la demande,
- ou de la date d'expiration du délai de réponse, lorsque la réclamation porte sur une décision implicite de rejet au sens du paragraphe 1.

La réclamation, qui doit comporter l'indication des motifs sur lesquels elle se fonde, doit être formulée par écrit et être adressée au siège principal du Fonds ou à l'une de ses succursales.

Son dépôt à la poste le dernier jour du délai vaut réception dans le délai.

3. La réclamation introduite dans les délais a un effet suspensif. Elle fait l'objet d'un examen par le Conseil d'administration, qui arrête une décision individuelle motivée. Cette décision doit être arrêtée dans un délai maximum de trente jours à compter de la réception de la réclamation, lorsque cette réclamation se rapporte à une mesure concernant la fixation d'une indemnité d'immobilisation. La décision est notifiée à l'intéressé.

deze notulen ter beschikking van de Raad van toezicht.

5. Onverminderd het bepaalde in lid 1 bepaalt de Raad van bestuur, binnen de grenzen van de begroting van het Fonds, het aantal en de aanstellingsvoorwaarden van de leden van zijn personeel.

6. Op de arbeidsvoorwaarden van de leden van het personeel zijn het arbeidsrecht en de sociale wetgeving van de staat waarin de plaats is gelegen waar zijn hun functies gewoonlijk uitoefenen van toepassing.

Artikel 35

1. De directeur van het Fonds neemt de individuele uitvoeringsbesluiten met betrekking tot de bijdragen en oplegvergoedingen. Bij de directeur kan een verzoek worden ingediend om een besluit te nemen met betrekking tot een oplegvergoeding. In dit geval beslist hij binnen een termijn van dertig dagen. Is bij het verstrijken van deze termijn een antwoord op het verzoek uitgebleven, dan geldt dit als een stilzwijgend besluit tot afwijzing, waartegen bezwaar als bedoeld in lid 2 kan worden gemaakt.

2. Iedere persoon, aan wie een uitvoeringsbesluit ter kennis wordt gebracht of wiens verzoek wordt afgewezen, kan een bezwaarschrift indienen tegen dit besluit of tegen deze afwijzing. Dit bezwaarschrift moet worden ingediend binnen een termijn van tien dagen, ingaande:

- op de dag van kennisgeving van het besluit of van de afwijzing van het verzoek, of
- op de dag waarop de antwoordtermijn verstrijkt, indien het bezwaar betrekking heeft op een stilzwijgend besluit tot afwijzing als bedoeld in lid 1.

Het bezwaarschrift dat de gronden moet bevatten waarop het berust, moet tot de hoofdzetel van het Fonds of tot een van zijn bijkantoren worden gericht.

Het bezwaarschrift geldt als tijdig ingediend indien het op de laatste dag van de gestelde termijn ter post is bezorgd.

3. Een binnen de gestelde termijn ingediend bezwaarschrift heeft schorsende werking. Het wordt onderzocht door de Raad van bestuur, die een met redenen omkleed individueel besluit neemt.

Wanneer het bezwaar betrekking heeft op een maatregel betreffende de vaststelling van een oplegvergoeding, moet dit besluit binnen ten hoogste dertig dagen te rekenen vanaf de ontvangst van het bezwaarschrift worden genomen. Het besluit wordt ter kennis van de belanghebbende gebracht.

Trifft der Verwaltungsrat innerhalb der vorstehenden Frist keine Entscheidung, so gilt dies als stillschweigende Ablehnung.

Artikel 36

Alle Ansprüche auf Stilllegungsvergütungen nach Artikel 23, alle Verpflichtungen zur Beitragszahlung nach Artikel 9 bis 13 und alle Ansprüche auf Grund von Artikel 24 Absatz 3 auf Rückerstattung von Vergütungen, die unrechtmäßig empfangen wurden, verjähren mit Ablauf des zweiten Kalenderjahres, das auf das Jahr folgt, in dem diese Ansprüche und Verpflichtungen entstanden sind. Die Verjährung wird durch Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens unterbrochen.

Abschnitt D Rechnungsprüfung

Artikel 37

1. Der Aufsichtsrat bestellt für eine Dauer von zwei Jahren zwei unabhängige Rechnungsprüfer und zwei stellvertretende Rechnungsprüfer, die weder Mitglieder dieses Organs noch des Verwaltungsrates noch der Direktion des Fonds sein dürfen.

2. Die Rechnungsprüfer prüfen die Jahresrechnungen des Fonds und erstatten dem Aufsichtsrat jährlich Bericht.

Abschnitt E Sprachenregelung

Artikel 38

1. Die Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrates, die Einberufungen zu diesen Sitzungen, die den Organen des Fonds zur Behandlung vorgelegten Dokumente, ihre Beschlüsse allgemeiner Tragweite sowie der Bericht der Rechnungsprüfer werden in deutscher, französischer und niederländischer Sprache erstellt. Jedes Mitglied dieser Organe kann sich einer dieser Sprachen bedienen.

2. Die Einzelentscheidungen nach Artikel 35 Absatz 1 und 3 sowie die Fahrtenhefte und Ausnahmebescheinigungen werden in deutscher, französischer und niederländischer Sprache erstellt. Die Empfänger dieser Entscheidungen und Dokumente verwenden in ihren Beziehungen zum Fonds eine dieser Sprachen nach ihrer Wahl.

L'absence de décision du Conseil d'administration pendant le délai visé à l'alinéa précédent vaut décision implicite de rejet.

Article 36

Les droits à l'indemnité d'immobilisation visés à l'article 23, l'obligation de verser la cotisation visée aux articles 9 à 13 ainsi que l'obligation de rembourser des indemnités indûment perçues visée à l'article 24, paragraphe 3, sont prescrits à l'expiration de la deuxième année suivant la fin de l'année civile au cours de laquelle ces droits et obligations sont nés. Cette prescription est interrompue par tout acte introductif d'une procédure judiciaire.

Section D Contrôle des comptes

Article 37

1. Le Conseil de surveillance nomme, pour une durée de deux ans, deux Commissaires aux comptes indépendants et deux Commissaires-uppléants qui ne peuvent pas être membres de ce Conseil, ni du Conseil d'administration, ni de la Direction du Fonds.

2. Les Commissaires aux comptes procèdent à l'examen des comptes annuels du Fonds et font rapport chaque année au Conseil de surveillance.

Section E Régime linguistique

Article 38

1. Les procès-verbaux des réunions du Conseil d'administration, les convocations à ces réunions, les documents soumis aux délibérations des organes du Fonds, les décisions de portée générale adoptées par ceux-ci ainsi que le rapport des Commissaires aux comptes sont établis en langues allemande, française et néerlandaise. Chacun des membres de ces organes peut s'exprimer dans l'une de ces langues.

2. Les décisions d'application individuelles prises sur base de l'article 35, paragraphes 1 et 3, ainsi que les carnets de bord et les certificats d'exemption sont établis en langues allemande, française et néerlandaise. Les destinataires de ces décisions et documents utilisent dans leurs rapports avec le Fonds l'une de ces langues à leur choix.

Neemt de Raad van bestuur geen besluit tijdens de in de voorgaande alinea vermelde termijn, dan geldt dit als een stilzwijgend besluit tot afwijzing.

Artikel 36

Het recht op de in artikel 23 bedoelde oplegvergoeding, de verplichting tot betaling van de in de artikelen 9 tot en met 13 bedoelde bijdrage, alsook het recht op eventuele terugbetaling van ten onrechte ontvangen vergoedingen als bedoeld in artikel 24, lid 3, verjaren door het verstrijken van twee jaren na het einde van het kalenderjaar in de loop waarvan deze rechten en verplichtingen zijn ontstaan. Deze verjaring wordt gestuit door ieder handeling waardoor een gerechtelijke procedure wordt ingeleid.

Afdeling D Nazien van de rekeningen

Artikel 37

1. De Raad van toezicht benoemt voor een ambtsperiode van twee jaar twee onafhankelijke balanscommissarissen en twee plaatsvervangende commissarissen, die geen lid mogen zijn van deze Raad, van de Raad van bestuur of van de directie van het Fonds.

2. De balanscommissarissen zien de jaarrekeningen van het Fonds na en brengen daarover jaarlijks verslag uit aan de Raad van toezicht.

Afdeling E Regeling van het taalgebruik

Artikel 38

1. De notulen van de vergaderingen van de Raad van bestuur, de convocaties voor deze vergaderingen, de ter behandeling aan de organen van het Fonds voorgelegde documenten, de door de organen van het Fonds genomen besluiten van algemene strekking, alsook het verslag van de balanscommissarissen worden opgesteld in het Duits, het Frans en het Nederlands. Ieder lid van deze organen kan zich in een van deze talen uitdrukken.

2. De individuele uitvoeringsbesluiten, genomen krachtens artikel 35, lid 1 en 3 alsook de boordboekjes en vrijstellingsbewijzen worden opgesteld in het Duits, het Frans en het Nederlands. Degenen tot wie deze maatregelen en documenten zijn gericht gebruiken in hun betrekkingen met het Fonds naar hun keuze een van deze talen.

Abschnitt F**Inkrafttreten und Veröffentlichung
der Beschlüsse allgemeiner Tragweite****Artikel 39**

Die von den Organen des Fonds gefaßten Beschlüsse allgemeiner Tragweite sind in allen ihren Teilen verbindlich und gelten unmittelbar in jedem Mitgliedstaat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und in der Schweiz.

Die Beschlüsse bestimmen den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens.

Artikel 40

1. Die vom Aufsichtsrat und vom Verwaltungsrat nach diesem Statut gefaßten Beschlüsse sowie die allgemeinen Durchführungsbestimmungen und die Bestimmungen zur Änderung dieses Statuts, die vom Aufsichtsrat erlassen werden, werden in den Amtsblättern der Europäischen Gemeinschaften und der Schweiz veröffentlicht.

2. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates teilt die Beschlüsse über die Stilllegungszeiträume und -vergütungen unverzüglich den Behörden mit, die von den Staaten, in deren Hoheitsgebiet sich Wasserstraßen des Fonds befinden, sowie von Belgien zu diesem Zweck bezeichnet werden. Diese Behörden sorgen dafür, daß die Beschlüsse vor ihrem Inkrafttreten in den Verwaltungsbüros der Häfen, an Verlade- und Lagerplätzen, in Frachtenbüros und -börsen und „tour de rôle“-Befrachtungskontoren sowie an allen sonstigen Stellen, die sie für geeignet halten, angeschlagen werden.

Der Aufsichtsrat kann andere Verfahren für die Veröffentlichung dieser Beschlüsse festlegen.

**Kapitel VI
Rechtsschutz****Artikel 41**

1. Natürliche und juristische Personen, die ein rechtliches Interesse nachweisen, können bei den nach Maßgabe der Bestimmungen von Absatz 2 bezeichneten Gerichten gegen eine nach Artikel 35 Absatz 3 ergangene Einzelentscheidung des Fonds Klage erheben.

Die Klage ist zu begründen und mit den Unterlagen innerhalb von dreißig Tagen ab dem Tag der Zustellung der angefochtenen Entscheidung oder nach Ablauf der vorgesehenen Frist, falls keine Entscheidung getroffen

Section F**Effets et publicité des décisions
de portée générale****Article 39**

Les décisions de portée générale arrêtées par les organes du Fonds sont obligatoires dans tous leurs éléments et directement applicables dans tous les États membres de la Communauté Économique Européenne et la Suisse.

Elles entrent en vigueur à la date qu'elles fixent.

Article 40

1. Les décisions de portée générale arrêtées en exécution du présent Statut par le Conseil de surveillance et le Conseil d'administration ainsi que les dispositions générales d'exécution et les dispositions portant modification du présent Statut arrêtées par le Conseil de surveillance font l'objet d'une publication dans les organes officiels de publication des Communautés Européennes et de la Suisse.

2. Les décisions relatives aux périodes et aux indemnités d'immobilisation sont immédiatement communiquées par le Président du Conseil de surveillance aux autorités nationales que les États sur le territoire desquels sont situées des voies navigables du Fonds ainsi que la Belgique désignent à cet effet. Ces autorités assurent que lesdites décisions soient affichées, avant leur entrée en vigueur, dans les bureaux administratifs des ports, dans les aires de manutention et de stationnement, dans les bureaux et bourses d'affrètement, dans les bureaux de tour de rôle ainsi qu'à tout autre endroit qu'elles jugent approprié.

Le Conseil de surveillance peut décider des modalités différentes de publication de ces décisions.

**Chapitre VI
Contrôle juridictionnel****Article 41**

1. Les décisions individuelles prises par le Fonds en application de l'article 35, paragraphe 3, sont susceptibles d'un recours direct introduit devant les juridictions déterminées dans les conditions du paragraphe 2 par les personnes physiques ou morales qui justifient d'un intérêt.

Ce recours est motivé et introduit avec les documents justificatifs dans les trente jours à compter respectivement de la notification de la décision attaquée ou de l'expiration du délai prescrit en cas d'absence de décision

Afdeling F**Werking en bekendmaking
van besluiten van algemene strekking****Artikel 39**

De besluiten van algemene strekking van de organen van het Fonds zijn verbindend in al hun onderdelen en rechtstreeks toepasselijk in alle Lid-Staten van de Europese Economische Gemeenschap en in Zwitserland.

Zij treden in werking op de daarin vastgestelde datum.

Artikel 40

1. De door de Raad van toezicht en de Raad van bestuur ter uitvoering van dit Statuut genomen besluiten van algemene strekking, alsook de algemene uitvoeringsbepalingen en de bepalingen tot wijziging van dit Statuut die door de Raad van toezicht worden vastgesteld, worden bekendgemaakt in de officiële publikatiebladen van de Europese Gemeenschappen en van Zwitserland.

2. De besluiten met betrekking tot de oplegperiodes en oplegvergoedingen worden door de voorzitter van de Raad van toezicht onmiddellijk ter kennis gebracht van de nationale instanties die daartoe zijn aangewezen door de staten op wier grondgebied waterwegen van het Fonds zijn gelegen welke aan dit Statuut zijn onderworpen en door België. Deze instanties dragen er zorg voor dat genoemde besluiten voor hun inwerkingtreding worden aangeplakt in de havenkantoren, de laad-, lig- en losplaatsen, de bevrachtungskantoren en -beurzen, de vrachtverdelingskantoren en iedere andere door hen dienstig geachte plaats.

De Raad van toezicht kan besluiten tot andere wijzen van bekendmaking van deze besluiten.

**Hoofdstuk VI
Rechterlijke controle****Artikel 41**

1. Tegen individuele besluiten van het Fonds genomen op grond van artikel 35, lid 3, kan door natuurlijke of rechtspersonen, die aantonen daarbij een belang te hebben, rechtstreeks beroep worden ingesteld bij de overeenkomstig lid 2 aangewezen rechterlijke instanties.

Dit beroep dient, met redenen omkleed en vergezeld van bewijsstukken, te worden ingesteld binnen 30 dagen te rekenen vanaf de kennisgeving van het bestreden besluit of vanaf het verstrijken van de voorge-

wurde und somit eine stillschweigende Ablehnung vorliegt, einzureichen. Sie hat gegenüber der angefochtenen Entscheidung keine aufschiebende Wirkung.

2. Die Staaten, in deren Hoheitsgebiet der Fonds seinen Hauptsitz oder eine Zweigniederlassung hat, bezeichnen die Gerichte, die für die in Absatz 1 genannten Klagen zuständig sind. In denjenigen Staaten, in denen nach der Revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 bzw. dem deutsch-französisch-luxemburgischen Vertrag vom 27. Oktober 1956 über die Schiffbarmachung der Mosel Rhein- oder Moselschiffahrtsgerichte eingesetzt sind, können diese Gerichte für solche Klagen für zuständig erklärt werden.

Für diese Klagen gelten die Verfahrensregeln der Gerichte, bei denen sie erhoben werden.

3. Klagen nach Absatz 1 sind am Ort des Hauptsitzes des Fonds oder im Fall von Personen, die ihren Wohnsitz oder Sitz in einem Staat haben, in dem eine Zweigniederlassung des Fonds errichtet ist, bei dem Gericht zu erheben, in dessen örtlicher Zuständigkeit sich der Ort dieser Zweigniederlassung befindet.

Artikel 42

1. Zur Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung des Übereinkommens und dieses Statuts wird ein Gericht eingesetzt, das „Gericht des Fonds“ genannt wird.

2. Das Gericht des Fonds besteht aus sieben Richtern, von denen einer von der Schweiz und die übrigen sechs von den anderen Vertragschließenden Parteien gemeinsam für einen Zeitraum von fünf Jahren bestellt werden. Die Richter wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden des Gerichts des Fonds.

Bei Ableben oder Rücktritt eines Richters während des Zeitraums, für den er bestellt worden ist, wird sein Amt für die verbleibende Amtszeit neu besetzt.

3. Das Gericht des Fonds übt seine Tätigkeit nicht ständig aus. Es tritt auf Einberufung seines Vorsitzenden zusammen, um über die eingereichten Klagen zu entscheiden.

4. Das Gericht des Fonds legt die für seine Arbeitsweise erforderlichen Bestimmungen fest. Diese Bestimmungen erstrecken sich insbesondere auf die Regeln für die Organisation seiner Arbeiten sowie auf seine Verfahrens-

valant décision implicite de rejet. Il n'a pas d'effet suspensif à l'égard de la décision attaquée.

2. Les États sur le territoire desquels est situé le siège principal ou une succursale du Fonds désignent les juridictions compétentes pour connaître des recours visés au paragraphe 1. Pour ceux de ces États où sont établis des tribunaux pour la navigation du Rhin ou de la Moselle prévus respectivement par la Convention révisée pour la navigation du Rhin du 17 octobre 1868 et par la Convention franco-germano-luxembourgeoise du 27 octobre 1956 au sujet de la canalisation de la Moselle, ces tribunaux peuvent être déclarés compétents pour connaître de tels recours.

Ces recours sont soumis aux règles de procédure en vigueur devant les juridictions où ils sont introduits.

3. Le recours visé au paragraphe 1 est introduit au lieu du siège principal du Fonds, ou, pour les personnes ayant un domicile ou siège dans un État où une succursale du Fonds est établie, auprès de la juridiction dont la compétence territoriale couvre le lieu de cette succursale.

Article 42

1. Pour assurer le respect du droit dans l'interprétation et l'application de l'Accord et du présent Statut, il est institué une juridiction dénommée «Tribunal du Fonds».

2. Le Tribunal du Fonds est formé de sept juges, désignés pour une période de cinq années à raison de un juge à désigner par la Suisse et six autres juges à désigner par l'ensemble des autres Parties contractantes. Les juges désignent parmi eux le président du Tribunal du Fonds.

En cas de décès ou de démission d'un juge au cours de la période pour laquelle il a été désigné, il est pourvu à son remplacement pour la durée de cette période restant à courir.

3. Le Tribunal du Fonds ne demeure pas en fonction de manière permanente. Il siège, sur convocation de son président, pour connaître des recours dont il est saisi.

4. Le Tribunal du Fonds établit les dispositions nécessaires à son fonctionnement. Ces dispositions portent notamment sur les règles d'organisation de ses travaux et sur ses règles de procédure, ainsi que sur les garan-

schreven termijn, wanneer geen besluit is genomen en zulks geldt als een stilzwijgend besluit tot afwijzing. Het beroep heeft geen schorsende werking ten aanzien van het bestreden besluit.

2. De staten op wier grondgebied de hoofdzetel of een bijkantoor van het Fonds gevestigd is wijzen de rechterlijke instanties aan die bevoegd zijn om kennis te nemen van een beroep als bedoeld in lid 1. Voor staten waarin Rijnvaart- of Moezelvaartrechtbanken gevestigd zijn overeenkomstig respectievelijk de Herzene Rijnvaartakte van 17 oktober 1868 en de Frans-Duits-Luxemburgse Overeenkomst van 27 oktober 1956 betreffende de kanalisatie van de Moezel kunnen deze rechtsbanken bevoegd worden verklaard om van een dergelijk beroep kennis te nemen. Dit beroep is onderworpen aan de procedureregels die gelden voor de rechterlijke instantie waarbij het wordt ingesteld.

3. Het beroep als bedoeld in lid 1 wordt ingesteld in de plaats waar het Fonds zijn hoofdzetel heeft dan wel voor personen met domicilie of zetel in een staat waar een bijkantoor van het Fonds is gevestigd, bij de rechterlijke instantie in wier rechtsgebied het bijkantoor gevestigd is.

Artikel 42

1. Ter verzekering van de eerbiediging van het recht bij de uitlegging en toepassing van het Akkoord en van dit Statuut wordt een rechterlijke instantie ingesteld, „Rechtbank van het Fonds“ geheten.

2. De Rechtbank van het Fonds bestaat uit zeven rechters, die worden aangewezen voor een periode van vijf jaar in de verhouding van een rechter aan te wijzen door Zwitserland en zes andere rechters aan te wijzen door de gezamenlijke andere akkoordsluitende partijen. De rechters kiezen uit hun midden de President van de Rechtbank van het Fonds.

In geval van overlijden van of ontslagneming door een rechter tijdens de periode waarvoor hij is aangewezen, wordt voor de verdere duur van deze periode in zijn vervanging voorzien.

3. De Rechtbank van het Fonds is niet permanent in functie. Zijn wordt in zitting bijeen geroepen door haar President teneinde kennis te nemen van de beroepen die bij haar zijn ingesteld.

4. De Rechtbank van het Fonds stelt de bepalingen vast die voor haar werking nodig zijn. Deze bepalingen hebben met name betrekking op de organisatie van de werkzaamheden van de Rechtbank en op de proces-

regeln, aber auch auf die Garantien bezüglich der Unparteilichkeit von Richtern und der Immunität gegen gerichtliche Verfolgung hinsichtlich ihrer in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen.

Es bestimmt den Ort seines Sitzes nach Maßgabe der Vorschläge, die ihm von den Vertragsschließenden Parteien hierzu gemacht werden können.

5. Die Urteile des Gerichts des Fonds sind mit Gründen zu versehen.

6. Für die Anrufung des Gerichts des Fonds werden von den Parteien keine Gerichtskosten erhoben.

ties relatives à l'impartialité des juges et l'immunité dont ils jouissent pour les actes accomplis en leur qualité officielle.

Il détermine le lieu de son siège, en fonction des facilités qui pourront lui être offertes par les Parties contractantes à ce propos.

5. Les jugements du Tribunal du Fonds sont motivés.

6. Les frais de fonctionnement du Tribunal du Fonds ne peuvent faire l'objet de dépens à charge des parties.

voering alsmede op de waarborgen voor de onpartijdigheid van de rechters en de immunitet waarvan zij genieten voor hetgeen zij in hun officiële hoedanigheid hebben gedaan.

De Rechtbank van het Fonds duidt de plaats aan waar zij zitting houdt aan de hand van de faciliteiten die de akkordsluitende partijen haar in dit verband kunnen bieden.

5. De vonnissen van de Rechtbank van het Fonds worden met redenen omkleed.

6. De werkingskosten van de Rechtbank van het Fonds mogen niet als onkosten aan de partijen in rekening gebracht worden.

Artikel 43

1. Das Gericht des Fonds überwacht die Rechtmäßigkeit des Handelns der Organe des Fonds. Zu diesem Zweck ist es für Klagen zuständig, die einer der Staaten, in dessen Hoheitsgebiet dieses Statut rechtsverbindlich ist, oder die Kommission der Europäischen Gemeinschaften wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, Verletzung des Übereinkommens oder dieses Statuts oder einer bei ihrer Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmißbrauchs erhebt.

Die Klagen sind binnen eines Monats nach der Bekanntgabe der Handlung zu erheben.

Ist die Klage begründet, so erklärt das Gericht des Fonds die angefochtene Handlung für nichtig. Das Gericht des Fonds bezeichnet, falls es dies für notwendig hält, diejenigen Wirkungen der für nichtig erklärten Handlung, die als fortgeltend zu betrachten sind.

2. Unterläßt es der Aufsichtsrat unter Verletzung des Übereinkommens oder dieses Statuts, einen Beschluß zu fassen, so können die Staaten, in deren Hoheitsgebiet dieses Statut rechtsverbindlich ist, und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften beim Gericht des Fonds Klage auf Feststellung einer solchen Verletzung beantragen. Diese Klage ist nur zulässig, wenn der Aufsichtsrat zuvor aufgefordert worden ist, tätig zu werden. Hat der Aufsichtsrat binnen eines Monats nach dieser Aufforderung nicht Stellung genommen, so kann die Klage innerhalb einer weiteren Frist von einem Monat erhoben werden.

3. Das Organ des Fonds, dem die für nichtig erklärte Handlung zur Last fällt oder dessen Untätigkeit als gegen das Übereinkommen oder dieses Statut verstößend erklärt worden

Article 43

1. Le Tribunal du Fonds contrôle la légalité des actes des organes du Fonds. A cet effet, il est compétent pour se prononcer sur les recours pour incompétence, violation des formes substantielles, violation de l'Accord ou du présent Statut ou de toute règle de droit relative à leur application, ou détournement de pouvoirs, formés par l'un des États sur le territoire duquel le présent Statut a force obligatoire ou par la Commission des Communautés Européennes.

Ces recours doivent être formés dans un délai d'un mois à compter de la publication de l'acte.

Si le recours est fondé, le Tribunal du Fonds déclare nul et non avenu l'acte contesté. Toutefois, le Tribunal du Fonds indique, s'il estime nécessaire, ceux des effets des actes annulés qui doivent être considérés comme définitifs.

2. Dans le cas où, en violation de l'Accord ou du présent Statut, le Conseil de surveillance s'abstient de prendre des décisions, les États sur le territoire desquels le présent Statut a force obligatoire et la Commission des Communautés européennes peuvent saisir le Tribunal du Fonds en vue de faire constater cette violation. Ce recours n'est recevable que si le Conseil de surveillance a été préalablement invité à agir. Si à l'expiration d'un délai d'un mois à compter de cette invitation, le Conseil de surveillance n'a pas pris position, le recours peut être formé dans un nouveau délai d'un mois.

3. L'organe du Fonds dont émane l'acte annulé ou dont l'abstention a été déclarée contraire à l'Accord ou au présent Statut est tenu de prendre les mesures que comporte l'exécution

Artikel 43

1. De Rechtbank van het Fonds gaat de wettigheid na van de handelingen van de organen van het Fonds. Te dien einde is zij bevoegd uitspraak te doen inzake elk door een staat op wiens grondgebied dit Statuut bindende kracht heeft of door de Commissie van de Europese Gemeenschappen ingesteld beroep wegens onbevoegdheid, schending van wezenlijke vormvorschriften, schending van het akkoord of van dit Statuut, of van enige rechtsregel met betrekking tot hun toepassing, dan wel wegens misbruik van bevoegdheid.

Deze beroepen moeten worden ingesteld binnen een maand te rekenen vanaf de dag van bekendmaking van de handeling.

Indien het beroep gegrond is, wordt de betwiste handeling door de Rechtbank van het Fonds nietig verklaard. De Rechtbank wijst evenwel, zo zij dit nodig oordeelt, die gevolgen van de vernietigde handeling aan, welke als gehandhaafd moeten worden beschouwd.

2. In geval de Raad van toezicht in strijd met het Akkoord of met dit Statuut nalaat een besluit te nemen, kunnen de staten op wier grondgebied dit Statuut bindende kracht heeft en de Commissie van de Europese Gemeenschappen zich tot de Rechtbank van het Fonds wenden om deze schending te doen vaststellen. Dit beroep is slechts ontvankelijk indiende Raad van toezicht vooraf tot handelen is uitgenodigd. Indien de Raad van toezicht na een maand, te rekenen vanaf de uitnodiging, nog geen standpunt heeft bepaald, kan het beroep worden ingesteld binnen een nieuwe termijn van een maand.

3. Het orgaan van het Fonds dat de vernietigde handeling heeft verricht of welks nalatigheid strijdig met het Akkoord of met dit Statuut is verklaard, is gehouden de maatregelen te

ist, hat die sich aus dem Urteil des Gerichts des Fonds ergebenden Maßnahmen zu ergreifen.

4. Die gemäß Absatz 1 beim Gericht des Fonds erhobenen Klagen haben keine aufschiebende Wirkung. Das Gericht des Fonds kann jedoch, wenn es dies den Umständen nach für nötig hält, die Durchführung der angefochtenen Handlung aussetzen.

Artikel 44

Das Gericht des Fonds entscheidet im Wege der Vorabentscheidung über die Auslegung des Übereinkommens und dieses Statuts sowie über die Gültigkeit und die Auslegung der von den Organen des Fonds getroffenen Entscheidungen, um die einheitliche Anwendung dieser Bestimmungen in allen betreffenden Staaten zu gewährleisten.

Wird eine derartige Frage einem [Berufungs-]¹⁾ -gericht eines der Staaten gestellt, in dem dieses Statut rechtsverbindlich ist, und hält dieses Gericht eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich, so kann es diese Frage dem Gericht des Fonds zur Entscheidung vorlegen.

[Wird eine derartige Frage in einem schwebenden Verfahren bei einem einzelstaatlichen Gericht gestellt, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, so ist dieses Gericht zur Anrufung des Gerichtes des Fonds verpflichtet]¹⁾.

Artikel 45

Jeder der im Aufsichtsrat vertretenen Staaten und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften können, nachdem die Frage im Aufsichtsrat behandelt worden ist, mit dem Ziel zu einer Verständigungslösung zu gelangen, das Gericht des Fonds anrufen, wenn sie der Auffassung sind, daß einer der Staaten, in dessen Hoheitsgebiet dieses Statut rechtsverbindlich ist, gegen eine Verpflichtung aus dem Übereinkommen oder aus diesem Statut verstoßen hat.

Stellt das Gericht des Fonds einen derartigen Verstoß fest, so hat der betreffende Staat die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus dem Urteil des Gerichts des Fonds ergeben.

¹⁾ Vorbehalte der Delegation der Schweiz.

du jugement du Tribunal du Fonds.

4. Les recours formés devant le Tribunal du Fonds en vertu du paragraphe 1 n'ont pas d'effet suspensif. Toutefois, le Tribunal du Fonds peut, s'il estime que les circonstances l'exigent, ordonner le sursis à l'exécution de l'acte attaqué.

Article 44

Le Tribunal du Fonds est compétent pour statuer, à titre préjudiciel, sur l'interprétation de l'Accord et du présent Statut ainsi que sur la validité et l'interprétation des décisions prises par les organes du Fonds, en vue d'assurer l'application uniforme de ces dispositions dans l'ensemble des États concernés.

Lorsqu'une telle question est soulevée devant une juridiction [d'appel]¹⁾ d'un des États sur le territoire duquel le présent Statut a force obligatoire, cette juridiction peut, si elle estime qu'une décision sur ce point est nécessaire pour rendre son jugement, demander au Tribunal du Fonds de statuer sur cette question.

[Lorsqu'une telle question est soulevée dans une affaire pendante devant une juridiction nationale dont les décisions ne sont pas susceptibles d'un recours juridictionnel de droit interne, cette juridiction est tenue de saisir le Tribunal du Fonds]¹⁾.

Article 45

Chacun des États représentés au Conseil de surveillance ainsi que la Commission des Communautés européennes peut, après avoir évoqué la question au sein de ce Conseil en vue de dégager une solution de conciliation, saisir le Tribunal du Fonds s'il estime que l'un des États sur le territoire duquel le présent Statut a force obligatoire a manqué à une des obligations qui lui incombent en vertu de l'Accord ou du présent Statut.

Si le Tribunal du Fonds reconnaît un tel manquement, l'État en cause est tenu de prendre les mesures que comporte l'exécution du jugement du Tribunal du Fonds.

¹⁾ Réserves de la délégation suisse.

nemen welke nodig zijn ter uitvoering van het vonnis van de Rechtbank van het Fonds.

4. Een krachtens lid 1 bij de Rechtbank van het Fonds ingesteld beroep heeft geen schorsende werking. Nochtans kan de Rechtbank van het Fonds, indien zij oordeelt dat de omstandigheden zulks vereisen, de opschorting van de uitvoering van de bestreden handeling bevelen.

Artikel 44

De rechtbank van het Fonds is bevoegd bij wijze van prejudiciële beslissing een uitspraak te doen over de uitlegging van het Akkoord en van dit Statuut, alsook over de geldigheid en de uitlegging van de door de organen van het Fonds genomen besluiten, teneinde de uniforme uitlegging van deze bepalingen in alle betrokken staten te verzekeren.

Indien een zodanig verzoek aanhangig wordt gemaakt bij een [in beroep rechtsprekende]¹⁾ rechterlijke instantie van een der Staten op wiens grondgebied dit Statuut bindende kracht heeft, kan deze instantie, voor zover zij oordeelt dat zij een beslissing op dit punt nodig heeft om vonnis te kunnen wijzen, aan de Rechtbank van het Fonds vragen een uitspraak te doen.

[Indien een zodanig verzoek gedaan wordt in een zaak die bij een nationale rechterlijke instantie aanhangig wordt gemaakt waarvan de beslissingen volgens het nationale recht niet vatbaar zijn voor een hogere voorziening, is deze instantie gehouden zich tot de Rechtbank van het Fonds te wenden]¹⁾.

Artikel 45

Iedere in de Raad van toezicht vertegenwoordigde staat alsmede de Commissie van de Europese Gemeenschappen kan, na de zaak in deze Raad aan de orde te hebben gesteld ten einde een verzoening tot stand te brengen, zich tot de Rechtbank van het Fonds wenden indien een van de Staten op wiens grondgebied dit Statuut bindende kracht heeft naar zijn oordeel een uit hoofde van het Akkoord of van dit Statuut op hem rustende verplichting niet is nagekomen.

Indien de Rechtbank oordeelt dat de betrokken staat een dergelijke verplichting niet is nagekomen is deze staat gehouden de maatregelen te nemen welke nodig zijn ter uitvoering van het vonnis van de Rechtbank van het Fonds.

¹⁾ Voorbehoud van de Zwitserse delegatie.

Kapitel VII**Durchführung der Entscheidungen,
Beteiligung der einzelstaatlichen
Behörden und Strafbestimmungen****Artikel 46**

1. Die Entscheidungen der Organe des Fonds, gegen die kein Widerspruch und keine Klage erhoben werden kann und die auf Grund dieses Statuts eine Zahlungsverpflichtung zu Lasten des Eigentümers oder Unternehmers des Schiffes beinhalten, sind unmittelbar vollstreckbar und werden in jedem Staat, in dessen Hoheitsgebiet dieses Statut rechtsverbindlich ist, anerkannt.

2. Die Zwangsvollstreckung erfolgt nach den in dem Staat, in dessen Hoheitsgebiet sie betrieben wird, geltenden Verfahrensvorschriften. Die Vollstreckungsklausel wird nach einer Prüfung, die sich lediglich auf die Echtheit des Titels erstrecken darf, von den zuständigen einzelstaatlichen Behörden erteilt.

3. Für die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Vollstreckungsmaßnahmen sind die einzelstaatlichen Rechtsprechungsorgane zuständig.

Artikel 47

1. Der Fonds kann zur Anwendung der Bestimmungen dieses Statuts und der zu seiner Durchführung getroffenen Entscheidungen sowie zur Überwachung ihrer Einhaltung die Amtshilfe der Verwaltungsbehörden der Staaten, in deren Hoheitsgebiet dieses Statut rechtsverbindlich ist, nach gemeinsam zu vereinbarenden Bedingungen beantragen.

2. Die Verwaltungsbehörden der Staaten, in deren Hoheitsgebiet dieses Statut rechtsverbindlich ist, und der Fonds übermitteln einander auf Antrag alle für die Anwendung dieses Statuts als notwendig geltenden Informationen über die Schiffe, die unter dieses Statut fallen.

Der Fonds übermittelt den Verwaltungsbehörden der Staaten, in deren Hoheitsgebiet dieses Statut rechtsverbindlich ist, auf deren Antrag vor dem 1. März eines jeden Jahres Abschriften der auf den Namen ausgestellten Kassenabrechnungen des Vorjahres, und die Anschrift der Mitglieder des Verwaltungsrates und des Personals des Fonds sowie der Schiffseigentümer oder Schiffsfahrtsunternehmer, die ihren steuerlichen Wohnsitz in dem Staat, der den Antrag stellt, haben, wobei der Verwendungszweck der zugunsten der Interessenten geleisteten Zahlungen angegeben wird.

Artikel 48

1. Die Staaten, in deren Hoheitsgebiet der Fonds seinen Hauptsitz oder

Chapitre VII**Exécution des décisions,
assistance des administrations
nationales et sanctions****Article 46**

1. Les décisions des organes du Fonds qui ne sont plus susceptibles de réclamation ni de recours et qui comportent une obligation pécuniaire à la charge du propriétaire ou exploitant d'un bateau en vertu du présent Statut, forment titre exécutoire et sont reconnues comme tels dans chacun des États sur le territoire desquels le présent Statut a force obligatoire.

2. L'exécution forcée est régie par les règles de procédure en vigueur dans l'État sur le territoire duquel elle a lieu. La formule exécutoire est apposée, sans autre contrôle que celui de la vérification de l'authenticité du titre, par l'autorité nationale compétente à cet effet.

3. Le contrôle de la régularité des mesures d'exécution relève de la compétence des juridictions nationales.

Article 47

1. Le Fonds peut, pour l'application des dispositions du présent Statut et des décisions qu'il prend en vue de son exécution et pour en contrôler le respect, demander l'assistance des administrations publiques des États sur le territoire desquels le présent Statut a force obligatoire dans les conditions à déterminer de commun accord.

2. Les administrations publiques des États sur le territoire desquels le présent Statut a force obligatoire et le Fonds se communiquent, sur demande, toutes informations concernant les bateaux soumis au présent Statut, qui s'avèrent nécessaires pour l'application dudit Statut.

Avant le 1^{er} mars de chaque année, le Fonds communique, à leur demande, aux administrations publiques des États sur le territoire desquels le présent Statut a force obligatoire, copies des décomptes de caisse de l'année précédente, établis aux noms et adresses des membres du Conseil d'administration et du personnel du Fonds ainsi que des propriétaires ou exploitants de bateaux ayant leur domicile fiscal dans l'État demandeur et mentionnant l'objet des versements effectués au profit des intéressés.

Article 48

1. Les États sur le territoire desquels est établi le siège principal ou

Hoofdstuk VII**Tenuitvoerlegging van besluiten,
bijstand van de nationale
overheden en sancties****Artikel 46**

1. De besluiten van de organen van het Fonds, welke niet meer vatbaar zijn voor een bezwaarschrift of beroep en welke voor een eigenaar of exploitant van een vaartuig krachtens dit Statuut een geldelijke verplichting inhouden, vormen executoriale titel en worden in iedere staat op wiens grondgebied dit Statuut bindende kracht heeft als zodanig erkend.

2. De gedwongen tenuitvoerlegging geschiedt volgens de processuele regels die van kracht zijn in de staat op wiens grondgebied zij plaatsvindt. Het exequatur wordt, zonder andere controle dan de verificatie van de authenticiteit van de titel, aangebracht door de daartoe bevoegde nationale autoriteit.

3. De controle van de regelmatigheid van de tenuitvoerlegging valt onder de bevoegdheid van de nationale rechter.

Artikel 47

1. Het Fonds kan, voor de toepassing van dit Statuut en van de desbetreffende door hem genomen uitvoeringsbesluiten alsmede voor het toezicht op de naleving daarvan, onder in onderlinge overeenstemming te bepalen voorwaarden om de bijstand verzoeken van de overheden van de staten op wier grondgebied dit Statuut bindende kracht heeft.

2. De overheden van de Staten op wier grondgebied dit Statuut bindende kracht heeft, en het Fonds, verstrekken elkaar desgevraagd alle inlichtingen betreffende de aan dit Statuut onderworpen vaartuigen, welke nodig blijken voor de toepassing van dit Statuut.

Het Fonds verstrekt de overheden van de staten op wier grondgebied dit Statuut bindende kracht heeft desgevraagd vóór 1 maart van elk jaar afschriften van de kasafrekeningen van het voorgaande jaar, waarop staan vermeld de namen, en de adressen van de leden van de Raad van bestuur en van de personeelsleden van het Fonds, alsook de eigenaren of exploitanten van vaartuigen, die hun fiscale woonplaats in de verzoekende staat hebben met vermelding van de reden van de aan de betrokkenen gedane storting.

Artikel 48

1. De staten op wier grondgebied de hoofdzetel of een bijkantoor van

eine Zweigniederlassung hat, ergreifen nach Abstimmung ihrer Entwürfe im Aufsichtsrat die notwendigen Maßnahmen, damit beim Vorliegen folgender Tatbestände eine Ahndung erfolgt:

- Einsatz zur Ladung, zum Löschen, zur Beförderung, zur Lagerung, zum Schleppen oder Schieben eines Schiffes, das in eine Stillungsliste eingetragen ist, oder Vornahme einer Reparatur an einem solchen Schiff oder Angebot bzw. Durchführung einer Beförderung mit einem Schiff, für das eine Ausnahme nach Artikel 8 gegeben ist;
- Weigerung, auf Ersuchen der Kontrollbehörden das Fahrtenheft oder die Ausnahmebescheinigung vorzulegen.

2. Unbeschadet der in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften für alle sonstigen strafbaren Handlungen anzuwendenden Strafen werden die Zuwiderhandlungen nach Absatz 1 mit einer Geldbuße oder Geldstrafe geahndet, die einem Höchstbetrag von 1 000,— DM in der Währung des Staates entsprechen, in dem das Gericht angerufen wird.

3. Zuständig für die Ahndung dieser Zuwiderhandlungen ist das Gericht, in dessen Bezirk die Zuwiderhandlung begangen wurde. Dieses Gericht kann das Rhein- oder Moselschiffahrtsgericht in den Staaten sein, wo ein solches Gericht besteht.

4. Die Entscheidungen der unter Absatz 3 genannten Gerichte sind in allen übrigen Staaten nach Absatz 1 unter Beachtung der jeweiligen innerstaatlichen Vorschriften vollstreckbar.

5. Zuwiderhandlungen nach Absatz 1 können in einem besonderen richterlichen Verfahren oder geeigneten Verwaltungsverfahren geahndet werden.

Kapitel VIII

Finanzbestimmungen

Artikel 49

1. Alle Einnahmen und Ausgaben des Fonds sind für jedes Haushaltsjahr zu veranschlagen und in den Haushaltsplan einzusetzen. Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.

2. Das Haushaltsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

3. Haushaltsplan und Bücher des Fonds werden in der Währung des

une succursale du Fonds prennent les mesures nécessaires, après concertation au sein du Conseil de surveillance sur les projets de ces mesures, pour que soit sanctionné le fait de

- procéder à des opérations de chargement, de déchargement, de transport, d'entreposage, de remorquage ou de poussage, au moyen d'un bateau inscrit sur une liste d'immobilisation, ou de mise en chantier d'un tel bateau ou offrir ou effectuer une opération de transport au moyen d'un bateau exempté en raison des dispositions de l'article 8;

- refuser de présenter le carnet de bord ou le certificat d'exemption à la requête des autorités de contrôle.

2. Sans préjudice des peines applicables dans les législations nationales à tous autres faits délictuels, les infractions visées au paragraphe 1 sont punies d'une amende administrative ou pénale d'un montant maximum équivalant dans la monnaie de l'État de la juridiction saisie à 1 000 DM.

3. Est compétente pour connaître de ces infractions, la juridiction dans le ressort de laquelle l'infraction est commise; cette juridiction pourra être le tribunal pour la navigation du Rhin ou de la Moselle, dans les États où un tel tribunal a été institué.

4. Les décisions des juridictions visées au paragraphe 3 sont exécutoires dans tous les autres États visés au paragraphe 1, en observant les formes prescrites par les lois du pays où elles sont exécutées.

5. Les infractions visées au paragraphe 1 peuvent être sanctionnées par une procédure judiciaire particulière ou par une procédure administrative appropriée.

Chapitre VIII

Dispositions financières

Article 49

1. Toutes les recettes et les dépenses du Fonds doivent faire l'objet de prévisions pour chaque exercice budgétaire et être inscrites au budget. Le budget doit être équilibré en recettes et en dépenses.

2. L'exercice budgétaire commence le 1^{er} janvier et s'achève le 31 décembre.

3. Le budget et les comptes du Fonds sont établis et tenus dans la

het Fonds is gevestigd, nemen de nodige maatregelen, na overleg in het kader van de Raad van toezicht over de ontwerpen van deze maatregelen, ten einde sancties te stellen op:

- het verrichten van vervoer, opslag, laad-, los-, sleep- of duwwerk door middel van een in een opleglijst opgenomen vaartuig, of het op de helling zetten van zulk een vaartuig of het aanbieden of verrichten van vervoer door middel van een op grond van artikel 8 vrijgesteld vaartuig;

- het weigeren om op verzoek van de controle-instanties het boordboekje of het vrijstellingsbewijs over te leggen.

2. Onverminderd de krachtens de nationale wetgevingen op alle andere delicten gestelde straffen worden de in lid 1 bedoelde inbreuken gestraft met een administratief- of strafrechtelijke boete, overeenkomende, in de valuta van de staat van de betrokken rechter, met een maximum van 1.000 DM.

3. Bevoegd om kennis te nemen van deze inbreuken is de rechterlijke instantie in wier rechtsgebied de inbreuk is gepleegd; dit kan de Rijnvaart- of de Moezelvaartrechtbank zijn in de staten waar een dergelijke rechtbank gevestigd is.

4. De uitspraken van de in lid 3 bedoelde rechterlijke instanties zijn uitvoerbaar in alle andere staten bedoeld in lid 1, met inachtneming van de door de wetten van het land waar zij worden uitgevoerd voorgeschreven vormen.

5. De in lid 1 bedoelde inbreuken kunnen worden gestraft volgens een bijzondere gerechtelijke procedure of volgens een passende administratieve procedure.

Hoofdstuk VIII

Financiële bepalingen

Artikel 49

1. Alle ontvangsten en uitgaven van het Fonds moeten voor elk begrotingsjaar worden geraamd en opgenomen in de begroting. De ontvangsten en uitgaven van de begroting moeten in evenwicht zijn.

2. Het begrotingsjaar begint op 1 januari en sluit op 31 december.

3. De begroting en de rekeningen van het Fonds luiden en worden bij-

Staates aufgestellt und geführt, in dem der Fonds seinen Hauptsitz hat.

4. Die Zahlung der Beiträge und Vergütungen wird in der Währung des Staates vorgenommen, in dem die Zahlung erfolgt, gemäß dem Wechselkurs, der für die laufenden Transaktionen am Tage der Ausführung der Zahlung in dem Staat angewendet wird.

Artikel 50

1. Die Einnahmen des Fonds stammen ausschließlich aus den in Artikel 9 ff. vorgesehenen Beiträgen der Schifffahrt sowie aus ihren Anlageerträgen und sind nur dazu bestimmt, die in Artikel 23 vorgesehenen Stilllegungsvergütungen und die Verwaltungskosten des Fonds zu decken.

Abweichend vom vorstehenden Absatz kann der Fonds zur Beseitigung etwaiger Liquiditätsengpässe kurzfristige Anleihen aufnehmen, deren Laufzeit und Höhe in angemessenem Verhältnis zu den voraussichtlichen Einnahmen des Fonds festzulegen sind. Diese Anleihen dürfen für die Vertragsschließenden Parteien keine direkten oder indirekten Belastungen zur Folge haben.

2. Für die Stilllegungsvergütungen hat der Fonds allein einzustehen. Die Vertragsschließenden Parteien übernehmen keinerlei Haftung für die vom Fonds eingegangenen Verpflichtungen.

Artikel 51

Der Verwaltungsrat beschließt über die Aufnahme von Anleihen in den Grenzen und zu den Bedingungen, die der Aufsichtsrat durch einstimmigen Beschluß genehmigt hat. Der Aufsichtsrat überwacht die Durchführung der von ihm erlassenen diesbezüglichen Beschlüsse.

Kapitel IX Auflösung des Fonds

Artikel 52

1. Das Außerkrafttreten des Übereinkommens zieht die gleichzeitige Auflösung des Fonds nach sich. Der Aufsichtsrat bestellt in diesem Fall einen oder mehrere Liquidatoren, die mit dem Abschluß der Bücher und der Liquidation des Fondsvermögens beauftragt sind.

2. Vorbehaltlich der Einziehung der Beiträge und der Zahlung der Vergütungen, die für den vorausgegangenen Zeitraum geschuldet sind, werden ab

monnaie nationale de l'État où il a son siège principal.

4. Les cotisations et les indemnités sont payées et perçues dans la monnaie de l'État où leur paiement est effectué, suivant le taux de change pratiqué pour les transactions courantes le jour de l'opération dans l'État où s'effectue le versement.

Article 50

1. Les recettes du Fonds ne proviennent que des cotisations de la batellerie visées aux articles 9 à 13 ainsi que du produit de leurs placements et sont uniquement destinées à la couverture des indemnités d'immobilisation, visées à l'article 23, et des frais de fonctionnement du Fonds.

Par dérogation à l'alinéa précédent, le Fonds peut, pour faire face à d'éventuels problèmes de trésorerie, recourir à des emprunts à court terme dont la durée et le montant doivent être fixés à un niveau raisonnable par rapport aux recettes prévisibles du Fonds. De telles opérations d'emprunts ne peuvent pas occasionner des charges directes ou indirectes pour les Parties contractantes.

2. Seul le Fonds répond des indemnités d'immobilisation. Les Parties contractantes ne portent aucune responsabilité en ce qui concerne les engagements pris par le Fonds.

Article 51

Le Conseil d'administration décide du recours à des emprunts, dans les limites et les conditions autorisées par décision du Conseil de surveillance, statuant à l'unanimité. Le Conseil de surveillance exerce un contrôle sur l'exécution des décisions qu'il a arrêtées en cette matière.

Chapitre IX Dissolution du Fonds

Article 52

1. L'expiration ou l'abrogation de l'Accord entraîne la dissolution du Fonds à la même date. Le Conseil de surveillance désigne en ce cas un ou plusieurs liquidateurs chargés de la clôture des comptes et de la liquidation des avoirs du Fonds.

2. Sous réserve du recouvrement des cotisations et du paiement des indemnités dues pour la période antérieure, le Fonds ne perçoit plus au

gehouden in de valuta van de staat waar de hoofdzetel van het Fonds is gevestigd.

4. De bijdragen worden betaald en de vergoedingen ontvangen in de valuta van de Staat waar de betaling plaatsvindt, op basis van de officiële wisselkoers, gehanteerd voor lopende transacties, welke in die staat geldt op de dag van de betaling.

Artikel 50

1. De ontvangsten van het Fonds zijn uitsluitend afkomstig van de in de artikelen 9 tot en met 13 bedoelde bijdragen van de binnenscheepvaart alsmede van de opbrengst van hun beleggingen en worden uitsluitend bestemd ter dekking van de in artikel 23 bedoelde oplegvergoedingen en van de huishoudelijke uitgaven van het Fonds.

In afwijking van de voorgaande alinea kan het Fonds, ten einde het hoofd te bieden aan eventuele liquiditeitsproblemen, kortlopende leningen aangaan, waarvan de looptijd en omvang op een ten opzichte van de te verwachten ontvangsten van het Fonds redelijk peil moeten worden vastgesteld. Zulke leningen mogen voor de akkoordsluitende partijen geen directe of indirecte lasten doen ontstaan.

2. Alleen het Fonds staat in voor de oplegvergoedingen. De akkoordsluitende partijen zijn in geen enkel opzicht aansprakelijk voor door het Fonds aangegane verplichtingen.

Artikel 51

De Raad van bestuur beslist, binnen de grenzen en onder de voorwaarden als toegestaan bij met eenparigheid van stemmen genomen besluit van de Raad van toezicht, over het aangaan van leningen. De Raad van toezicht oefent toezicht uit op de uitvoering van de besluiten die hij ter zake heeft genomen.

Hoofdstuk IX Ontbinding van het Fonds

Artikel 52

1. De beëindiging van het Akkoord brengt de ontbinding van het Fonds op dezelfde datum mede. De Raad van toezicht wijst in dat geval een of meer vereffenaars aan die belast zijn met de afsluiting van de rekeningen en de vereffening van de bezittingen van het Fonds.

2. Behoudens de inning van de bijdragen en de betaling van de vergoedingen welke voor de voorafgaande periode verschuldigd zijn, int het

dem Tag der Auflösung des Fonds keine Beiträge mehr erhoben und keine Stilllegungsvergütungen mehr ausgezahlt; gleichzeitig werden laufende Stilllegungsmaßnahmen wirkungslos.

3. Das nach Bezahlung aller Verbindlichkeiten des Fonds verbleibende Vermögen wird an die Eigentümer der Schiffe verteilt, für die im Laufe des Jahres der Auflösung des Fonds und der zwei vorangegangenen Kalenderjahre Beiträge gezahlt wurden, und zwar im Verhältnis der beim Fonds in diesem Zeitraum für diese Schiffe eingegangenen Beiträge.

Die Ansprüche der Eigentümer auf Beteiligung an dieser Verteilung erlöschen nach Ablauf einer Frist von zwei Jahren ab dem Tag der Veröffentlichung des Verteilungsverzeichnisses durch die Liquidatoren.

4. Der Aufsichtsrat erläßt einstimmig alle zusätzlichen, für die Liquidation des Fondsvermögens erforderlichen Bestimmungen.

cune cotisation et ne verse plus aucune indemnité à partir du jour de sa dissolution et les mesures d'immobilisation éventuellement en cours de viennent caduques.

3. Les avoirs nets du Fonds, après paiement de tous engagements, sont répartis entre les propriétaires des bateaux pour lesquels des cotisations ont été payées au cours de l'année de dissolution et des deux années civiles antérieures et au prorata des cotisations perçues par le Fonds pour ces bateaux pendant cette période.

Les droits des propriétaires à participer à cette répartition s'éteignent à l'expiration d'un délai de deux ans à compter de la publication du tableau de répartition par les liquidateurs.

4. Le Conseil de surveillance arrête, en statuant à l'unanimité, toutes dispositions complémentaires nécessaires à la liquidation des avoirs du Fonds.

Fonds geen bijdragen meer, betaalt het geen vergoedingen meer uit en vervallen de eventueel in uitvoering zijnde oplegmaatregelen met ingang van de dag van ontbinding van het Fonds.

3. De netto activa van het Fonds na vereffening van alle verplichtingen worden onder de eigenaren van de vaartuigen waarvoor tijdens het jaar van de ontbinding en de twee daaraan voorafgaande kalenderjaren bijdragen zijn betaald verdeeld in verhouding tot de door het Fonds voor deze vaartuigen tijdens deze periode geïnde bijdragen.

Het recht van de eigenaren op deelneming aan deze verdeling gaat teniet na afloop van een termijn van twee jaren te rekenen vanaf de bekendmaking van het verdelingsschema door de vereffenaars.

4. De Raad van toezicht stelt bij eenparigheid van stemmen genomen besluit alle nodige aanvullende bepalingen vast die nodig zijn voor de vereffening van de bezittingen van het Fonds.

Kapitel X

Einsetzung der Organe des Fonds

Artikel 53

1. Der Aufsichtsrat wird in dem auf das Inkrafttreten des Übereinkommens folgenden Monat eingesetzt. Er nimmt seine Tätigkeit unmittelbar nach seiner Einsetzung auf und tritt im Laufe des darauffolgenden Monats zusammen, um insbesondere den Höchstbetrag einer Startanleihe, die Bedingungen für die Einstellung sowie den Aufgabenbereich des Direktors des Fonds festzulegen und die Ernennung des Direktors sowie die Bestellung der Rechnungsprüfer vorzunehmen.

2. Der Verwaltungsrat nimmt in dem auf die Ernennung seiner Mitglieder folgenden Monat seine Tätigkeit auf und tritt zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er schlägt sofort die Ernennung des Direktors des Fonds sowie die Bedingungen seiner Einstellung und seinen Aufgabenbereich vor. Er trifft unverzüglich die für die Tätigkeit des Fonds erforderlichen organisatorischen Maßnahmen und erstellt den Haushaltsentwurf für das erste Haushaltsjahr. Dieser Haushaltsplan kann die Inanspruchnahme einer Startanleihe vorsehen, die der Fonds im Rahmen eines vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Höchstbetrages aufzunehmen ermächtigt ist.

3. Der Aufsichtsrat bestimmt das Jahr, von dessen Beginn an die der

Chapitre X

Mise en place des organes du Fonds

Article 53

1. Le Conseil de surveillance est constitué dans le mois qui suit l'entrée en vigueur de l'Accord. Il entre en fonction dès sa constitution et se réunit au cours du mois suivant sa constitution, en vue notamment de déterminer le plafond de l'emprunt de démarrage, de fixer les conditions d'engagement ainsi que les attributions du Directeur du Fonds et de procéder à la nomination de celui-ci ainsi qu'à la nomination des Commissaires aux comptes.

2. Le Conseil d'administration entre en fonction et se réunit dans le mois suivant la nomination de ses membres. Il propose immédiatement la nomination du Directeur du Fonds ainsi que ses modalités d'engagement et ses attributions. Il pourvoit également sans délai aux mesures d'organisation du Fonds. Il établit immédiatement le projet de budget pour le premier exercice budgétaire. Ce budget peut prévoir le recours à un emprunt de démarrage que le Fonds est autorisé à souscrire dans les limites d'un plafond déterminé par le Conseil de surveillance.

3. Le Conseil de surveillance détermine l'année à compter du début de

Hoofdstuk X

Oprichting van de organen van het Fonds

Artikel 53

1. De Raad van toezicht wordt samengesteld binnen een maand na de inwerkingtreding van dit Akkoord. Hij treedt in functie zodra hij is samengesteld en komt in de loop van de maand volgende op zijn samenstelling bijeen om met name over te gaan tot de vaststelling van het maximum van de aanloopleening van de aanstellingsvoorwaarden en bevoegdheden van de directeur van het Fonds, alsook tot de benoeming van deze directeur, en tot de benoeming van de balanscommissarissen.

2. De Raad van bestuur treedt in functie en komt bijeen binnen een maand na de benoeming van zijn leden. Hij stelt onverwijld de benoeming van de directeur van het Fonds voor, alsook diens aanstellingsvoorwaarden en bevoegdheden. Hij voorziet tevens onmiddellijk in de maatregelen tot organisatie van het Fonds. Hij stelt onverwijld het ontwerp van begroting voor het eerste begrotingsjaar op. Deze begroting kan inhouden dat het Fonds een aanloopleening aangaat tot een maximumbedrag dat wordt bepaald door de Raad van toezicht.

3. De Raad van toezicht bepaalt het jaar, op de eerste dag waarvan de

Schifffahrt nach diesem Statut auferlegten Verpflichtungen wirksam werden.

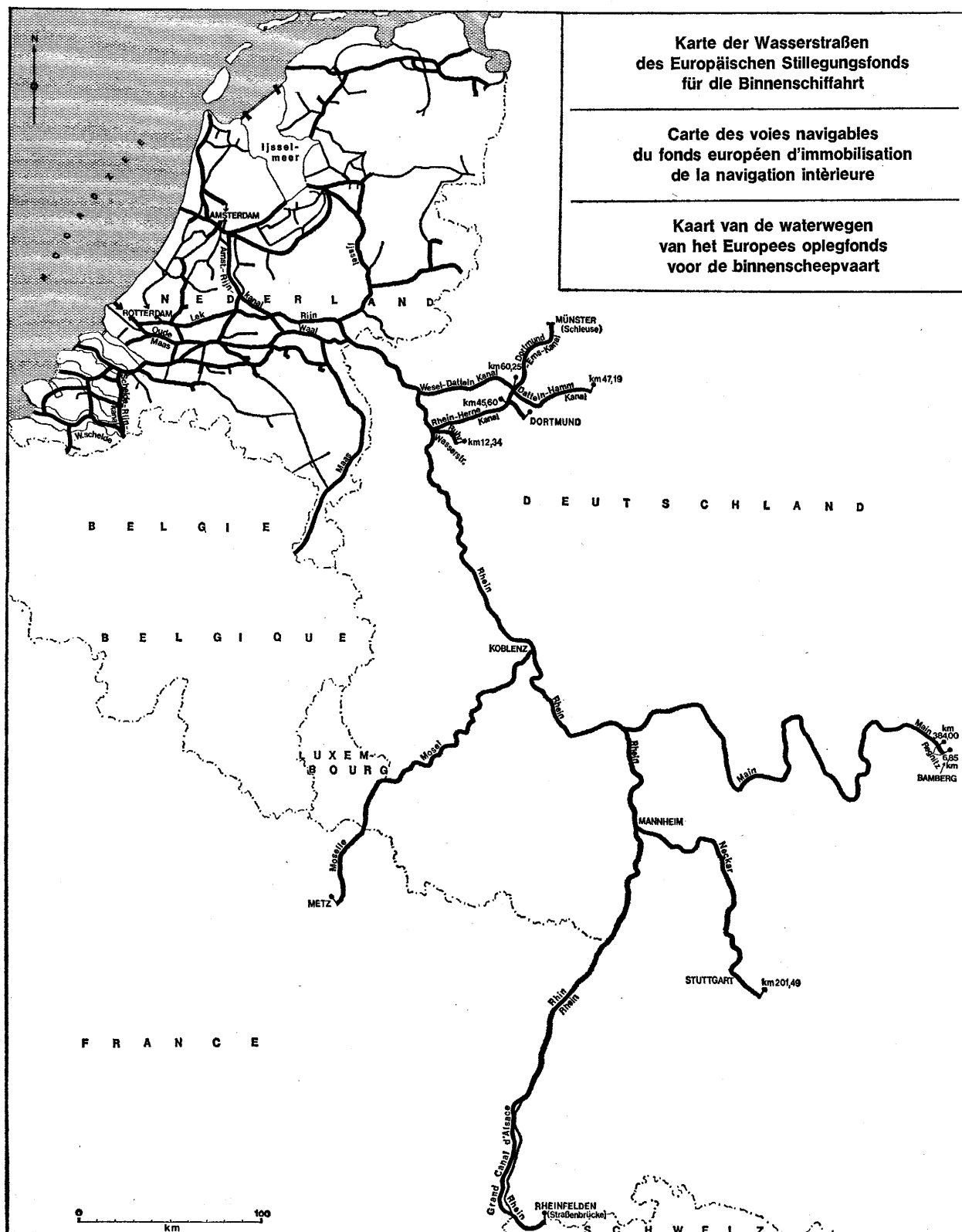
4. Das Gericht des Fonds tritt innerhalb der auf das Inkrafttreten des Übereinkommens folgenden drei Monate zusammen, um die für seine Arbeitsweise erforderlichen Bestimmungen zu erstellen.

laquelle prennent effet les obligations imposées à la batellerie en vertu du présent Statut.

4. Le Tribunal du Fonds se réunit dans les trois mois suivant l'entrée en vigueur de l'Accord, en vue de procéder à l'établissement des dispositions nécessaires à son fonctionnement.

krachtens dit Statuut aan de binnenscheepvaart opgelegde verplichtingen gelding krijgen.

4. De Rechtbank van het Fonds komt bijeen binnen drie maanden na de inwerkingtreding van dit Akkoord, ten einde de voor zijn werking noodzakelijke bepalingen vast te stellen.



**In den Sitzungsbericht
aufzunehmende Erklärung zum
Abschluß des Übereinkommens**

**Erklärung der Vertragsparteien
zu Artikel 3 des Statuts**

Die Tatsache, daß die Vergütungen im Sinne von Artikel 23 des Statuts keine Vergütungen für Dienstleistungen darstellen, wirkt sich in keiner Weise auf die Mehrwertsteuer-Abzüge aus, die die Unternehmen, denen diese Vergütungen zustehen, vornehmen dürfen.

**Déclaration à insérer au procès-verbal
de conclusion de l'Accord**

**Déclaration des Parties contractantes
relative à l'article 3 du Statut**

Le fait que les indemnités visées à l'article 23 du Statut ne constituent pas la rémunération des prestations de service, n'a aucune incidence sur les déductions de taxe à la valeur ajoutée que peuvent opérer les entreprises bénéficiaires de ces indemnités.

**Verklaring in te lassen in de notulen
betreffende de sluiting van het
Akkoord**

**Verklaring van de akkoordluitende
partijen betreffende artikel 3
van het Statuut**

Het feit dat de in artikel 23 van het Statuut bedoelde vergoedingen niet de beloning voor het verrichten van diensten vormen, heeft geen enkele invloed op de aftrek van Belasting op de toegevoegde waarde die de ondernemingen welke die vergoedingen krijgen, kunnen toepassen.

Begründung**A. ALLGEMEINE ÜBERLEGUNGEN**

Auf Vorschlag der Kommission hat der Rat am 28. Dezember 1972 beschlossen (1), die Aufnahme von „Verhandlungen über ein Abkommen zwischen den Vertragsparteien der revidierten Rheinschiffahrtsakte und des Vertrags über die Schiffbarmachung der Mosel und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Einführung einer Regelung für die zeitweilige Stilllegung von Schiffen im Güterverkehr auf den den obengenannten Verträgen unterliegenden Wasserstraßen“ zu genehmigen.

Die diesem Beschluß beigefügten Richtlinien sind durch die Beschlüsse des Rates vom 17. Februar 1975 (2) und vom 17. Mai 1976 (3) insbesondere in bezug auf den Geltungsbereich des Übereinkommens sowie aus rechtlichen und institutionellen Gründen geändert und ergänzt worden.

Am 22. Februar 1973 hat die Kommission diese Verhandlungen mit der Delegation der Schweiz unter Beteiligung der Delegationen der anderen vertragschließenden Staaten aufgenommen; sie führten zu einer Einigung aller Delegationen, so daß die Verhandlungen am 9. Juli 1966 mit der Paraphierung der Entwürfe des Übereinkommens und des Statuts über die Errichtung eines Europäischen Stilllegungsfonds für die Binnenschifffahrt abgeschlossen werden konnten. Der Wortlaut dieser Entwürfe eines Übereinkommens und eines Statuts hält sich an die Richtlinien des Rates.

Zweck dieses Übereinkommens ist es, eine gemeinsame Regelung einzuführen, welche die zeitweiligen Ungleichgewichte verringern soll, die zwischen dem Angebot von Schiffsraum und der Nachfrage nach Schiffsraum auftreten und schwerwiegende Marktstörungen hervorrufen können.

Es ist, wie der Rat in seiner Entschliebung vom 27. Januar betonte, ein wesentlicher Faktor der gemeinsamen Verkehrspolitik.

- (1) Beschluß des Rates über die Aufnahme von Verhandlungen zur Einführung einer Regelung für die zeitweilige Stilllegung von Schiffen im Binnenschiffsgüterverkehr auf bestimmten Wasserstraßen [Dok. R/2904/72 (TRANS 170)].
- (2) Beschluß des Rates vom 17. Februar 1975 [Dok. R/351/75 (TRANS 16)].
- (3) Beschluß des Rates vom 17. Mai 1976 [Dok. R/1126/76 (TRANS 46)].

Zweck dieser Verordnung ist es, dem Rat vorzuschlagen, dieses Übereinkommen zu genehmigen und zu schließen sowie die Maßnahmen festzulegen, die von der Gemeinschaft für dessen Durchführung zu treffen sind.

B. BESONDERE ÜBERLEGUNGEN**Artikel 1 und 2**

Diese Artikel enthalten die üblichen Klauseln über die Genehmigung und den Abschluß von Übereinkommen der Gemeinschaft mit dritten Ländern.

Artikel 3

Das beabsichtigte Übereinkommen hat entsprechend den Richtlinien des Rates eine Geltungsdauer von fünf Jahren, die durch gemeinsamen Beschluß der vertragschließenden Parteien um jeweils um weitere fünf Jahre verlängert werden kann. Damit die Mitgliedstaaten, die auch vertragschließende Parteien des Übereinkommens sind, bei einer Verlängerung der Geltungsdauer des Übereinkommens keine unterschiedliche Haltung einnehmen, muß vorgeschrieben werden, daß jede Entscheidung über eine etwaige Verlängerung des Übereinkommens eine gemeinsame vom Rat zuvor genehmigte Haltung erfordert.

Artikel 4

Entsprechend den Richtlinien des Rates ist in dem beabsichtigten Übereinkommen vorgesehen, daß der räumliche Geltungsbereich des Statuts auf andere Wasserstraßen im Hoheitsgebiet bestimmter Mitgliedstaaten ausgedehnt werden kann. Da eine solche Ausdehnung für die gesamte Gemeinschaft von Interesse ist, muß die Entscheidung darüber vom Rat genehmigt werden.

Artikel 5

Da die mit dem Übereinkommen und dem Statut eingeführte Regelung ein wesentlicher Faktor der gemeinsamen Verkehrspolitik ist, und die Bedingungen ihrer Einführung mit den anderen wesentlichen Bestimmungen dieser gemeinsamen Verkehrspolitik harmonisiert werden müssen, ist es zweckmäßig, ein gemeinsames Verfahren für die Abstimmung in den Fragen einzuführen, mit denen der Aufsichtsrat des Fonds befaßt wird und die für die gemeinsame Verkehrspolitik von grundsätzlichem bzw. von allgemeinem Interesse sind.

Dieses Verfahren besteht darin, jedem Mitgliedstaat oder der Kommission die Möglichkeit zu bieten, den Rat mit einer solchen Frage zu befassen, damit dieser eine gemeinsame Leitlinie festlegen und gegebenenfalls einen Beschluß fassen kann, der in diesem Falle von den im Aufsichtsrat vertretenen Mitgliedstaaten einzuhalten ist.

Artikel 6

In Absatz 1 werden die Bedingungen für die Bestellung der sechs Richter festgelegt, aus denen sich neben dem von der schweizerischen Regierung zu stellenden Richter das Gericht des Fonds gemäß

Artikel 42 des Statuts, das in der Anlage zu dem beabsichtigten Übereinkommen enthalten ist, zusammensetzt.

Diese Bedingungen müssen — wie von allen Delegationen bei den Verhandlungen vereinbart (und von der schweizerischen Delegation angenommen) und vom Rat mit seiner Zustimmung zu dem ihm von der Kommission vorgelegten Wortlaut [siehe Dok. R/2842/75 (TRANS 103) Fußnote 1, Seite 40] genehmigt — darin bestehen, den Gerichtshof zu beauftragen, diese sechs Richter aus seiner Mitte zu bestellen; diese Lösung ist geeignet, die erforderliche Verbindung mit dem Rechtsschutz herzustellen, den der Gerichtshof auf Gemeinschaftsebene gewährleistet.

Absatz 2 soll sicherstellen, daß Artikel 42 Absatz 4 Unterabsatz 2 des beabsichtigten Statuts unter ebenfalls in den Verhandlungen vereinbarten und vom Rat genehmigten Bedingungen durchgeführt wird.

Die Kommission weist jedoch darauf hin, daß die schweizerische Delegation erklärt hat, bestimmte Vorbehalte gegenüber Artikel 44 des Statuts über die Befugnisse des Gerichts des Fonds, im Wege der Vorabentscheidung über die Auslegung des Übereinkommens und des Statuts sowie über die Gültigkeit und die Auslegung von Entscheidungen der Organe des Fonds zu entscheiden, vorläufig ad

referendum zu halten. Diese Vorbehalte betreffen die Einführung des Ausdrucks „Berufungs-“ in Absatz 2 dieses Artikels und die letztinstanzlichen Gerichten vorgeschriebene Vorwegentscheidung in Absatz 3 dieses Artikels. Die Kommission behält sich daher vor, den Wortlaut von Artikel 6 dieses Vorschlags einer Verordnung zu ergänzen, wenn diese Vorbehalte nicht aufgehoben werden.

Artikel 7

Dieser Artikel enthält eine allgemeine Bestimmung, wonach der Rat auf Vorschlag der Kommission die erforderlichen Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene trifft, um die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen sicherzustellen und die Arbeitsweise des Fonds zu erleichtern.

Schlußfolgerung

Auf Grund dieser Überlegungen schlägt die Kommission dem Rat vor,

1. seinen Präsidenten zu ermächtigen, die zur Unterzeichnung des im Entwurf vorliegenden Übereinkommens zu benennen;
2. dieses Übereinkommen durch die Verabschiedung der im Entwurf vorliegenden Verordnung zu schließen.

